Herbst 2009
Nr. 53, 15. Jahrgang

Zeitung für Umweltschutz von unten



http://gruenes-blatt.de

Auszug aus dem Inhalt dieser Ausgabe

Editorial

Unglaublich - fast im Zeitplan liegt diese Ausgabe des grünen blatts. Nachdem die vorige Ausgabe mehrere Monate Verspätung hatte, endlich mal was Positives. Das liegt aber im wesentlichen an einigen wenigen Menschen, die sich um Layout, Artikel und die Fertigstellung des grünen blatts gekümmert haben. Wir brauchen also ganz dringend mehr Aktive, damit das grüne blatt auf Dauer funktioniert und auch die notwendigen Debatten über manchen fragwürdigen Artikel, der hier so eintrudelt, führen zu können.

In dieser Ausgabe gibt es einen ganz deutlichen Schwerpunkt auf den geplanten Uranabbau in Finnland und anderen Energiethemen.

Daneben ist wie in den letzten Ausgaben auch der Widerstand gegen die Freisetzung genmanipulierter Organismen ein wichtiges Thema.

Für die Zukunft wünscht sich die hier schreibende LayouterIn, dass mehr Leute von ihren Aktionen, Projekten und Kampagnen berichten - denn die gibt es, wie wir wissen. Die Internetseite des grünen blatts soll die Veröffentlichung eigener Artikel erleichtern - falls du damit trotzdem Probleme hast, probiere es aus und frag uns notfalls um Hilfe. Naja, und es wäre auch schön, wenn die Artikel wirklich mal zum Redaktionsschluss da sind und nicht erst, wenn die Zeitung schon kurz vor dem Druck steht...

Impressum

grünes blatt - Zeitung für Umweltschutz 'von unten'
http://gruenes-blatt.de/

Redaktion

grünes blatt - Redaktion
Postfach 32 01 19
D-39040 Magdeburg

Fon: +49 391/72 72 657
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Hausanschrift
Karl-Schmidt-Str. 4
D-39104 Magdeburg

Spendenkonto:
GLS Bank
KNr.: 110 17 40 600
BLZ: 430 60 96 72

Verlag

SeitenHieb Verlag
Jahnstraße 30 | D-35447 Reiskirchen
www.SeitenHieb.info | Info@SeitenHieb.info
+49 700-seitenhieb (73483644)

AutorInnen dieser Ausgabe

Falk Beyer (fb, V.i.S.d.P.), FloH, Hanna Poddig, Hannes, Jörg Bergstedt (jb), Lemor, Paulund weitere.

Satz und Layout

Falk Beyer, FloH

Bildnachweise

Falk Beyer (S. 2, 5, 6, 8-10, 15, 20, 22, 24-25, 27-29, 36), Greenkids-Archiv (S. 21, 23, 28 M.r., 29 o., 42), Hanna Poddig (S. 3-4, 28 l.o., 36 u.), Indymedia (S. 26), Politisches Schnippelbilderbuch (S. 11), projektwerkstatt.de (S. 43, 44)

Auflage

1.300 Hefte

Termine

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 18. September 2009.

Artikel für die nächste Ausgabe (3-09) müssen bis spätestens 29. November 2009 im Wiki veröffentlicht worden sein, um beim Layouten berücksichtigt zu werden

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige MitarbeiterInnen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert: http://gruenes-blatt.de/redaktion/.*

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es "die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter **http://gruenes-blatt.de** gelesen werden.

** Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt.*

Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt solange im Besitz der Redaktion, bis sie der/dem Gefangenen ausgehändigt wurde. "Zur Habe Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird ein Teil der Ausgabe nicht ausgehändigt, dann ist der beanstandete Teil, und nur dieser, unter Angabe der Gründe an den Vertrieb zurückzusenden, der Rest ist auszuhändigen. Gleiches gilt, wenn ein bestimmtes Heft beanstandet wird.



fb 50.000 Menschen protestierten am 5. September in Berlin gegen Atomkraft. Die Großdemonstration war der Höhepunkt des "Gorleben-Treck" aus dem Wendland, an dem zuletzt über 200 Traktoren und andere Fahrzeuge teilnahmen. Zwischenstation hatte der Anti-Atom-Treck unter anderem an den Endlagerstandorten ASSE, Gorleben, Morsleben und Schacht Konrad gemacht. 1979 löste der Gorleben-Treck nach Hannover die Aufgabe der Wiederaufarbeitungspläne in Gorleben aus.

Sprachliche Konventionen

Im Gegensatz zu vielen anderen Publikationen werden hier nicht durchgehend "männliche" Formulierungen benutzt und behauptet, damit sei keine Diskriminierung verbunden, da alle Geschlechter gemeint seien. Sprache ist auch Ausdruck gesellschaftlicher Realitäten. Auch wenn "Emanzipation" und "Gleichberechtigung" obligatorische Schlagwörter geworden sind, ist diese Gesellschaft noch weit entfernt von ihrer tatsächlichen Umsetzung.

Schon vor Jahrzehnten entstanden in der Gender-Debatte Ansätze für eine Sprachregelung, die das ernsthafte Streben nach der Aufhebung der Stigmatisierung nach sozial konstruierten und konditionierten Geschlechtern signalisiert.

In dieser Publikation werden autorInnenabhängig für manche Menschen ungewöhnlich erscheinende Sprachkonventionen verwendet. Beispiel: der Großbuchstabe (z.B. "I") wird von einigen AutorInnen benutzt, um anzudeuten, dass sowohl "männliche" als auch "weibliche" Form gemeint sind.

Manche AutorInnen verwenden Endungen wie "-i"/"-is" etc. Dies soll nicht nur eine sprachliche Gleichberechtigung von "Mann" und "Frau", sondern auch all derer symbolisieren, die sich in derartige Schemata nicht einordnen wollen/können. Demnach steht "-a" für den weiblichen Singular, "-as" für den Plural. "-o" bzw. "-os" verkörpern den männlichen Part und "-i" bzw. "-is" stehen als Synonym für geschlechtsunabhängige Bezeichnungen.

Manchmal wird auch die Endung "_In"/"_Innen" verwendet. Das bedeutet soviel wie: "männlich, weiblich und die ganze Bandbreite an möglichen Geschlechtern dazwischen".

ISSN 1612-2186



Rückblick: Aktionstage gegen Gentechnik in Berlin

Eine Woche lang haben unabhängige Aktvist_innen vom 6. bis 17. September mit unterschiedlichen Aktivitäten auf die Seilschaften in der Gentechnik hingewiesen. "Wir ziehen eine positive Bilanz - ein vielen bisher unbekanntes Thema wurde medial aufgegriffen und Menschen nähergebracht. Außerdem waren wir an den Orten des Geschehens präsent und haben so öffentlichen Druck aufbauen können", so Hanna Poddig, eine der Aktivist_innen. „Überall bietet sich uns das gleiche Bild: Die Versuchsdurchführenden kontrollieren sich wohlwollend gegenseitig, genehmigen sich große Summen Fördergeld und in den Kontrollbehörden sitzen nur überzeugte Gentechnikbefürworter_innen", so die Aktivistin.

Kletter_innen haben am Donnerstag Morgen in Berlin-Dahlem versucht, vor der Niederlassung des Julius-Kühn-Institutes (JKI) ein Transparent zwischen zwei Fahnenmasten aufzuhängen. Sie wollten damit auf die in ihren Augen skandalösen Verflechtungen zwischen Gentechnikindustrie und Kontrollbehörden aufmerksam machen, wurden aber von einem Security daran gehindert. Die Aktivist_innen wurden mitsamt ihren Unterstützer_innen am Boden in Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt. „Mir wurde brutal in den Bauch geschlagen. Meine Fingerabdrücke sollten genommen werden – dabei ist der Vorwurf Hausfriedensbruch, also eine Tat, wo weder zur Verhinderung noch Aufklärung Fingerabdrücke helfen."

Am Freitag gegen 13.00 Uhr gab es eine Demonstration mit Großpuppen, Stelzenläufer_innen und Jonglierenden am Bundesministerium für Bildung und Forschung gegen die Verflechtungen der Gentechniklobby mit offiziell unabhängigen staatlichen Stellen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung steht im Fokus der Aktionstage gegen Gentechnik, weil von hier aus Hunderttausende von Euro in vermeintliche Sicherheitsforschung gesteckt werden. „Es geht hierbei nicht um Sicherheitsforschung, sondern um die faktische Einführung einer Technologie, die von ca. 80% der Menschen abgelehnt wird" so Franziska Wittig, Anmelderin der Demonstration. Nach der Demonstration zogen mehrere Kleingruppen durch die Stadt und veranstalteten kleine

➡ Förder-Kreis für das grüne blatt:
Das grüne blatt soll finanziell auf "eigene Beine" gestellt werden. Eine Idee dazu ist der "grünes blatt-Förderkreis". Wir suchen Menschen, die zur Unterstützung des grünen blatts einen regelmäßigen Beitrag spenden würden. Wenn du dich angesprochen fühlst, melde dich bei uns:
mail@gruenes-blatt.de









Anti-Gentechnik-Picknicks u.a. vor dem Bundestag und beim Bund deutscher Pflanzenzüchter.

Am Samstag waren die Aktivist_innen auf dem Ökomarkt am Chamissoplatz mit einem Infostand und Straßentheater vertreten. Abends veranstalteten sie eine Soliparty, um Geld für anstehende Prozesse gegen Feldbesetzer_innen einzunehmen. Sonntags gab es ein Workshopprogramm im Bethanien mit Vorträgen zur Situation in Portugal sowie Diskussionen zu Aktionsformen und -möglichkeiten.

Am Montag Morgen ketteten sich am Haupteingang des BMBF in Berlin mehrere Aktivist_innen fest und protestierten gegen die Finanzierung der Gentechnik durch die öffentliche Hand.

„Entfilzen" stand auf einem Transparent am Haupteingang des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Zwei Personen hatten sich an einem Zufahrtstor mit einem Stahlrohr fest gekettet, weitere Gentechnikgegner_innen klärten Passant_innen über ihre Aktion und die Seilschaften in der Gentechnik auf. Die Blockade wurde erst nach über 24 Stunden durch die Polizei geräumt.

Jährlich werden Millionen Euro in die vermeintliche Sicherheitsforschung gesteckt. Für den Zeitraum 2007-2010 sind es beispielsweise 10 Millionen Euro, die über das BMBF in die Kassen von Gentechnikfirmen und in Gentechnikprojekte fließen! „Der Hahn muss endlich zugedreht werden. Es darf nicht sein, dass eine Technologie, die von der Bevölkerung abgelehnt wird, weiter mit öffentlichen Geldern gefördert wird", erläutert Cécile Lecomte, eine der AktivistInnen. „Aus diesem Grund haben wir heute das Ministerium – symbolisch – zugeschlossen. Freiwillig werden wir das Feld nicht räumen, damit zeigen wir unsere Entschlossenheit!" Mit ihrer Forderung stehen die AktivistInnen nicht alleine da. Laut FORSA-Umfragen lehnen ca. 80% der Bevölkerung die Gentechnik ab. Trotz dieser Tatsache wird Gentechnik weiter angebaut. Dies erfolgt in den meisten Fällen unter dem Deckmantel der sogenannten Sicherheitsforschung.

Hanna Poddig

Weitere Infos:
http://gentechfilz.blogsport.de/

Rezension

Zwischen Global Governance und Post-Development

jhc EntwicklungstheoretikerInnen werden um dieses Buch nicht herum kommen, doch insbesondere auch EntwicklungspolitikerInnen/praktikerInnen möchte ich die Thesen von Aram Ziai ans Herz legen, denn sie eröffnen einen selbstreflektierten Blick auf das eigene politische Handeln. Aram Ziai, der zur Zeit Gastprofessor für Internationale Entwicklung an der Universität Wien ist, betrachtet entwicklungspolitische Diskurse im Sinne von Michel Foucault und elaboriert die Formationsregeln dieses Diskurses, um die dahinterliegenden Machtprozesse zu identifizieren. Ziel ist es sich der diskursiven Konstruktion der sozialen Wirklichkeit bewusst zu werden, denn: „Sich der historischen Bedingtheit, der Kontingenz und der politischen Dimension der verschiedenen Diskurse - auch der eigenen - bewusst zu werden, ist jedoch Voraussetzung nicht nur für Prozesse der Verständigung, sondern letztlich auch für Prozesse der Emanzipation".
Nach einer kurzen Einführung in Foucaults Diskursanalyse und der historischen Transformation des kolonialen zum Entwicklungsdiskurs behandelt das Buch zwei Themen: Im ersten Teil untersucht Ziai zentrale Begrifflichkeiten des heutigen Entwicklungsdiskurses anhand einiger Texte, die jedoch sehr punktuell gewählt wurden und die die Reichweite seiner Thesen eindeutig reduzieren. Hierzu gehören u.a. allgemeine Begriffe wie Entwicklung, Migration und Neoliberalismus, aber auch speziellere Konzepte wie Global Governance, Good Governance und der Entwicklungsdiskurs des BMZ unter der rot-grünen Bundesregierung. Insbesondere da Ziai selbst immer wieder die Heterogenität der entwicklungspolitischen Diskurse und die Prozesshaftigkeit eben jener Diskurse betont, ist dieser Teil zwar sehr kritisch geschrieben, aber dennoch sehr belebend.

In einem zweiten Teil betrachtet er die unterschiedlichen Strömungen der Post-Development-Theorien und fasst diese in zwei rivalisierende Diskurse zusammen - in die neo-populistische und in die skeptische Variante des Post-Development. Während erstere „traditionelle Kulturen romantisiert, Kulturen als festgefügt und statisch konzipiert, auf einer vollständigen Ablehnung der Moderne beruht und die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft propagiert", bevorzugt Ziai eher die letztere Perspektive, die „kulturelle Traditionen skeptischer bewertet, die Kritik an der Moderne vorsichtiger formuliert, sich einer konstruktivistischen Sichtweise auf Kultur bedient und auf Skizzen zukünftiger Gesellschaftstransformationen verzichtet". Eben dieses emanzipatorische Potenzial des radikaldemokratischen Projekts im Post-Development sollte nicht übersehen werden, da dieser sich dem klassischen Entwicklungsdiskurs entledigt und die Definitionshoheit über die eigenen Bedürfnisse den betroffenen Menschen selbst überlässt.

Insgesamt stellt das Buch zwar eher eine Zusammenstellung einzelner Aufsätze als eine allumfassende Analyse dar - doch dies schmälert nicht die Bedeutung dieser Ideen: gerade für Nicht-WissenschaftlerInnen bietet es gute Anreize die eigene Arbeit zu reflektieren und die eigene Produktion von Diskursen kritisch hinterfragen zu lassen.

Aram Ziai: Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2006

ISBN 978-3-89691-592-4

Archivprojekt in Braunschweig startet

fb **Ein großes Polit-Archiv ist Teil der Projekthaus-Idee, die gerade in Braunschweig umgesetzt werden soll. In diesem Archiv findet sich eine umfangreiche Zeitschriftensammlung, die durch mehr als 100 Abonnements gespeist und aktuell gehalten wird. Außerdem gehört auch das Morsleben-Archiv, die wohl größte unabhängige Sammlung von Publikationen, Studien, Zeitungsartikeln und Behördendokumenten aus DDR- und BRD-Zeit zu diesem Projekt. Einen noch nicht so gut sortierten Teil stellen die Broschüren- und Flugblatt-Sammlungen zu diversen ökologischen und politischen Themen dar, die von Greenkids e.V. bereit gestellt wurden. Als erstes Projekt aus dem Projekthaus-Konzept wird das Archiv jetzt in Braunschweig gestartet.**

Auch nach zwei Jahren ist es noch nicht gelungen eine Immobilie für den Aufbau des Projekthauses zu erwerben. Im ersten Jahr wurde mit der Stadt Braunschweig verhandelt und es sah so aus, dass ein geeignetes Haus und Grundstück gekauft werden können. In der Verwaltung gab es auch viel positives Interesse an dem Projektvorhaben. Der Gang durch die Gremien (diverse städtische EntscheidungsträgerInnen hatten erst ihr OK gegeben) verlief gut bis zur letzten Sitzung im Verwaltungsausschuss. Dort wurde der Verkauf von der regierenden CDU im Einvernehmen mit der SPD blockiert - ohne jegliche Begründung abzugeben. Da keine Sachgründe in Frage kommen, ist naheliegend, dass es sich um eine politische Entscheidung handelte.

Danach startete die Suche nach geeigneten Immobilien neu und wurde im Frühjahr 2009 fündig: Ein Grundstück am ehemaligen Westbahnhof wirkt geeignet und liegt in passendem Umfeld. Es handelt sich um ein sehr großes gartenartiges Grundstück (etwa 6.500 Quadratmeter), das sich nur wenige Meter vom Ringgleis, dem grünen Rad und Wanderweg durch das Westliche Ringgebiet, entfernt befindet. Nur ein kleiner Grundstücksteil im Einfahrtsbereich grenzt direkt an eine öffentliche Straße, wodurch die laufenden Kosten an öffentlichen Abgaben und für zukünftige Straßenbau-Vorhaben sehr reduziert sind. Für ein Projekt, das nicht-kommerziell, selbstorganisiert ist und sich trotzdem selbst tragen soll, ist das eine günstige Ausgangslage. Die Verhandlungen mit den EigentümerInnen sind schon im Gang und es sieht so aus, dass mensch sich finanziell einigen wird. Derzeit wird noch auf ein Bodengutachten gewartet, da anliegende Flächen durch früher Industrieanlagen kontaminiert sind und untersucht werden soll, ob das betreffende Grundstück auch in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Ergebnisse des Gutachtens werden wohl ausschlaggebend dafür sein, ob der Kauf der Immobilie zustande kommt.

Aber auch am Westbahnhof gibt es noch kein geeignetes Gebäude für das Projekthaus. Ein kleines Wohnhaus gehört zur Immobilie und ist geeignet als Ausgangsbasis für neue Projekte. Die Nutzfläche ist aber mit unter 100 qm viel zu klein, um dort die geplanten Projekte umzusetzen. Daher müsste bei Erwerb dieser Fläche als nächstes der komplette Neubau eines Projekthauses angegangen werden. Das würde sich aber sicherlich über mehrere Jahre hinziehen.

Um nicht so lange warten zu müssen, fiel bereits Ende 2008 die Entscheidung dafür erste Projektflächen anzumieten. Da einer der Projekthaus-Vereine, der "Förderverein Umwelt Bildung Kunst Kultur Jugend Sozial e.V." (kurz: UBiKu-KuJuSo), Mitglied im niedersächsischen Jugend-Umwelt-Netzwerk JANUN geworden war, konnte die Unterstützung dieses Verbandes aus den Jugend-Organisationen der Öko-NGOs NAJU und BUJU, sowie weiterer umweltorientierter Jugendverbände sowie einer Vielzahl von unabhängigen Ökogruppen in Niedersachsen erfragt werden. So stellte JANUN aus seinen Mitteln (überwiegend niedersächsische Landesgelder) einen Zuschuss für die Kosten des Archivprojektes zur Verfügung. Im Juli konnten geeignete Räumlichkeiten angemietet werden.

Mitmachen

Wir wollen eine Gruppe aufbauen, die sich kontinuierlich um das Archivprojekt kümmert. In nächster Zeit stehen noch ein paar handwerkliche Arbeiten in den Räumen an. Ansonsten geht es in nächster Zeit vor allem um das Sortieren von Zeitschriften und Broschüren, die in die Systematik des Archivs eingefügt werden sollen. Viel Arbeit wird auch mit der Erfassung von Publikationen und Standorten in einer Datenbank am Computer anstehen. Das alles sind Aufgaben, die erledigt sein müssen, bevor das Archiv öffentlich nutzbar gemacht wird.

Kontinuierlich kommen auch neue Magazine und Zeitschriften hinzu sowie weitere Broschüren, Studien, Flugblätter etc. Diese kann mensch erstmal durchstöbern / lesen, sie müssen dann aber auch im Archiv einsortiert werden. Das geht nur, wenn es ein paar Leute gibt, die Lust haben sich darum zu kümmern.

Langfristig können auch Veranstaltungen organisiert werden, Leute zur Nutzung des Archivs gezielt eingeladen werden, neue Archivbestände (z.B. von Gruppen/Organisiationen, die diese nicht mehr nutzen) organisiert und weitere Gratis- oder Austauschabos beschafft werden.

Im Moment sind wir eigentlich zu wenig Leute, um dieses Projekt zu dem auszubauen, was es sein könnte. Melde dich bei uns, wenn du Lust hast mitzumachen!

archiv@jugend-umweltbuero.info







Mitte August gab es ein Bauwochenende mit Unterstützung einiger Leute aus anderen Städten, bei dem die zwei Archivräume, Küche, Bad und Korridor mit Regalen und Schränken ausgebaut wurden. Der vorhandene Stauraum sollte möglichst gut ausgenutzt werden, da die Erfahrung des Archivs in Magdeburg gezeigt hat, dass dieses binnen eines Jahres enorm wachsen kann und schnell an die Grenzen des Lagerraums stößt. Daher wurde schon bei der Planung überlegt, wie Wände und Raumfläche bestmöglich zu Archivbereichen ausgebaut werden können. Im Ergebnis sind nun zwei Räume komplett mit Wandregalen ausgebaut und weitere selbststehende Regale füllen den Zwischenraum. Davon ist ein Raum bereits in intensiver Nutzung. Der andere wartet noch auf die Archivbestände des Projekthauses, die in der 2008er Pippelweg-Projekthausphase (als mit der Stadt verhandelt wurde) angesammelt wurden.

Bisher haben die Archivmaterialien, die bisher im Magdeburger Jugend-Umweltbüro eingelagert waren, Einzug ins neue Archiv in Braunschweig gefunden. Vieles davon bedarf noch umfangreicher Sortier- und Erfassungsarbeit. Das Morsleben-Archiv ist der professionellste Teil. Es umfasst überwiegend Kopien aus Behörden-Akten (einschließlich Stasi-Geheimdienstdokumenten, DDR-Ministerium-Unterlagen, Bauanträgen, wissenschaftlichen Untersuchungen und Papieren aus den obersten Behörden der BRD nach 1990), Original-Broschüren aus dem Greenkids-Archiv in Magdeburg, Kopien von Materialien von NGOs und Gruppen, die gegen das Endlager politisch aktiv waren, und weiteren Kopien aus anderen Archiven. Bisher sind über 2.800 Dokumente in der Datenbank erfasst, mindestens genauso viele liegen noch unbearbeitet in Kartons und warten darauf sortiert und in die Datenbank aufgenommen zu werden. Das Morsleben-Archiv ist damit die größte unabhängige Sammlung von Dokumenten zum Atommüll-Endlager an der ehemalig deutsch-deutschen Grenze.

Das Zeitschriften-Archiv entstand in den letzten Jahren und wurde überwiegend durch Aktive aus dem Jugend-Umweltbüro und aus Austauschabos des grünen blatts mit anderen Zeitschriften und durch die Unterstützung von Privatpersonen, die bestimmte Magazine für das Projekt sammeln und spenden, aufgebaut. Einen vollständigen Überblick über die aktiven Abos, die fast alle gratis organisiert werden konnten, gibt es derzeit nicht. Sicher ist aber, dass es über 100 sind. Abgedeckt werden ökologische Themen, Gewerkschaftsarbeit, linke Politik, Repression, linksradikale Medien, feministische Bewegung, antifaschistische Publikationen und einiges mehr. Diese Zeitschriften sind bisher nach Publikation und chronologisch geordnet. Damit sie wirklich genutzt werden können, müssen aber auch sie noch in einer Datenbank erfasst werden. Das ist eine große Aufgabe, die im Archivprojekt noch ansteht. Erst wenn nach Stichwörtern aus einzelnen Publikationen gesucht werden kann, wird es effizient möglich sein, diese Zeitschriftenbestände zu durchsuchen.

Weniger Computer-Arbeit, aber viel Sortierarbeit steht noch im allgemeinen Archivteil bevor: Dieser Teil setzt sich aus dem früheren Archiv der Greenkids zusammen und ist grob nach ökologischen Themen sortiert und in einzelnen Aktenordnern wiederum untergliedert in Subthemen. Allerdings wurden diese Archivbestände seit über fünf Jahren nicht mehr aktualisiert, stattdessen wurden neue Publikationen nur vorsortiert und liegen seitdem in Kisten, damit sie eines Tages in das Archiv eingefügt werden können. Da die alten Archivbestände inzwischen auch einer kompletten Neusortierung bedürfen, muss dieser Archivbestand komplett neu organisiert werden, wobei die angesammelten Neuzugänge gleich Eingang finden können.

Für die nächsten Jahre werden die angemieteten Räume genug Platz für das Archiv bieten. Das nimmt von der Projekthaus-Gruppe auch etwas Druck, so dass die nötige Zeit für den Erwerb und Ausbau einer Immobilie bleibt. Letztlich soll das Archiv aber Teil eines größeren Ganzen werden und damit einfacher verfügbar für Hintergrundinformationen für Aktionen, Kampagnen, Projekte und Publikationen sein. Dann wird es neben einem "Offenen Büro" mit professioneller Ausstattung, einem unabhängigen Medienzentrum, wo Publikationen produziert werden können und anderen Projekten wie einem Infoladen und einer Veranstaltungsbühne zu finden sein. Das Publikum anderer Projekte wird dann leichter an das geballte Wissen über viele Themen, Politik und Geschichte herangeführt. Dann wird es auch effektiver genutzt werden können.

Neue Aktive sind herzlich willkommen, ebenso Materialspenden für's Archiv.

Rezension



Maschinensturm

jhc Geschichte einmal greifbar, fesselnd und spannend! Das Buch gibt nicht nur wissenschaftlich gut ausgearbeitet und klug argumentiert Einblick in das Phänomen des Maschinenstrums. Es entlarvt auch eine Reihe langgehüteter Legenden der Geschichtsschreibung und ist zudem auch noch so flüssig geschrieben, daß man es gern liest. Damit ist es nicht nur für Historiker eine interessante Bettlektüre sondern auch für jeden geschichtsinteressierten Laien. Das Buch gibt keine trockene Geschichtsstunde sondern erzählt spannende Geschichten von engagierten Menschen. Der Autor zeichnet eine spannende Geschichte des Kampfes gegen neue Technologien. Absolut lesenswert!

Michael Spehr: Maschinensturm. Protest und Widerstand gegen technische Neuerungen am Anfang der Industrialisierung (Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft Band 18); Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2006; 224 Seiten, ISBN 978-3-89691-118-6







Anschläge auf Öl-Pipelines in Kanada

fb In British Columbia (BC) und Alberta (AB), zwei kanadischen Provinzen, boomt die Ölindustrie seit einigen Jahren. Fast überall sind die Öl- und Erdgas-Förderanlagen zu sehen: Viele Äcker sind gespickt von Ölpumpen und Gasspeichern, weil die landwirtschaftliche Produktion zu wenig Gewinne bringt und die Bauern durch die Verpachtung von Flächen an die Ölindustrie einen guten Zusatzverdienst machen können. Hinzu kommen die unvermeidlichen Öl- und Gaspipelines, Raffinerien, Upgrader und andere dreckige industrielle Anlagen zur Verarbeitung und Veredlung des Rohöls. Im Norden Albertas befinden sich außerdem die "Tar Sands", die Teersande, die als sogenanntes "unkonventionelles Öl" immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Seit einiger Zeit sorgen in British Columbia, einer kanadischen Provinz an der Westküste, Anschläge und Drohungen gegen Nordamerikas größtes Erdgas-Unternehmen "EnCana" für Unruhe. Der folgende Artikel ist eine Übersetzung aus der Zeitschrift "VUE WEEKLY" aus der Hauptstadt Albertas.

Pipeline-Bombenanschläge in British Columbia

Anwohner der Peace River-Region bezeichnen die Gas-Entwicklungen als "einen Tsunami", während die Deadline der Saboteure näher rückt.

von Chris Arsenault

Die Peace River-Region, ein raues Grenzgebiet an der Landesgrenze zwischen Alberta und British Columbia, ist alles andere als friedlich in diesen Tagen. Einst eine ruhige Rinder- und Raps-Landschaft, befindet sich das Gebiet heute mitten in einem massiven Umwandlungsprozess, angetrieben von gewaltigen unkonventionellen Erdgas-Reserven, die etwa zwei Kilometer unter der Erdoberfläche liegen. Und seit Oktober 2008 hat jemand in kontrollierten Sabotageakten sechs Erdgas-Pipelines in die Luft gejagt, die von EnCana, Nordamerikas größtem Erdgas-Unternehmen, betrieben werden.

In Wild West-Manier bietet EnCana nun ein Kopfgeld über 1 Million Dollar für Informationen an, die zur Verurteilung führen. Es ist wahrscheinlich die größte Belohnung in der Geschichte Kanadas (das RCMP - Royal Canadian Mounted Police - bot die selbe Summe für die Jagd auf diejenigen, die Air India hochjagten und dabei 329 Menschen töteten).

Das "Integrated National Security Enforcement Team" (INSET), eine Mischung aus hohen Vertretern der Exekutive, die mit der Untersuchung der Attacken beauftragt sind, hat 250 Beamte in die Region gesendet, die sechs Stunden von Edmonton gelegen ist. Die Kräfte umfassen maskierte Männer mit leistungsstarken Maschinengewehren, die von lokalen Anwohnern in den Wäldern entdeckt wurden, und einen Heckenschützen, der direkt aus Afghanistan zurückgeholt wurde. INSET betitelt die Sabotage als "Öko-Terrorismus", obwohl niemand verletzt wurde.

Der Bombenleger sieht das anscheinend anders: "Macht das Land bis zum letzten Stück zu dem was es war, bevor ihr kamt... bevor die Dinge sehr viel schlechter für euch und eure terroristischen Kumpels in der Öl- und Gas-Industrie werden", schrieb der angebliche Bombenleger in einem Brief vom 15. Juli, der an die "Dawson Creek Daily News" gesandt worden war. Der schlecht gedruckte, handgeschriebene Brief forderte EnCana auf, seine Aktivitäten in der Gegend einzustellen. Er versprach außerdem die Anschläge für eine drei-Monate-Frist auszusetzen, damit "wir alle Sommerurlaub machen können",

Rezension

Schwarzbuch Strafvollzug
Eine Bestandsaufnahme

Der Autor des hier zu besprechenden Buches hat selbst an die 20 Jahre Hafterfahrung, vor deren Hintergrund er (im Untertitel des Buches) eine "Niederlage des Gefängnisses" konstatiert.

In "Ritual Knast" von Hubertus Becker, der heute als Drehbuchautor seinen Lebensunterhalt finanziert, rechnet er mit dem bundesdeutschen Strafvolltzug in überzeugender Weise ab. Wer das Buch einfach von vorn nach hinten liest, ist "live" dabei von der Einlieferung eines Gefangenen, dem Leben in Haft und dem Leben danach; wer sich über spezielle Abschnitte der Haft informieren möchte, kann sich an dem übersichtlichen Inhaltsverzeichnis orientieren. Fast allen wichtigen Stationen des Gefängnislebens ist ein eigenes kleines Kapitel gewidmet: ob nun "Die Wärter", "Das Vollzugsrecht", "Die Zwangsarbeit", ebenso "Die Gesundheit" und auch das eher selten beleuchtete Phänomen der Gefängnissprache. Dabei belässt es Becker nicht bei einer Beschreibung der Gegebenheiten, sondern ordnet die jeweiligen Zustände und Phänomene soziologisch in einen Gesamtkontext ein, was das 200 Seiten Buch so wichtig macht.

Mitunter gerät das sehr gut lesbare Buch bedauerlicherweise juristisch etwas unscharf, um nicht zu sagen falsch, wenn beispielsweise suggeriert wird, Oberlandesgerichte oder Strafvollstreckungskammern würden über die Anordnung der nachträglichen Sicherungsverwahrung (a.a.O. S. 152 im Kapitel "Die Sicherungsverwahrung") zu befinden haben. Rechtsmittelinstanz ist der Bundesgerichtshof und über die Anordnung der nachtr. SV entscheidet die Große Strafkammer jenes Landgerichts, das den Gefangenen schon zuvor verurteilt hat. Für eine dem "Ritual Knast" zu wünschende Neuauflage wäre eine Korrektur dieser und anderer ähnlicher Fehler überlegenswert; ebenso wie eine präzise Fundstellenangabe für im Buch enthaltene Angaben, um so dem Leser und der Leserin zu ermöglichen im Detail weiter zu recherchieren oder zu lesen.



Wer das Buch liest, spürt Beckers Zorn. Zorn - nicht Hass. Zorn ist kühl und überlegt. Und so seziert er am lebenden Objekt Knast dessen Strukturen und deformierenden Wirkungen zuallererst auf die Gefangenen, aber auch auf deren Familien, ja selbst auf die Bediensteten und nicht zuletzt auf die Gesellschaft.

Thomas Meyer-Falk, z.Zt. JVA Bruchsaal, http://freedom-for-thomas.de

Hubertus Becker: Ritual Knast. Die Niederlage des Gefängnisses - Eine Bestandsaufnahme; Forum Verlag, Leipzig 2008; 200 Seiten, 16,90 EUR; ISBN 978-3-931801-65-6

Mitmachen beim grünen blatt:
Das grüne blatt soll offener werden als bisher. Dazu gibt es eine Wiki-Internetseite unter http://gruenes-blatt.de/, auf der du deine Artikel veröffentlichen kannst. Mach mit beim grünen blatt, egal ob Layout, Internetarbeiten, Redaktion, Verbreitung, Vernetzung... Melde dich! mail@gruenes-blatt.de

was bedeutet, dass die Anschläge wieder losgehen könnten, da die 15. Oktober-Deadline näher rückt.

Auf einer Pressekonferenz im Juli bezichtigte die Polizei den Saboteur der "Terrorisierung der Gemeinden von Pouce Coupe und Dawson Creek". Aber der Bürgermeister von Pouce Coupe, einem Dorf mit 749 Einwohnern im Epizentrum der Peace River Gasaktivitäten, sieht das nicht so. "Ich habe die Anschläge mit einigen Pipeline-Arbeitern diskutiert", sagt Bürgermeister Lyman Clark, ein lautstarker Unterstützer der Gasindustrie, während eines Interviews im Büro der Gemeinde. "Einer teilte mir ganz offen mit: 'Ich habe mehr Angst vor den Bären'."

Trotz niedriger Erdgaspreise setzen sich die Bohraktivitäten in einem nahezu hektischen Tempo auf der BC-Seite der Grenze fort, wie Bürgermeister Clark es ausdrückt, "Die ganze Gegend ist gerade in einem Boom, im Gegensatz zum Rest der Weltwirtschaft." Glänzend neue Pickups säumen die Straßen von Dawson Creek nach Fort St. John. Seit dem Jahr 2000 haben Unternehmen mehr als 10.000 Öl- und Gaspumpen in der Gegend errichtet und 2008 nahm die Regierung von British Columbia mehr als 3,6 Milliarden Dollar aus dem Verkauf von Bohrrechten und dem Einziehen von Lizenzgebühren ein. Und der Boom zeigt keine Zeichen von Verlangsamung, denn die Unternehmen konkurrieren sogar bei den aktuellen Preisen, von denen Analysten nicht glauben, dass sie unendlich lange niedrig bleiben werdenn um Rohstoffrechte.



Doch da die Gasleitungen sich in die Rapsfelder hineinschneiden, die Unternehmen giftige Chemikalien abfackeln, die den Nachthimmel mit einem unheimlichen Schein erleuchten, und Lastwagen Staub auf vorher ruhigen unbefestigten Straßen aufwirbeln, sagen einige lokale Anwohner, dass die erhöhte Produktion auf ihre Kosten geht.

"Das Tempo der Entwicklungen traf uns wie ein Tsunami", sagt Tim Ewert, ein Biobauer, der nahe Tomslake lebt, im Herzen des Sabotage-Gebiets. "Wir haben an einem Tag 82 Lastwagen gezählt, die das Haus bis Mittag passierten", sagt Woody Ewert, Tims Sohn, als er gerade vom Pflügen der Felder in das Farmhaus kommt. "Die Menge von Staub, die der Verkehr auf unserem Schotterweg verursacht, ist unglaublich. Unser Rasen sieht dann aus als wären wir in einer Nebelbank, aber es ist nur Staub."

Dagegen sagt Brian Lieverse, ein Sprecher von EnCana, dem größten Hauptakteur der Region und bisher das einzige Ziel der Anschläge, dass sein Unternehmen hart daran arbeitet ein guter Nachbar zu sein. Die Gesellschaft habe ein Programm, genannt "Höflichkeitsangelegenheiten", das von Auftragnehmern erwartet weniger als 50 km/h zu fahren, um Staub und Lärm zu reduzieren.

"Da, wo wir sehr viel regulären Verkehr haben, schütten wir Kalzium auf die Straßen, um den Staub zu reduzieren", fügt Lieverse während des Interviews in einem dürftigen Sitzungsraum im Dawson Creeker Außenbüro des Unternehmens hinzu. "Wir versuchen Fahrten von Sattelschleppern und große Mengen Verkehr zu vermeiden, wenn Schulbusse ihre Kinder einsammeln." Das Unternehmen, fügt er hinzu, unterstützt außerdem eine Anzahl von Wohlfahrtsprojekten in der Peace River-Region.

Während Tim Ewert zustimmt, dass EnCana versucht Staub und andere oberflächliche Probleme zu lindern, sagt er, dass alle Unternehmen, die der Gegend Gas entnehmen, daran gescheitert sind die größeren Umweltprobleme zu behandeln.

"Es hat niemals irgendwelche Grundlagenstudien über Luft oder Wasser gege-

ben. Sie haben nie geprüft, welche Größe oder Tiefe die lokalen Grundwasserströme haben, bevor sie mit dem gesamten Bohrprogramm begannen", sagt Tim Ewerts, als wir heißen Kaffee frisch vom Herd an seinem Küchentisch schlürfen. Ewert sorgt sich, dass die Gesamtauswirkungen des Gasbooms die lokale Wasserversorgung schädigen und gesundheitsschädliche Luftverschmutzung verursachen oder Schwefelrückstände auf seinen Feldern hinterlassen könnten.

"Die Gasanlagen fackeln 24 Stunden, sieben Tage die Woche", sagt Peter Kut, ein Ratsmitglied der Gemeinde Pouce Coupe. "Das besorgt einige Leute zusätzlich. Sie wissen nicht, welche giftigen Stoffe von der Verbrennung kommen."



Viel Erdgas der Region ist Sauergas, das Schwefelwasserstoff enthält, ein "hochgiftiges Gas", das der US-amerikanischen "Agency for Toxic Substances and Diseases Registry" zufolge innerhalb weniger Atemzüge den Tod verursachen kann.



Der Einzug der Industrie auf zuvor unberührtes Land "verändert unsere Lebensweise, Jagd, Fallenstellerei, Beerensammeln und sogar das Zelten", sagt Cliff Calliou, erblicher Häuptling der Kelly Lake First Nation, einer indigenen Gemeinde mit etwa 500 Einwohnern, die eine 30-Minuten-Fahrt von den Sabotageorten entfernt liegt.

Nach den ersten Anschlägen im Herbst 2008 spekulierten Polizei und Medien ohne Anhaltspunkte, die dies untermauert hätten, der Bombenleger käme von Kelly Lake. Häuptling Calliou nannte die Polizeiaktivitäten in seiner Gemeinde eine "Hexenjagd".

"Sie [die Polizei] warfen ohne Anklage zwei Leute ins Gefängnis", sagt Häuptling Calliou während eines Interviews im Gemeindezentrum von Kelly Lake. Zusätzlich zum ungerechtfertigten Einsperren von Anwohnern von Kelly Lake hatte die Polizei außerdem die 76jährige Regina Mortensen, eine Großmutter, die sich gerade von einer Hüftoperation erholte, der Sabotage an den Pipelines beschuldigt.

Die Kelly Lake First Nation, die traditionelle Regierungsstrukturen außerhalb des "Indian Act"[1] bewahrt hat, hat ihr traditionelles Land nicht mittels eines Vertrages abgegeben (im Gegensatz zu vielen anderen First Nations, denen mittels sogenannter "Treaties" - Landraubverträge - ihre Landrechte genommen wurden). Trotz des Ressourcenreichtums der Gegend handelt es sich bei vielen Häusern in Kelly Lake um baufällige Wohnwägen. Indigene sagen, dass das Gas von nicht abgetretenem Land gestolen wurde, und haben Anspruch auf 5,2 Milliarden Dollar zur Entschädigung angemeldet.

Die meisten Leute, die nahe der sabotierten Anlagen leben, sind nicht grundsätzlich gegen die Ölgewinnung. Vielmehr sagen sie, dass die Vorschriften Unternehmen gegenüber Landeigentümern und Umwelt bevorzugt behandeln. Die Unternehmen mit ihren Teams aus Anwälten, Ingenieuren und Experten verstehen die Vorschriften oft besser als die Landesregierungen mit ihren leeren Kassen, die für die Überwachung der Ölgewinnung zuständig sind.

Ken und Loretta Vause haben in den letzten 30 Jahren nahe Dawson Creek Landwirtschaft betrieben, Getreide und Raps angebaut, und Weideland bewirtschaftet. "Wir haben drei Gas-Pachtverträge auf unserem Land und eine Pipeline", sagt Ken Vause, der früher für die Ölindustrie gearbeitet hat, als wir an seinem Küchentisch plaudern.

Die Vauses sagen, dass sie mit der Industrie bis zur letzten Verhandlungsrunde, die die erste seit dem erst im beginnenden 21. Jahrhundert richtig in Schwung gekommenen Gasboom in BC war, "nie ein Problem hatten".

"Ein 'Land Agent' kam her für eine Stunde, er zeigte uns keinerlei Pläne, wo die neue Pipeline langgehen würde", erinnert sich Ken. In BC müssen 'Land Agents' (die Leute, die Gasunternehmen in Verhandlungen mit Farmern vertreten), anders als in Alberta, nicht registriert sein - eine Situation, die, wie Farmer sagen, zu allen Arten von Missbrauch führt. In früheren Begegnungen mit Gasunternehmen hatten die

Rezension

Die Landmaschinen und ihre Instandhaltung

jhc Bei dem dicken Wälzer "Die Landmaschinen und ihre Instandhaltung" von Paul Schweigemann handelt es sich wohl um das ausführlichste und lückenloseste Kompendium zum Thema landwirtschaftliche Maschinen. Es wird wohl fast keine Maschine geben, die in diesem Buch nicht beschrieben oder erwähnt wird. Das ist dann auch zugleich Vorteil und Nachteil des Buches. Hochspannend für den Rezensenten ist die historische Dokumentation von mit Hand betriebenen oder mit Pferdegespann gezogenen Geräten aus früheren Zeiten, die auch heute noch in einer konsequent ökologischen Bodenbewirtschaftung ihre Bedeutung finden sollten. Auch die allgemeine historische Entwicklung der Werkzeuge in der Landwirtschaft stellt sich als sehr spannend heraus. Da es dem Buch aber leider an einem Fokus auf diese Aspekte fehlt und auch eine Unmenge an motorbetriebenen Geräten im Detail erläutert werden, fällt das Buch oft in einen Technikfetischismus zurück, in der eine kritische Bewertung der verschiedenen Geräte ausbleibt. Dieser Umstand lässt sich allerdings dadurch erklären, dass es sich bei dem Buch um ein Re-Print der 1955 erschienenen Ausgabe handelt, als den katastrophalen Folgen des Industrialismus noch nicht sonderlich viel Beachtung geschenkt wurde.

Alles in allem also ein gelungenes Nachschlagewerk für landwirtschaftlich interessierte Menschen, dass allerdings in seiner Ideologie auch ein Zeuge seiner Zeit ist.

Paul Schweigemann: Die Landmaschinen und ihre Instandhaltung; Bulldog Press, 1993; 740 Seiten; ISBN 3-9803332-1-3



Mehr Abos für das grüne blatt:

Damit wir das grüne blatt besser kalkulieren können und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere AbonnentInnen. Überleg doch, ob du das grüne blatt abonnieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.

Vauses es immer geschafft Absprachen für Pipeline-Strecken und Ersatzansprüche auszuhandeln. Aber nicht im heutigen boomenden BC: Die Pipeline zerschnitt letztlich ein aktiv bewirtschaftetes Feld. Der Land Agent, ein früherer RCMP-Beamter, reichte Unterlagen beim "Mediation and Arbitration Board" (MAB) ein, der Körperschaft der Provinz, die für die Regelung von Streitigkeiten zuständig ist, ohne jemals zu erklären, wo die Pipeline überhaupt langlaufen wird, sagt Vause.

Die Vauses betrachten das MAB, wie viele andere Farmer, als ein Standgericht, das Gasunternehmen auf Kosten der Farmer bevorzugt. Als der Land Agent, der das in Calgary ansässige Unternehmen "Spectra Energy" vertrat, dem MAB die Papiere einreichte, heuerten die Vauses einen Anwalt an und fuhren nach Grand Prairie in das Anwaltsbüro für eine Telefonkonferenz mit Vertretern von Spectra und dem MAB.

"In der Telefonkonferenz stellte sich jeder vor", erinnert sich Vause. "Als der Vertreter von Spectra sich vorstellte, sagte der Mediator [vom MAB], 'Oh, wie geht es dir Brian? Wir haben uns schon eine Weile nicht mehr unterhalten.' Der Mediator kannte ihn persönlich. Da hast du keine Chance."

Mit dieser Pipeline, die sie hierher setzen, stecke ich für immer in der Haftung", führt Vause fort. "Ich habe nie ein Papier oder irgendwas unterschrieben, aber ich bin trotzdem haftbar. Wenn ich drüberfahre und sie beschädige, bin ich verantwortlich."

Die Vauses erhielten 19.000 Dollar von Spectra als Schadensersatz für die Beeinträchtigung des Landes, was nicht einmal die Hälfte ihrer rechtlichen Kosten abdeckte. Tom Flanagan, ein Professor für Politikwissenschaften an der Universität von Calgary, stimmt den Farmern zu, die die Vorschriften unfair finden, und sagt, dass dies zu Feindseligkeiten gegen die Industrie in der Gegend führt.

"Vielleicht wäre ein Teil der Antwort [zum Umgang mit der Sabotage], die Gesetzgebung für Unternehmen so zu verändern, dass größere Entschädigungen für Inhaber von Bodenrechten gezahlt werden", schlägt Flanagan vor.

Gesetze weniger vorteilhaft für Ölunternehmen zu machen ist nicht einfach, besonders für Provinzen, die zunehmend abhängig von Petroleum-Einkünften sind. Ein Artikel im "Journal of Environmental Management" argumentiert, dass Alberta eine "1. Welt Gerichtsbarkeit" mit einer "3. Welt Analogie" in seinen laxen Umwelt- und politischen Vorschriften gegenüber der Ölindustrie sei. Farmer der Gegend sagen, BC sei sogar schlimmer als Alberta, was erklären könnte, warum sich Ölförderanlagen in Rekordzahlen über die Grenze von Alberta nach BC bewegen.

"Die Regierung von BC hat einige ausgezeichnete Programme zur Anregung ihrer Wirtschaft und der Öl- und Gasaktivitäten in der Gegend", so Brian Lieverse von EnCada.

Aber Kritiker der gegenwärtigen Regelungen sagen, dass Gasunternehmen politische Unterstützung auf eigene Kosten kaufen können. EnCana zum Beispiel hat zwischen 2005 und 2008 255.470 Dollar an die regierenden Liberalen in BC gespendet. Die Liberalen haben im Gegenzug Gelder aus der Wirtschaftsförderung verwendet, um Straßen und andere Infrastruktur zu bauen, die primär die Gasförderung in der Region ermöglichen.

In einem Dutzend Interviews unterstützte nicht einer der Einwohner von Peace River



Rezension

Das Drechslerwerk

jhc Bei dem Standardwerk "Das Drechslerwerk" von Fritz Spannagel handelt es sich um ein scheinbar zeitloses Fachbuch für Handwerker und Interessierte am Drechseln. Auch bei diesem Buch ist es dem Verlag zu verdanken, dass trotz der überall einhaltenden Technisierung und Standardisierung und damit zusammenhängenden Qualitätsverlusten, ein solches Lehrbuch für wahres HANDwerk erhalten bleibt. Spannend beginnt das Buch mit einem historischen Abriss der Drechseltechnik, welcher das Interesse und die Faszination des Lesers für ein so uraltes Handwerk anregt. Das darauf folgende Kapitel behandelt die Werkzeuge und Maschinen des Drechslers, deren Beschreibungen detaillierter wohl kaum sein könnten. Auch die allumfassende Behandlung von Handwerkzeugen sowie größeren Maschinen überzeugt in diesem Teil des Buches. Mit zahlreichen Illustrationen werden dann die verschiedene Drehtechniken an der Drechselbank Schritt für Schritt erklärt. Hier helfen die verschiedenen Übungen und der Bezug der Techniken zu konkreten Werkstücken. Besonders mit Hilfe der Vorlagen am Ende des Buches ist dieses Kapitel überzeugend. Komisch nur, dass erst nach diesem Teil des Buches in den Werkstoff Holz eingeführt wird. Das hätte am Beginn des Buches sicherlich mehr Sinn gemacht. Dieses kleine Manko wird allerdings durch die Detailliertheit des Kapitels aufgewogen. Von den verschiedenen Holzarten und deren Eignung bis zur jeweiligen Behandlung, findet mensch hier alles was er oder sie über Drechsel-Holz wissen muss. Abgerundet wird die Materialkunde mit einer Einführung in weitere Werkstoffe neben dem Holz. Zum Beispiel: Horn und Speckstein. Sein Ende findet das Buch in der Beschreibung der verschiedenen Oberflächenbehandlungen. Leider fallen hier nicht ökologische Beizen und Lacke negativ auf. Enden tut das Buch mit einer Einführung in die künstlerischen und sozialen Zusammenhänge im Drechslerhandwerk, welche das Buch zu einem runden Ganzen werden lässt.

Insgesamt also ein Muss für Drechsel-Interessierte aber auch vor allem handwerkliche Praktiker die sich über das Drechsel-Handwerk weiterbilden möchten.

Fritz Spannagel: Das Drechslerwerk; Verlag Th. Schäfer, 2001; 320 Seiten, 1258 Abbildungen; ISBN 978-3-86630-937-1

(einschließlich der scharfen Kritiker der Ölindustrie) die Anschläge, aber einige sind glücklich, dass ihre Beschwerden letztlich wahrgenommen werden.

"Ich dulde nicht, was diese Person [der Bombenleger] macht", sagt Rick Koechl, ein Mittelschule-Lehrer, der etwa 40 Minuten von den Anschlagsorten entfernt lebt und ein Aktivist ist, der sich dafür einsetzt, dass Sauergas-Förderanlagen mindestens einen Kilometer entfernt von Häusern und Schulen verlegt werden müssen, "aber zumindest bringt es Aufmerksamkeit für die Situation hier. Wir hatten Rechtsschutz-Organisationen, die uns in diesem Kampf geholfen haben, aber das ist nicht sehr sexy, oder?"

Die Anschläge im Nordosten von BC sind nicht der erste Fall hochkarätiger Sabotage gegen die kanadischen Erdgas-Pipelines. Ein Gericht in Alberta verurteilte am 20. April 2000 Wiebo Ludwig, einen wohlbekannten Farmer und Prediger, wegen der Bombenanschläge auf Gasförderanlagen, die Eigentum von Alberta Energy Co. Ltd. (AEC) waren - einem Unternehmen, das 2002 mit PanCanadian zu EnCana fusioniert ist. Ludwig behauptete, dass seine Frau eine Fehlgeburt hatte, weil sie dem Sauergas ausgesetzt war. Während ihrer Ermittlungen gegen Ludwig und seine Komplizen, gab die Polizei zu, selbst eine Gasförderanlage hochgejagt zu haben, um Glaubwürdigkeit für einen Informanten zu erreichen. EnCana-Vertreter weigerten sich zu kommentieren, was das Unternehmen, wenn überhaupt, aus der Ludwig-Geschichte gelernt hat.

Während die 15. Oktober-Deadline für die Wiederaufnahme der Attacken näher rückt, gerät Ludwig wieder ins Rampenlicht, dieses Mal mit einem Offenen Brief an den Bombenleger, in dem er ihn oder sie



bittet, die Anschläge zu beenden. Die Sabotage-Kampagne hat "wertvolle Diskussionen" über die Gefahren des ungehemmten Ausbaus der Petroleum-Industrie angeregt, schrieb Ludwig, aber er drängte den Bombenleger zu "erkennen, dass diese Konflikte letztlich nicht durch Einsatz von Gewalt, sondern durch fundierte und geduldige Überzeugungsarbeit beigelegt werden können."

Aber während die Versuche zu überzeugen fortgesetzt werden, gehen die Profite aus dem Gas der Region in den Bau der Türme von Calgary und Vancouver und füllen die Kassen der Provinz in Victoria. Während Ölarbeiter auf der Suche nach gut bezahlten Jobs als Lastwagenfahrer, Pipeline-Arbeiter, Inspektoren und Techniker in den Nordosten von BC ziehen, sagt June Volz, dass diejenigen, die einen Bezug zum Land haben, vom gegenwärtigen Boom kaputtgemacht werden.

Volz hat in der Region seit Jahrzehnten Landwirtschaft betrieben und hat keine wesentlichen Beschwerden an die Gasindustrie - die Mieteinnahmen von den Pipelines ermöglichen ihr immerhin ihre Kinder zur Universität zu schicken. Aber Volz sagt, der respektvolle Ton, der den Umgang zwischen Industrie und Anwohnern durch die 1980er und '90er bestimmte, hat sich verändert seit der Boom begann.

"[Mit den Ölunternehmen zu verhandeln] war fast ein bisschen lustig. Sie machten ein Angebot und du würdest vor oder zurück gehen. Und es war immer mit Respekt", sagt Volz während wir am Eistee nippen. "[Jetzt] gibt es einen hohen Grad an Arroganz seitens der Unternehmen."

Auf die Frage, was die Beziehung verdirbt, hält Volz für eine Minute inne, bevor sie sagt: "Ich denke, dass sie [Gasunternehmen] eine Menge Unterstützung von der Regierung bekommen. Die Ölindustrie und die Regierung sitzen zu Tisch und die Farmer suchen unten nach Brotkrümeln." [Kommentar: Sagt das nicht alles?]

Original-Quelle:
http://www.vueweekly.com/article.php?id=13116
(17. September 2009, Ausgabe Nr. 726)
Übersetzung: Falk Beyer


Die Fußnoten zu diesem Artikel sind online zu finden:
http://www.gruenes-blatt.de/index.php/2009-02:Anschl%C3%A4ge_auf_%C3%96l-Pipelines_in_Kanada

Widerstand gegen Boehringer-Tierversuchslabor in Hannover

Floh Boehringer - eine Mords-Geschichte

Boehringer ist Deutschlands größter forschende Pharmakonzern und hinter Bayer der zweitgrößte überhaupt. Mensch kann nicht unbedingt sagen, der Konzern würde speziesistisch handeln, wenn er Labore baut, um Tiere zu quälen und zu töten. Denn da kennt der Konzern keine Unterschiede zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Tieren, Antispeziesismus à la Boehringer. Beispielsweise lieferte Boehringer das Dioxin für das Agent Orange welches im Vietnam eingesetzt wurde und verheerende Auswirkungen hatte. 1984 in Hamburg, hatte der Konzern Kenntnisse über Dioxin-Ausstöße aus einem Werk und stoppte die Produktion trotzdem nicht. Somit ist der Konzern verantwortlich für die schlimmen Erkrankungen vieler ArbeiterInnen, welche zum großen Teil bis heute nicht entschädigt wurden (was für eine Annahme, dass mensch die Gesundheit mit etwas Kohle entschädigen könnte). In neuester Zeit behinderte der Konzern den Zugang von Nevirapine-Sirup (welches entscheidend für die HIV-Behandlung infizierter Kinder ist) an bedürftige Menschen.

Lebewesen, ob menschliche oder nicht, werden von Boehringer also als beliebig zur Profitsteigerung einzusetzende Objekte angesehen. Dazu muss mensch vielleicht sagen, dass das nicht eine Eigenart Boehringers ist, sondern bedingt ist durch das Spiel: Kapitalismus. Positiv über Boehringer könnte mensch nun sagen, dass sie dieses Spiel vorzüglich beherrschen. Negativ bleibt zu sagen, dass jedeR der/die dieses Spiel zusammen mit Boehringer mitspielt, verant-wortlich für das Weiterlaufen dieser Mords-Maschinerie ist.

> **"Antispeziesismus à la Boehringer:Ob menschliche oder Nicht-menschliche Tiere, für Boehringer sind alle nur Objekte zur Profitsteigerung"**

Hintergründe über das geplante Tierversuchszentrum

Boehringer will in Hannover-Kirchrode ein Tierversuchszentrum bauen. AnwohnerInnen und AntispeziesistInnenen wollen das nicht.
Hier sollen nicht Medikamente oder Kosmetika an den Tieren getestet werden, bevor sie für Menschen verkauft werden, was schon Irrsinn genug ist, denn dies ist Manifestion einer extrem speziesistischen Denkweise und zudem sinnlos, weil Tierversuche nicht aussagekräftig sind über menschliche Reaktionen auf getestete Substanzen. Hier geht der Irrsinn aber noch einen Schritt weiter: An Schweinen und Kühen sollen Impfstoffe für dieselben getestet werden. Aus menschlicher Sicht sehr uneigennützig, und passender Weise heißt diese Branche dann auch „Tiergesundheitsbranche". In Wirklichkeit geht es aber nicht um die Gesundheit der Tiere, denn in der Massentierhaltung, für welche die Impfstoffe entwickelt werden, werden die Tiere bewusst krank gemacht. Ihnen wird jede Möglichkeit auf Bewegung genommen, damit sie möglichst schnell Fett ansetzen. Die Tiere bekommen nie das Tageslicht zu sehen und können in keinem Bereich ihres Lebens selbstbestimmt handeln. Essen und Trinken ist maschinell geregelt. Aber vor allem ist der einzige Grund, warum diese Tiere leben, dass sie sterben sollen, sobald sie genug Fleisch angesetzt haben. Wer kann vor diesem Hintergrund also von „Tiergesundheit" reden?

Aktionen gegen das Tierversuchslabor

Es gab zwar schon länger eine „Bürgerinitiative gegen Massentierversuche in Wohngebieten", wirklicher Widerstand kam aber erst auf mit der Bauplatzbesetzung am 2. Juni. Die alten Kleingartenhütten welche dort noch standen wurden wiederbelebt, in einer alten Eiche wurden Plattform und Hängematten



Festgekettet im Beton-Lock-on bei der Räumung



Räumung aus der Eiche

"Kommt doch runter, ihr habt doch erreicht was ihr wolltet!"

gehängt, und eine Infohütte wurde gezimmert. Fast 3 Monate lebten hier bis zu 50 Menschen. Neben der Plattform für den Widerstand war der Ort auch ein Freiraum, in dem Solidarität und Selbstorganisation, Fähigkeiten, welche in der bürgerlichen Welt bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln, ausprobiert werden konnten. Mit den vielen Hütten, der Wiese und dem Gestrüpp, hätte sich dieser wunderschöne Ort ideal geeignet für alternatives Leben und unkommerzielle Kultur. Aber natürlich geht es in dieser Welt ja nicht um Konzepte die einen Nutzen für Menschen haben, wo kämen wir da hin?

Die Presse schrieb anfangs positiv, aber inhaltsleer. Als es dann Farbanschläge auf das Haus des Bürgermeisters und der Tierärztlichen Hochschule (mit dessen Kooperation Boehringer das Labor bauen will) gab, wendete sich das Blatt: Das Gehetze der Lokalzeitungen unterschied sich kaum noch von dem des Bild-Lokalteils. So war es auch möglich, dass Bullen und Presse plötzlich konstruierten, dass der „friedliche Charakter nicht mehr gegeben sei." Grund dafür: Die Chaoten gruben Fallgruben aus und legten Steindepots an. Berichtigungen, dass aus dem Steindepot, ein Steinofen gebaut werden sollte, und dass die „Fallgruben" nur Vorkehrungen gegen die Räumfahrzeuge der grünen Horden ohne friedlichem Charakter waren, um deren Gewalt abzuwehren, ignorierte die Presse natürlich.

> **“Nach der Räumung mit 1000 Bullen drehte sich die Diskussion darum, ob der Einsatz überzogen gewesen wäre. So als ob es Polizieeinsätze gäbe die nicht überzogen sind.”**

Geräumt wurde dann mit einem 1000 Beamtis starkem Bullenaufgebot. Anstatt die strukturelle Gewalt zu sehen, wie mit Repressionsorganen von den AnwohnerInnen und Anderen ungewollte Projekte durchgedrückt werden, drehte sich die Diskussion nur darum, ob der Polizeieinsatz überzogen gewesen sei. So als ob es Polizeieinsätze gäbe, die nicht überzogen wären.

Nach der Räumung (seit der gegen mehrere AktivistInnen, die festgekettet waren, oder auf Dächer und Bäume geklettert waren, Ermittlungen wegen Hausfriedensbruch oder/und Widerstand gegen die Staatsgewalt laufen) entlud sich die Wut, über die strukturelle Gewalt des Staates auf vehemente Art und Weise. Nach einer Demonstration, am Tag nach der Räumung, an der etwa 200 Menschen teilnahmen, und wo erstmals ein Großteil Hannovers linker Szene sich an den Protesten beteiligte, fanden den Abend über immer wieder Flashmob-Aktionen statt. Etwa 50 AktivistInnen tauchten auf einer Verkehrskreuzung auf, blockierten diese, riefen Parolen, feierten eine Reclaim the Streets Party, und bauten teilweise Materialblockaden auf, bis die Polizei auftauchte. Dann verteilte sich die Masse, um an anderer Stelle wieder aufzutauchen. So ging das den ganzen Abend über. Am nächsten morgen waren am Rathaus die Fensterscheiben eingeworfen (Sachschaden 30000€) sowie Zerstörungen, farbliche Verschönerungen und Sprüche an einem Konsumzentrum, einem Schwimmbad, und der Parteizentrale der Grünen („Wir sind grün – was seid ihr?" - Die Günen stimmten für den Bau des



Einer von drei brennenden Fleisch-Kühltransportern



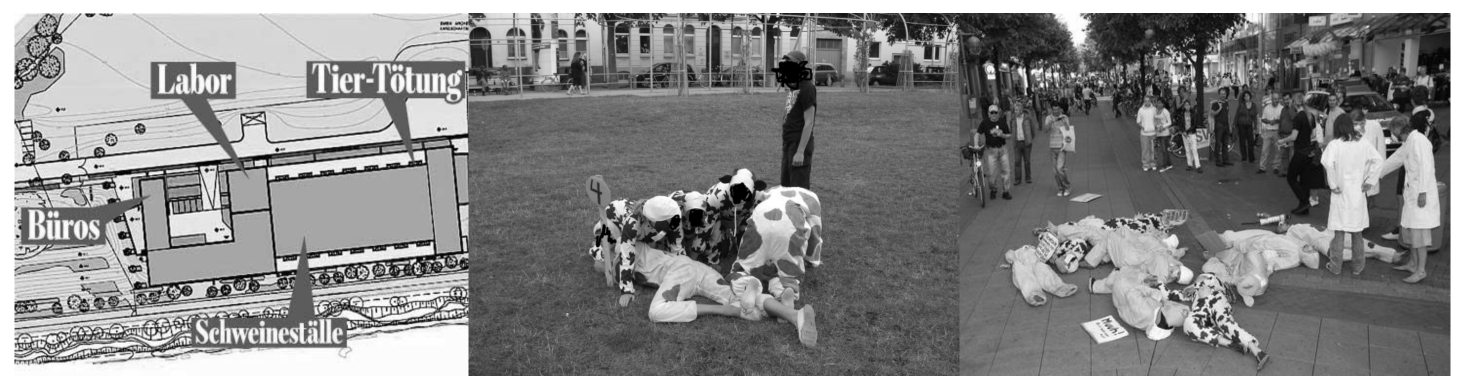
Tripod am Eingang des Camps



Der friedliche Charakter ist nicht mehr gegeben: Schwarz vermummte SEK-Kletterer



Räumung nach Rathausbesetzung



Das geplante Tierqualzentrum

Standbild auf der Boehringer - AUSstellung

Dr. Boehringers testen Kühe und Schweine in der Innenstadt tot



Labors). Innerhalb der nächsten Tage wurden mehrere Metzgereien und Apotheken angegriffen, und der erste von insgesamt 3 Fleisch-Kühltransportern brannte aus.
Wenige Tage später fand die Wiederbesetzung des Bauplatzes statt. Schwarz Vermummte SEK-Kletterer räumten 17 AntispeziesistInnen von den Dächern der noch steh-enden Gartenhütten.
Mitte September fand dann die Aktionswoche gegen Tierversuche und Boehringer statt. Über 30 AktivistInnen starteten über eine Woche lang täglich kreative Aktionen.



So wurde zum Beispiel das Rathaus besetzt und Transparente gehängt, Ärzte trieben eine Horde von Schweinen und Kühen durch die Innenstadt um sie an zentralen Stellen mit überdimensionierten Spritzen tot zu spritzen, die Abrissfirma Gysin, welche den Bauplatz vorbereitet wurde von Schweinen besucht, und teilweise besetzt, eine Boehringer AUS-stellung wurde aufgebaut, bei der interessierte PassantInnen an Standbildern vorbeigeführt wurden, die auf „Knopfdruck" eine Szene spielten, und so wurde die Geschichte von Boehringer, des Labors und des Widerstandes erzählt.

Auswertung - Wie geht's weiter?

Die große Stärke des Anti-Boehringer-Widerstandes war/ist es, z.B. verglichen mit dem Hüttendorf in Kelsterbach, dass er von einer lokalen, gut funktionierenden Szene getragen wurde, sowie dass die lokale autonome Szene sich größtenteils mit dem Widerstand solidarisierte, und ihn teilweise praktisch unterstützten. Außerdem gab es aus der antispeziesistischen Szene Soliaktionen- und Demonstartionen in anderen Städten (Berlin, Hamburg, Rostock, Biberach). In Ingelheim (wo sich der Hauptsitz Boehringers befindet) wurde (laut Allgemeiner Zeitung, Mainz) von Unbekannten eine Fake-Mitteilung von Boehringer verteilt, auf der der Konzern mitteilte, dass Labor nun in Ingelheim bauen zu wollen.
Antispeziesistische Inhalte konnten über die Aktivitäten teilweise verbreitet werden. Die bürgerliche Presse, schrieb wenig bis gar nichts zu den dahinterstehenden Theorien. Trotz mehrmaliger Richtigstellung, bezeichnete sie die AktivistInnen durchgehend als „Tierschützer".
Ein Begriff, den die meisten der AktivistInnen ablehnen, weil TierschützerInnen Tiere schützen wollen, vor Misshandlungen oder besonders grausamen Haltungs- oder Schlachtmethoden, aber nicht das Herrschaftsverhältniss angreifen, dass Tiere zu benutzende Objekte für eine menschliche Gesellschaft sind. Dieses Herrschaftsverhältniss anzugreifen ist das Ziel von AntispeziesistInnen und auch der meisten in Hannover beteiligten AktivistInnen.
So mussten die AktivistInnen zurückgreifen auf eigene Inhaltsvermittlung, zum Beispiel über mehrere zehn tausend verteilte Flyer. Eine Zeitung die in alle Briefkästen Hannovers geworfen werden soll, ist in Planung.

Die Aktionen fanden zwar große Sympathie innerhalb der Hannoveranischen Bevölkerung (auch nach den Brandanschlägen noch), aber der Zustrom zu den Aktivitäten war eher gering, genauso wie die Antispeziesistische Szene keinen besonders großen Zulauf durch die Aktivitäten bekommen hat. Auch in Hannover gelang es nicht, eine Bewegung aufzubauen, die eine relevante Stärke, über den spontanen Moment hinaus hätte. Die Ursachen dafür liegen aber anders als in Kelsterbach. Denn dort gab es eine breite Grundstimmung in den umliegenden Gemeinden gegen den Flughafen, die einfach nicht genutzt wurde, da innerhalb des Hüttendorfes, sowie in den Bürgerinitiativen und bei sonstigen AusbaugegnerInnen sowieso, eine starke Lethargie und Ideenlosigkeit herrschte. Eine Gruppe, oder Szene, die mit ständigen kreativen und direkten Aktionen die Öffentlichkeit in Atem hält, hätte es dort ev. schaffen können, eine breite Bewegung aufzubauen mit genügend gesellschaftlicher Relevanz um das Projekt zum



Schwein frisst Boehringer-Symbole

Kippen zu bekommen.
Ideen und kreative Aktionen waren in Hannover nicht Mangelware. Eine kleine Szene schaffte es dieses Thema zum lokalen Thema Nummer 1 zu machen über den gesamten Sommer (der Autor hat übrigens keinen blassen Schimmer von wem und aus welcher Szene die nächtlichen Anschläge und Verschönerungen kamen, und wenn er einen hätte würde er tun, als hätte er keinen). Gründe warum dennoch keine größere Szene entstand, spektrenübergreifend und mit Fuß im bürgerlichen Lager, sind eher im Spezifischen Thema Antispeziesismus zu suchen: Außer im Stadtteil Kirchrode fehlt die persönliche Betroffenheit,es entsteht kein Nachteil für Bürgis. Generell fehlt ein Verständniss für Antispeziesismus, sowohl in der bürgerlichen Gesellschaft, genauso wie in der linksradikalen Szene.
Wo mensch mit Tierschutz ein breites Bündnis auf die Beine stellen könnte, vom „Hippie-Tierliebhaber" bis zur „Bildleserin" liegt der Gedanke, auch Tiere könnten Individuen sein, die in Selbstbestimmung leben sollten, anstatt von Menschen für alle möglichen Bedürfnisse, von Zuneigung bis Machtgefühle und Fleischkonsum, unterdrückt zu werden, anscheinend noch zu fern. So muss es beim Thema Antispeziesismus vielleicht erst einmal darum gehen allgegenwärtige Diskurse anzgreifen, um sich eine langfristige Perspektive für Tierbefreiung aufzubauen.

> **“Die AktivistInnen wurden durchgehend als Tierschützer bezeichnet, denen geht es allerdings nur um bessere Ausbeutungspraktiken, und nicht um die Beendung der Strukturellen Herrschaft über Tiere”**

Marode Atommüllkippe verhindern!

Einwendungskampagne gegen die Atommülllagerung in Morsleben

Morsleben-Kampagne **Im „Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben" (ERAM) nahe Helmstedt liegen in einem alten Salzbergwerk ca. 37.000 Kubikmeter Atommüll. Der Betreiber, das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), plant das Lager nach weiträumiger Verfüllung sang- und klanglos zu verschließen. Sicher? Für eine Million Jahre?**

Wer soll das glauben angesichts von

- unüberprüfbaren Modellrechnungen für unvorstellbar lange Zeiträume,
- einem verbleibenden Hohlraum von einer Million Kubikmetern und
- zumindest einer nachgewiesenen Wasserwegsamkeit zur Biosphäre?

Wir erinnern uns an die Asse, für die uns noch bis vor kurzem versprochen wurde, dass „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Radioaktivität ausdringen" könnte. Heute nennt der Bundesumweltminister Gabriel die Asse die „gefährlichste Atomanlage Europas". Morsleben hingegen sei in den Griff zu bekommen, so der zuständige Vertreter des BfS Dr. Michael Hoffmann im August 2009.



Dabei gibt es zahlreiche Parallelen zwischen Asse II und Morsleben. Beide Salzbergwerke wurden zuvor zur kommerziellen Salzgewinnung genutzt und später aus Kostengründen zum Endlager deklariert. Schon damals gab es Wasser unter Tage und es war unstrittig, dass es alten Bergwerken an Standsicherheit mangelt. Zunächst wurde „versuchsweise" Endlagerung betrieben. Eine Rückholung des damals eingebrachten Mülls war jedoch nie geplant.

Jetzt soll versucht werden, einen zugegebenermaßen ungeeigneten Standort mit technischen Mitteln zu sichern. Dabei wird sowohl die trockene Lagerung wie auch die völlige Abschirmung der Radionuklide von der Biosphäre während der nächsten 1 Million Jahre über Bord geworfen. Statt dessen setzen BfS und Bundesumweltministerium auf die Rückhaltung eines Großteils des Inventars und eine Unterschreitung von Grenzwerten.



Wir wollen das nicht einfach so hinnehmen und planen daher eine Einwendungskampagne. Denn nach Atomgesetz §9b muss vor der Schließung ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Im Rahmen dieses Verfahrens legt das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (MLU) Sachsen-Anhalts die Planungsunterlagen 2 Monate lang aus - nach eigenen Angaben noch Ende diesen Jahres. Während dieser Zeit sind alle Bürger_innen dazu aufgerufen, mit sog. Einwendungen auf Defizite der Pläne hinzuweisen. Die Internetseite der "Morsleben-Kampagne" soll Anregungen und Hilfestellungen geben, sich mit dem Thema eingehender zu beschäftigen, eigene Kritikpunkte zu formulieren und aktiv zu werden.



Zielsetzungen der Kampagne

Wir beabsichtigen mit der Kampagne, dass möglichst viele Menschen und Einrichtungen Einwendungen erheben gegen das Schließungskonzept des Betreibers BfS für das ERAM. Dabei geht es gleichermaßen um die Sicherheitsinteressen der unmittelbar Betroffenen wie um die exemplarische Bedeutung, die das Verfahren für den zukünftigen Umgang mit Atommüll hat.

Wesentliches Element der Kampagne ist es, über die Gefahren zu informieren, die für heutige und kommende Generationen vom Atommüll im ERAM ausgehen. Dazu soll es eine unabhängige wissenschaftliche Bewertung der Planunterlagen und eine fachliche Beratung für die Einwendungen geben.



Regional und überregional soll die Kampagne Menschen und Organisationen dazu ermutigen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, eigene Fragestellungen zu entwickeln und sich kritisch zum vorgeschlagenen Schließungsverfahren zu verhalten. Wir laden dazu ein, die Kampagne zu unterstützen und mitzuarbeiten.

Webseite:
http://morsleben-kampagne.de

Mailadresse:
info@morsleben-kampagne.de

Telefon:
0151-50194026

Schluss mit dem Pfusch beim Endlagern!

20.000 Tonnen Salzgestein drohen in Morsleben auf Atommüll zu stürzen

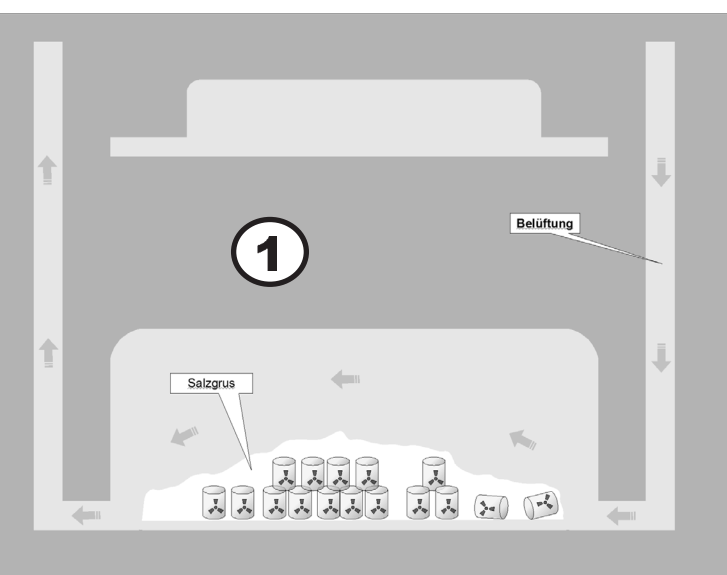
fb Im Atommülllager Morsleben lagern mehr als 36.000 Kubikmeter niedrig-und mittelradioaktive Abfälle. In der Kammer „4s" auf der 4. Sohle (Etage) des ehemaligen Salzbergwerks steht dem Betreiber des Endlagers, dem Bundesamt für Strahlenschutz, zufolge ein Deckeneinsturz bevor, bei dem über 20.000 Tonnen Salzgestein mehr als 40 Meter tief abstürzen werden – auf den darunter lagernden Atommüll. Was genau dort eingelagert wurde, ist Betreiberangaben zufolge unklar. Klar ist jedoch, dass dieser Einsturz radioaktives Material aufwirbeln könnte, das dann über das Belüftungssystem an die Oberfläche geraten könnte. Die Druckwelle des Einsturzes könnte nach Information aus dem Bundesamt wie ein kleines Erdbeben wirken und selbst an der Oberfläche noch zu spüren sein.

Grund für diese neue akute Einsturzgefahr könnte Pfusch beim Verfüllungskonzept des Betreibers sein: Seit 2003 wurden fast 800.000 Kubikmeter Salzbeton in die Hohlräume der oberen Sohlen verfüllt. Diese sollten eine Stabilisierungsmaßnahme gegen die damals festgestellte akute Einsturzgefahr der betroffenen Bergwerkbereiche darstellen. Da das Bundesamt eine Beteiligung der Öffentlichkeit, die bei Verfüllung im Atomlager-Bereich notwendig gewesen wäre, vermeiden wollte, wurde die untere Bergwerksetage leer gehalten. Die Last der eingefüllten Masse an Salzbeton trägt nun dazu bei, dass das ohnehin schon marode und nach einhelliger Meinung für die Atommülllagerung ungeeignete Bergwerk unter zusätzlichem Druck steht und in einem weiteren Bereich einsturzgefährdet ist. Zuletzt war im Frühjahr 2009 ein 500 Tonnen schwerer Teil der Decke herunter gekracht, einige Jahre zuvor ereignete sich ein ähnlicher Vorfall, bei dem über 4.000 Tonnen herabstürzten.

Ab 22. Oktober sollen die Pläne des Bundesamtes für Strahlenschutz zur Stilllegung der Atommüllkippe Morsleben öffentlich ausgelegt werden. Acht Wochen haben dann alle BürgerInnen die Möglichkeit sich diese Unterlagen anzuschauen und kritische Einwände zu formulieren. WissenschaftlerInnen sagen schon heute, dass es schwer vorstellbar ist, wie es dem Bundesamt gelingen sollte, die sichere Lagerung des Atommülls in dem einsturzgefährdeten und von Wasserzuflüssen betroffenen Bergwerk zu garantieren. Trotzdem ist der Betreiber überzeugt den Atommüll in Morsleben lassen zu können – eine Gefahr für Kinder und Enkelkinder der heutigen Generation.

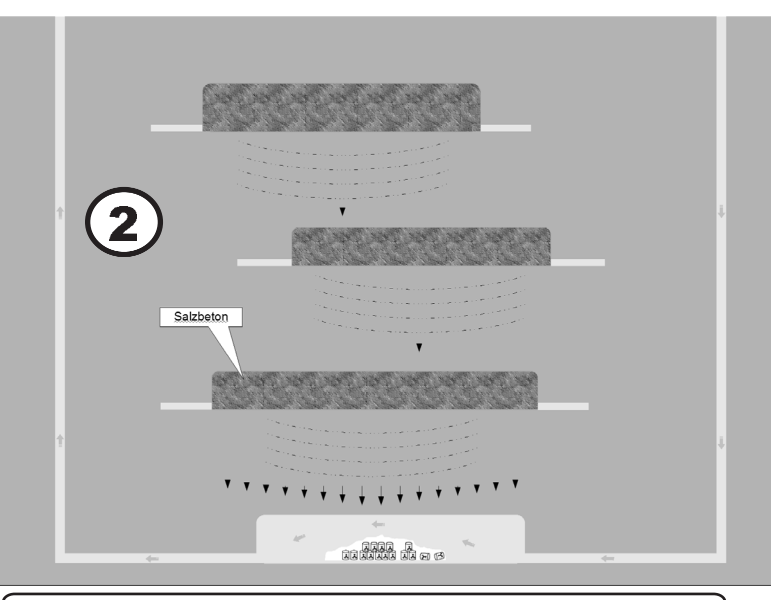
Morsleben ist ein Symbol für das Scheitern der Entsorgung atomarer Abfälle, die in den Atomkraftwerken entstehen. Eine sichere Endlagerung von Stoffen, die über einen längeren Zeitraum eine Gefahr für alles Leben darstellen, ist nicht möglich, denn kein Mensch ist fähig mit hinreichender Sicherheit Prognosen über tektonische Bewegungen und andere Naturereignisse zu machen. Doch selbst mit dem wenigen Wissen, das die menschliche Wissenschaft heute hat, gibt es deutliche Stellungnahmen der ExpertInnen: Früher oder später wird die Radioaktivität einen Weg an die Biosphäre finden, es ist nur eine Frage der Zeit.

Werde auch du jetzt aktiv! In den nächsten Wochen stehen entscheidende Weichenstellungen für die atomare Gefahr aus der Atommüllkippe in Morsleben an: Würde dem Plan des Bundesamtes für Strahlenschutz gefolgt, soll die radioaktive Erblast in dem unsicheren Bergwerk bleiben. Jegliche Möglichkeit an den Müll heranzukommen, wenn sich neue Gefährdungsszenarien abzeichnen, würde versperrt werden. Auch die Strahlenschutz-Überwachung des Endlagers soll aufgege-



Auf der 4. Sohle des Endlagers Morsleben wurden in der Kammer „4s" sogenannte „Eigenabfälle" eingelagert, von denen nicht genau bekannt ist, um was es sich dabei handelt. Der Atommüll wurde mit Salzgrus abgedeckt, um Hohlräume zu verschließen und gleichzeitig als Puffer für herabfallende Steine von der Decke des Hohlraumes zu dienen.

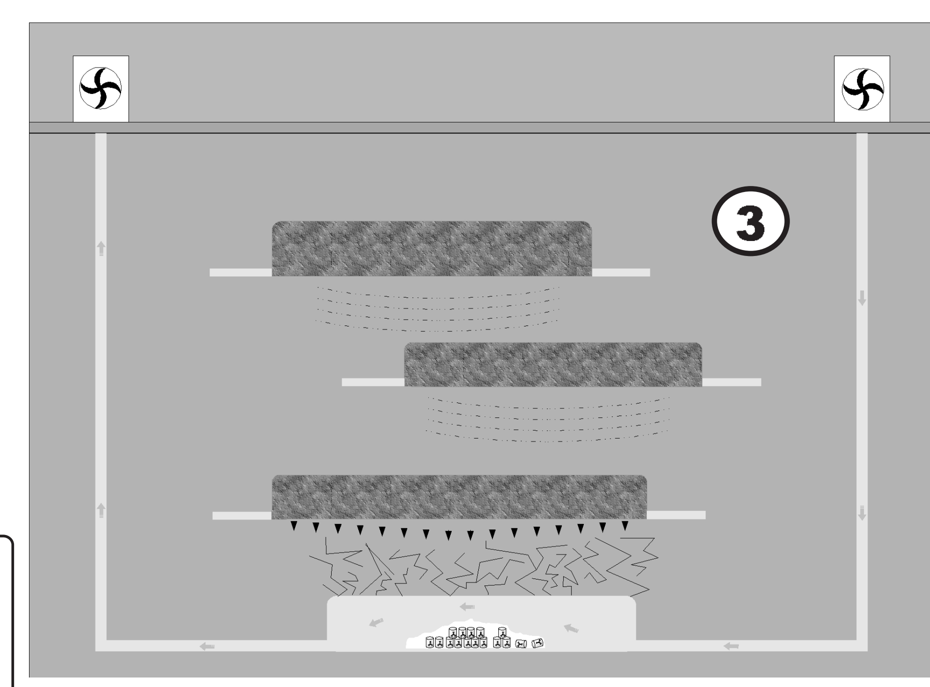
Die Kammer hat zwei Zugänge, die derzeit nur ungenügend gesichert sind – an der einen Seite durch einen Maschendrahtzaun mit angehäuftem Salzgrus davor, an anderer Stelle durch eine Ytong-Wand, die zusätzlich mit einem Stahlseil gegen die zu erwartende Druckwelle verstärkt wurde.



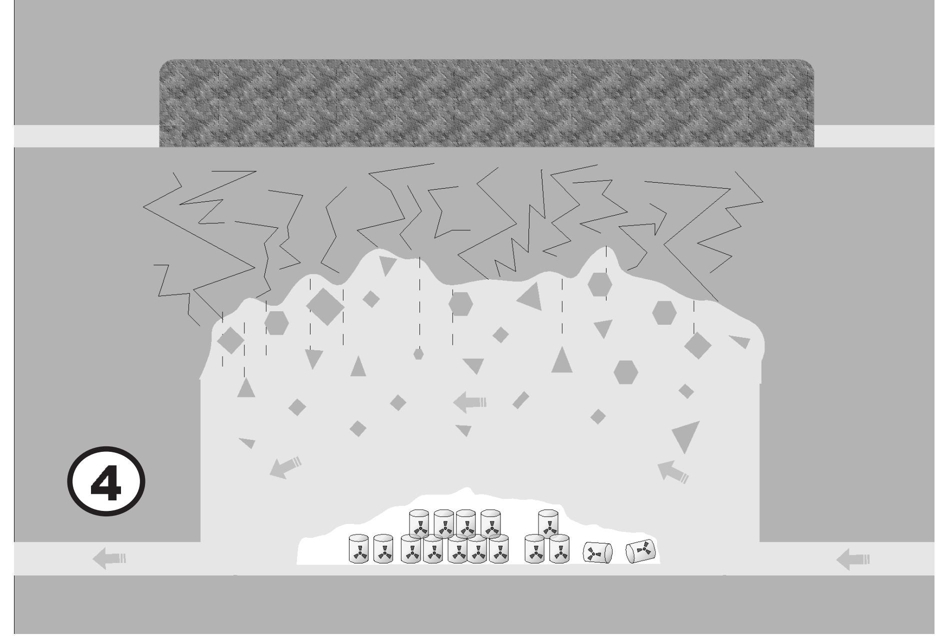
Seit 2003 wurde in den Hohlräumen über der Kammer sogenannter „Salzbeton", eine Mischung aus Salzgrus, Zement und anderen Zusatzstoffen eingebracht. Eigentlich zur Stabilisierung des einsturzgefährdeten Endlagers. Allerdings lastet nun das Gewicht der insgesamt fast 800.000 Kubikmeter Salzbeton auf den offen gelassenen Hohlräumen. Dies wurde schon zu Beginn dieser vom Bundesamt für Strahlenschutz veranlassten Maßnahme kritisiert, angeblich sei dies aber kein Problem.

ben werden! Hier gilt es Druck zu machen: Der Atommüll muss raus, die Produktion weiterer Abfälle muss gestoppt werden - also müssen alle Atomkraftwerke sofort abgeschaltet werden - die Verantwortlichen in Politik, Behörden und Atomwirtschaft müssen zur Verantwortung gezogen werden!

Informiere dich über das Atommüll-Endlager in Morsleben:
http://greenkids.de/morsleben
http://morsleben-stillegung.de
http://morsleben-kampagne.de

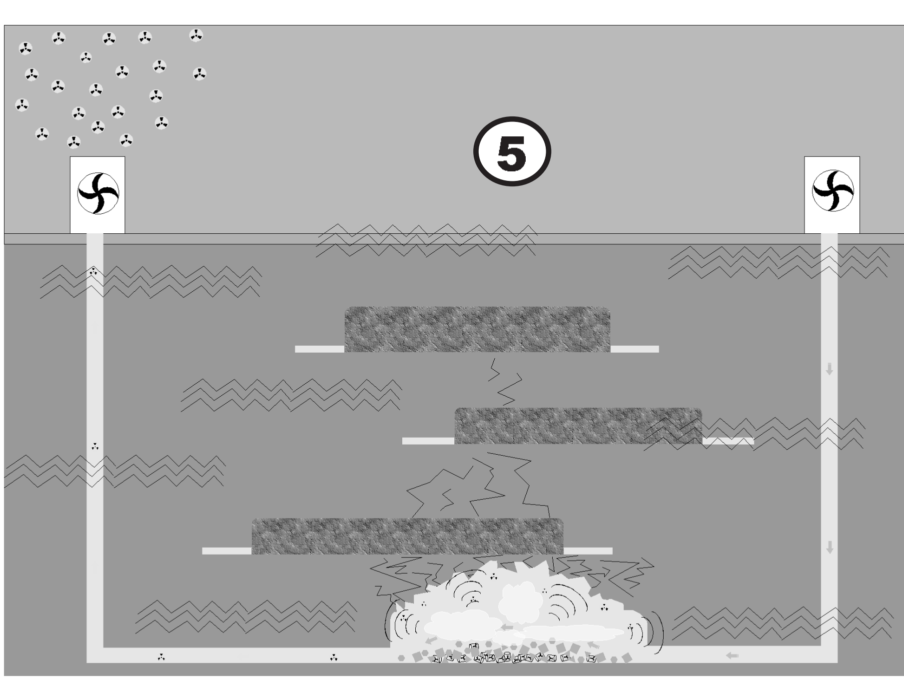


Wenn das passiert, was der Betreiber des Endlagers am 27. August prognostizierte, wird sich das Gestein von der Decke der 40 bis 45 Meter hohen Kammer lösen und auf den darunter liegenden Atommüll stürzen. Die Durchschlagkraft, die durch die große Höhe entsteht, wird in Verbindung mit dem gewaltigen Gewicht von 20.000 Tonnen eine ungeheure Druckwelle verursachen.



Durch die Last des eingefüllten Salzbetons wird die darunter liegende „Decke“ (die Zwischenwand zwischen zwei Bergwerksetagen) brüchig und bekommt Risse. Im August teilte das Bundesamt mit, dass solche Risse über der Kammer 4s festgestellt wurden und dass möglicherweise mit einem Einsturz der gesamten Decke zu rechnen sei.

Das Belüftungssystem des Endlagers sorgt dafür, dass ständig frische, sauerstoffhaltige Luft in das Bergwerk gelangt und die verbrauchte, sauerstoffarme Luft unter Tage ersetzt. Dadurch besteht aber auch direkter Kontakt mit den einsturzgefährdeten Bereichen, in denen auch Atommüll lagert. **Das ist der Stand zum heutigen Tage!**



Wenn die Decke der Kammer 4s auf den Atommüll stürzt, wird dieser trotz der darauf geschütteten Salzschicht aufgewirbelt und es besteht die Gefahr, dass die Druckwelle die improvisierten Absperrungen aus Ytongwand/Stahlseil bzw. Maschendrahtzaun/Salzhaufen durchbricht. In diesem Fall kann nicht ausgeschlossen werden, dass radioaktive Partikel über das Belüftungssystem im gesamten Bergwerk und bis an die Oberfläche verteilt werden.

Das Bundesamt spricht außerdem davon, dass der Einsturz einem Erdbeben gleich die Gläser in den Schränken zum Klirren bringen könnte. Der Einsturz einer so großen Kammer kann weitere Folgen nach sich ziehen, neue Risse könnten zum Nachbrechen anderer Bereiche führen.

Luft raus oder Atempause?

Widerstand gegen den Flughafenausbau Frankfurt seit der Räumung

vega **Seit seiner Inbetriebnahme in den 30er Jahren wird der Frankfurter Flughafen permanent ausgebaut. Jede Ausbaustufe war und ist verbunden mit Privatisierung von öffentlichen Raum, Umweltzerstörung, Belastung für Klima und AnwohnerInnen.**
Momentan versucht der Flughafenbetreiber Fraport im Kelsterbacher Wald eine neue Landebahn zu bauen. Der jahrelange Widerstand der Bürgerinitiativen erhielt Ende Mai 2008 Unterstützung, als eine handvoll AktivistInnen den Wald besetzten. Im folgenden dreiviertel Jahr wurde aus den paar Plattformen in den Bäumen ein Hüttendorf, in dem insgesamt viele hundert Menschen gewohnt haben. Ab diesem Zeitpunkt wurde das Thema auch wieder überregional für die radikale Umweltbewegung und andere Linksradikale interessant. Mitte Februar, nachdem große Teile des Waldes gerodet waren, kam dann die Räumung. Ein Hausdachbesetzung 2 Tage später erregt noch einmal Aufmerksamkeit. Wie ging es danach weiter?

Die meisten AktivistInnen reisten in der Folgezeit ab, die kleinen aber sehr aktiven Zusammenhänge der Waldbesetzung begannen auseinander zufallen. Es gibt weiterhin eine Mahnwache im Kelsterbacher Wald, die als offener Anlaufpunkt dienen soll. Jedoch engagieren sich hier deutlich weniger Menschen als bei der Waldbesetzung, und genau wie die Waldbesetzung hat die Mahnwache immer wieder an internen Problemen zu knabbern.
Es gab auch im Frühjahr und Sommer eine Reihe direkter Aktionen gegen den Ausbau. Gemeinsamkeit war immer, dass sie schnell eine große (und oft auch wohlwollende) mediale Aufmerksamkeit erzielten, dass aber (anders als während der Waldbesetzung) sich ausschließlich die in der Region etablierten Polit-Zusammenhänge einbrachten.

„Horst, Dein Auto brennt!“ (FR vom 12.03.)
Horst Amann ist Chefplaner des Flughafenausbaus. In der Nacht des 10. März (sein Geburtstag!) haben Unbekannte seinen Dienstwagen abgefackelt. Es gibt kein BekennerInnenschreiben, fast alle BeobachterInnen gehen aber von einer politisch motivierten Tat aus. Der Frankfurter Rundschau ist ein brennendes Auto 3 Seiten Zeitung wert, inklusive Rückblick auf den jahrelangen, militanten Kampf gegen die Startbahn West und Interview mit einem Sprecher der Bürgerinitiativen. Dieser besitzt die Unverschämtheit, zu behaupten, die AktivistInnen gegen den Ausbau wären nicht radikal, sondern „die treuesten Staatsbürger“. Peinlich...

Demo in Walldorf
Nicht nur in Kelsterbach sondern auch im nahegelegenden Walldorf fiel Wald für den Flughafenausbau. Hier sollen Lagerhallen und sonstige Infrastruktur gebaut werden. Ein Bündnis lokaler Initiativen mobilisierte vor Ort sehr aufwendig für eine Demonstration zu den Rodungsflächen. Diese fand am 26. April statt, 450 Menschen nahmen teil, für viele schien es die erste Demo zu sein. Die Demo war eher bürgerlich geprägt und recht unspektakulär.

Feierlicher erster Spatenstich gestört
Am 8. Mai inszenierten die Flughafenbetreiber den feierlichen ersten Spatenstich für die Landebahn. Obwohl das Ganze unter der Woche während der Arbeitszeit stattfand, folgen etwa 100 Personen dem Aufruf zu einer Gegendemonstration auf der einzigen offiziellen Zufahrt. Trotz einem Großaufgebot der Polizei gelang es einigen Robin Wood AktivistInnen sich von einer Eisenbahnbrücke über der Straße samt Transparent („Klimaschutz statt Kahlschlagparty“) abzuseilen. Gemeinsam wird die Zufahrt für mehrere Stunden für Fahrzeuge blockiert, die meisten geladenen Gäste müssen durch ein Spalier wütender AnwohnerInnen laufen. Schließlich räumte die Polizei sehr brutal eine Sitzblockade, die KletterInnen wurden per Hubwagen geräumt.

Bäume gepflanzt
Am 10. Mai pflanzten knapp 50 Personen vor Augen der Lokalpresse junge Bäume auf der Rodungsfläche. Die meisten auf einer Fläche außerhalb des Bauzauns, einige überwanden aber auch den Zaun und pflanzten im eingezäunten Bereich. Die Polizei war nach einer Weile mit einigen Streifenwagen vor Ort – nicht genug um einzugreifen.



Wiederbegrünung der Rodungsfläche

Proteste vor dem VGH Kassel
Am 2. Juni (nachdem ein großer Teil des Waldes längst gerodet war) beginnen beim Verwaltungsgerichtshof Kassel die Verhandlungen über die Rechtmäßigkeit des Ausbaus. Eine Fahrradkarawane von AktivistInnen fährt 5 Tage lang von der Mahnwache bis zum Gericht. Vor dem Gericht findet eine Kundgebung der Bürgerinitiativen statt.

Bürgerbegehren in Kelsterbach
Während die ersten Bäume fielen, schloss der Bürgermeister von Kelsterbach einen Vertrag mit den Flughafenbetreiber. Inhalt: Die Stadt Kelsterbach verzichtet auf Klagen gegen den Ausbau, verkauft das Gebiet auf dem die Landebahn liegt und viele weitere Grundstücke, und kriegt dafür einen Batzen Geld. Einige Kelsterbacher BürgerInnen beantragten ein Bürgerbegehren, welches den Vertrag stoppen sollte, und sammelten auf Anhieb die nötigen Unterschriften. Das Referendum hatte nicht nur die Funktion, in staatliche Entscheidungsprozesse einzugreifen. Viele Betroffene, die bis dato wenig über die Materie wussten und keine Meinung hatten, sollten auf einmal Stellung beziehen. So gelang es recht effektiv, den Ausbau in Kelsterbach zu thematisieren. Am 5. Juli war die Wahl: Mehr als 60 Prozent der TeilnehmerInnen stimmten gegen den Verkauf. Das Bürgerbegehren wurde nicht rechtskräftig, da 264 Personen zu wenig gegen den Vertrag gestimmt haben. Jetzt soll das Stadtparlament noch einmal über den Verkauf entscheiden. Die letzte Sitzung zu dem Thema wurde von AusbaugegnerInnen gesprengt...

Wahnsinnstage statt Klimacamp
Ursprünglich war geplant, im August ein Klimacamp bei Kelsterbach zu organisieren. Doch mit dem Auseinanderfallen der Waldbesetzungszusammenhänge dünnte auch der Vorbereitungskreis sehr aus, deutliche Überbelastung war die Folge. Schließlich wurde der Entschluss gefasst, statt des Klimacamps ein Klimawochenende an der Mahnwache zu organisieren.
Diese sogenannten Wahnsinnstage waren gut besucht, und eine bunte Mischung aus Workshops, Vorträgen und Diskussionen zu Umweltthemen, Kulturprogramm und einigen Aktionen. So wurde zum Beispiel mit Wolle stundenlang eine Zufahrt zur Baustelle der Landebahn versperrt, außerdem gab es mehrere nächtliche Angriffe auf den Bauzaun...

Noch eine Baumbesetzung
In den letzten Augusttagen, gelang eine weitere Besetzung der noch auf dem Landebahngelände verbleibenden Bäume. Obwohl der Rest-Wald eingezäunt und bewacht war, gelang es einer Handvoll Robin Wood-AktivistInnen, zwei Plattformen und Transparente zwischen den Kronen zweier Bäume zu befestigen. 3 KletterInnen hielten die Besetzung für knapp 3 Tage aufrecht und wurden schließlich von einer Klettereinheit der Polizei geräumt.

Stell dir vor, es ist Rodung und niemand geht hin...
Einen Tag später, am 1. September begann die Rodung des bis dato verbleibenden Kelsterbacher Waldes. Während tagsüber die BewohnerInnen der Mahnwache aufgrund ihrer geringen Zahl nur ohnmächtig zusehen konnten, waren die Bürgerinitiativen abends nicht in der Lage



mehr als 50 Mensch zu einer spontanen Kundgebung am Kelsterbacher Bahnhof zu mobilisieren.
Pläne die Rodungen zu behindern, indem sich Menschen in unmittelbarer Nähe der Bäume aufhalten scheiterten, weil die HölzfällerInnen die Sicherheitsvorschriften komplett misssachteten. Ein einwöchiger Hungerstreik einer Mahnwachenbewohnerin erregte etwas mediale Aufmerksamkeit, änderte aber nichts an den Rodungen. Inzwischen ist das gesamte Gelände der Landebahn gerodet. Die Bauarbeiten laufen, geplante Inbetriebnahme ist 2011.

Wie geht's weiter?
Die Zusammenhänge der Waldbesetzung haben sich weitgehend aufgelöst. Die Resignation bei den Bürgerinitiativen und der unorganisierten Bevölkerung ist momentan sehr hoch. Das liegt wahrscheinlich an zwei Dingen: Die Räumung der Waldbesetzung, die bis dahin vielen Mut gemacht hatte und viele Menschen neu für das Thema aktiviert hat. Zum andern das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Kassel, der den Ausbau juristisch durch gewunken hat. Hierzu ist kritisch anzumerken, dass ein Teil der BIs seine Hoffnungen auf Gerichte gesetzt hat, anstatt sich selbst für ihre Belange zu engagieren – eine Position, die immer noch vom gemäßigten Flügel der Bürgerinitiativen vertreten wird.
Trotz des eher desolaten Zustandes des Widerstandes vor Ort, ist das Thema für eine emanzipatorische Umweltbewegung weiterhin wichtig und lohnend. In Zeiten sowohl des immer bedrohlicheren menschgemachten Klimawandels einerseits und des weltweiten Ausbaus von Flughäfen anderseits, sollte der Flugverkehr (die klimaschädlichste Fortbewegungsart) im Fokus der Kritik stehen.
Der Frankfurter Flughafen ist momentan das größte Ausbauprojekt im deutschsprachigen Raum. Auch wenn der symbolträchtige Wald gerodet wurde – solange hier noch nicht die geplante Steigerung der Flugbewegungen um 50% Prozent stattgefunden hat, kann das Schlimmste noch verhindert werden. Außerdem steht längst fest, dass der Ausbau mit Inbetriebnahme der Landebahn noch lange nicht vorbei ist.
Aktionen gegen den Ausbau sind für die Presse in Hessen längst eine feste Größe, auch dass es UmweltaktivistInnen ohne eine Organisation im Hintergrund gibt, ist bis in die Redaktionen vorgedrungen. Momentan gibt es Pläne, die Mahnwache im Kelsterbacher Wald auch über den Winter fortzuführen. Das alles spricht für eine Anknüpfung an den Widerstand der letzten Jahre.
Hauptaufgabe der radikalen und emanzipatorischen Umweltbewegung sollte es sein, Strukturen zu entwickeln, die diese Kämpfe fortführen und wieder aufleben lassen.

Uranabbau in Lappland stoppen

fb Weltweit haben Uranabbau-Firmen in den letzten Jahren eine erhebliche Aktivität bei der Erkundung neuer ausbeutbarer Uranvorkommen an den Tag gelegt. Grund sind die auslaufenden Uranreserven und das absehbare Ende der aus der Abrüstung von Atomwaffen verfügbaren Rohstoffe. Einem Bericht der Internationalen Atomenergie Organisation zufolge wird derzeit weniger als die Hälfte des Urans gefördert, das Atomkraftwerke Jahr für Jahr verbrauchen. Ein Versorgungsengpass stünde bevor. So ist nicht verwunderlich, dass die Atomkonzerne nicht nur nach bisher unbekannten Uranvorkommen suchen, sondern auch bekannte Vorkommen minderer Qualität ausbeuten wollen. Das geht immer zu lasten der Menschen vor Ort und bedeutet die völlige Vernichtung riesiger Ökosysteme.

In Finnland ist der französische Staatskonzern Areva dabei eine Vielzahl möglicher Uranvorkommen zu erkunden. Nachdem sich das Unternehmen aus Südfinnland zurück zog, als dort Widerstand gegen die Abbau-Pläne deutlich wurde, agiert es nun im dünnbesiedelten Norden. In Lappland, der nördlichsten Provinz Finnlands will Areva nun Uran abbauen. Nahezu unberührte boreale Wälder und sensible Feuchtgebiete sind in Gefahr. Aber auch hier gibt es Proteste. Beim Nuclear Climate Camp in Tervola (Südlappland) machten AnwohnerInnen der Region Ranua auf ihre Situation aufmerksam und baten um Unterstützung. In der Folge wurde eine internationale Kampagne gestartet: Ranua Rescue Action.

Der Betrieb von Atomkraftwerken (AKW) erfordert große Mengen Uranerz, die weltweit meist auf dem Land indigener Menschen ohne deren Zustimmung abgebaut werden. Neben der Unterdrückung und Ausbeutung dieser meist ohnehin schon diskriminierten und seit Jahrhunderten durch Kolonisation und rassistische Behandlung gebeutelten Menschen, werden außerdem einmalige, häufig noch weitestgehend unberührte Ökosysteme zerstört und eine vergiftete, radioaktive Mondlandschaft hinterlassen.

Der Betrieb eines neueren AKWs in Deutschland verlangt pro Jahr etwa 33 Tonnen angereichertes Uran, das zu Brennelementen verarbeitet wurde. Um diese 33 Tonnen zu erhalten, müssen etwa 300.000 Tonnen Uranerz aus der Erde geholt werden. Der größte Teil davon bleibt bereits in den Abbaugebieten als radioaktiv strahlende Halden zurück. Weitere große Mengen Atommüll fallen in den anschließenden Verarbeitungsstufen des Urans an.

Der Atomkonzern Areva, dessen Tochterunternehmen zusammen mit dem deutschen Atomkonzern Siemens den sogenannten "Europäischen Druckwasser-Reaktor" (EPR) vermarkten und in Finnland gerade unter Stümpereien und Vorschriftsverstößen den ersten Prototypen zu errichten versucht, will in Nordfinnland Uran abbauen. Eine Vielzahl von Orten wurden bereits auserkoren, an denen demnächst Voruntersuchungen stattfinden sollen.

Den Gemeinden wird wirtschaftlicher Aufschwung, Arbeitsplätze und Wohlstand versprochen. Vielen ist überhaupt nicht klar, welche Folgen ein Uranabbau hat. Uranabbau bedeutet die Rodung borealer Wälder, die Trockenlegung von Feuchtgebieten und anschließend die Ausbaggerung riesiger Landstriche. Im Tagebau wird das Unterste zuoberst gebracht, radioaktive Abraumhalden großen Ausmaßes entstehen, denn nur ein winziger Bruchteil des zutage gebrachten Erzes ist für die Weiterverarbeitung brauchbar. Zur Erschließung muss die Zahl der Verkehrswege vervielfacht werden, wodurch die Lebensräume massiv zerschnitten werden. Die in großem Umfang eingesetzten giftigen Chemikalien werden nicht nur lokal die Umwelt verseuchen, sondern erfahrungsgemäß über Grundwasser und Flusssysteme auch weitere Bereiche darüber hinaus belasten.

Hinzu kommen gewaltige Tailing Ponds - Sammelbecken für die toxischen und auch radioaktiven Abwässer des Bergbaus. Da es bis heute keine sichere Entsorgungsmöglichkeit für radioaktive Abfälle irgendwo auf der Welt gibt - und dies aufgrund der lange anhaltenden Radioaktivität grundsätzlich auch nicht möglich ist - müssen die Tailing Ponds quasi als Endlager oder Dauer-Zwischenlager der radioaktiven Suppe betrachtet werden.

In Ranua gibt es einige Menschen, die sich nicht von der Atomindustrie täuschen lassen haben. Sie baten kürzlich auf einem internationalen Treffen um Unterstützung für ihren Widerstand - denn die Atomindustrie ist mächtig, vor allem hat sie viel Geld, um damit Einfluss auf EntscheidungsträgerInnen zu nehmen und Propaganda-Kampagnen zu bezahlen. Finnische Anti-Atom-Gruppen haben daraufhin beschlossen, einen internationalen Aktionstag zur Rettung Ranuas vor dem Uranabbau auszurufen. Obwohl die Zeit zur Vorbereitung nur kurz war, gab es Veranstaltungen und Aktionen in mehreren europäischen Städten. Die Internetseite http://ranua.nuclear-heritage.net informiert über Aktionen und Hintergründe und stellt Materialien und Kontakte bereit. Dort werden auch Vorschläge gemacht, wie von überall in der Welt die Proteste ge-

gen den Uranabbau in Ranua, aber nicht nur dort, unterstützt werden können.

Ranua ist eine Gemeinde in der finnischen Provinz Lappland. Das Gemeindegebiet hat eine Fläche von etwa 3.700 Quadratkilometern. Etwa 70 % der Fläche besteht aus Sumpfgebieten. Ein Uranabbau würde die Menschen ihrer Lebensgrundlage berauben, da sie nicht mehr Beeren, Pilze und wilde Pflanzen sammeln könnten, Rentierzucht, Fischerei und Landwirtschaft nicht mehr möglich wären. Bergbau und Atommüll in der verletzlichen nördlichen Natur würden außerdem Europas letzte verbliebene Wildnisgebiete für immer zerstören.

Viele Menschen in Europa beobachten die Vorgänge in Finnland sehr genau, um zu sehen, ob es einen neuen Trend in der Atomenergie gibt. Deutlich zu machen, dass der Widerstand gegen Uranabbau und Atomkraft auch in Finnland groß ist und weiter wächst, ist daher nicht nur ein lokales Anliegen, sondern auch weltweit von Bedeutung.

Hintergründe der Uran-Bohrungen in Ranua

Am 1. September 2008 hatte Areva Resources Finland Oy einen Antrag für ein Bergbauvorhaben beim Finnischen Ministerium für Arbeit und Wirtschaft eingereicht. Ohne jegliche Entscheidung über den Antrag abzuwarten, begann der Konzern im November 2008 mit Ausgrabungen in Vorbereitungen von Testbohrungen. Areva hatte ein Abkommen mit dem Landeigentümer in Ranua getroffen, das die Bohrungen erlaubte. Das Atomunternehmen behauptet eine Zustimmung der finnischen Behörden müsse hierfür nicht eingeholt werden. Die zuständige Aufsichtsbehörde Finnlands hatte von Areva verlangt, dass mit den Untersuchungen abgewartet werde, bis die Verwaltung ihre Stellungnahme abgegeben habe.

Im August 2009 hat der Gemeindeausschuss von Ranua positive Stellung zu den Testbohrungen eingenommen. Einige PolitikerInnen glaubten, dass es unproblematisch sei die Untersuchungen zuzulassen, und dass sie den folgenden Uranabbau immer noch verhindern könnten. Aber die Erfahrungen mit industriellen Großvorhaben in aller Welt zeigen, dass es immer schwerer wird solche Projekte noch zu verhindern, wenn sie erst einmal Fuß gefasst haben. Am 14. August 2009 war eine weitere Entscheidung durch den Gemeinderat geplant gewesen, die ausschlaggebend für die Wahl des 13. August zum internationalem Ranua-Aktionstag war. Diese Entscheidung sei nach der Ausschuss-Stellungnahme von Anfang August aber nicht mehr nötig, verlautete es aus der Gemeinde. Lokale GegnerInnen befürchteten nun, dass Areva jederzeit mit den Testbohrungen beginnen könnte. Es gab Hinweise darauf, dass dies schon geschehen ist (siehe Fotos).





Unterdrückung Indigener für Uranabbau

Wie in den meisten Uranabbaugebieten der Welt, könnten auch in Finnland bald Indigene betroffen sein: Die Saami sind die letzten Indigenen Europas. In Kanada sind unzählige First Nations vom Uranabbau betroffen, ihr traditionelles Land wird ihnen entschädigungslos genommen, ihre Jagdgebiete werden vergiftet, kulturelle Stätten zerstört. Bis dahin in den indigenen Gemeinschaften unbekannte Krankheiten treten plötzlich vermehrt auf. Doch solange nicht der letzte Beweis erbracht wird, dass Krebsfälle, deformierte Tiere und vergiftete Umwelt von der Uranindustrie ausgelöst werden, darf diese munter weiter machen. Ähnlich sieht es in vielen anderen Ländern aus, in denen Uran abgebaut wird. Weitere Beispiele sind die indigenen Menschen in Australien, den USA oder in Niger, die unterdrückt, ausgebeutet und krank gemacht werden.



Atomkraft ist unverantwortbar.

Die Umweltzerstörung und Unterdrückung der meist indigenen Menschen beim Uranabbau sollte als Argument schon genügen, um die Nutzung der Atomtechnologie von selbst zu verbieten. Doch weitere schwerwiegende Gründe sprechen gegen den Einsatz der Atomkraft:

Die **Atommüll-Frage ist weltweit ungelöst**. Nirgendwo gibt es ein sicheres Endlager für die über Millionen Jahre strahlenden radioaktiven Abfälle. Die Einrichtung einiger Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich dabei nicht um eine sichere Entsorgung handelt, sondern der Atommüll einfach verscharrt wird, um ihn aus den Augen zu haben. Es ist kein Zufall, dass bisher keine gute Lösung für das gefährliche Material gefunden wurde - aufgrund der Langlebigkeit und Gefährlichkeit radioaktiver Stoffe ist eine sichere Entsorgung unmöglich. Die deutschen Endlagerungsversuche in den gescheiterten Anlagen Morsleben und ASSE haben dies eindringlich gezeigt.

Das **Risiko schwerer Unfälle** ("Super-GAU" - Größter Anzunehmender Unfall) kann in Atomanlagen nicht ausgeschlossen werden. Tschernobyl als die bekannteste Atomkatastrophe der Geschichte erinnert an dieses "Restrisiko". Doch auch in deutschen Atomkraftwerken kommt es immer wieder zu Vorfällen, die in derartigen Risikoanlagen nicht auftreten dürfen. Über 100 solcher meldepflichtiger Ereignisse, die die Atomindustrie nicht gern als "Störfälle" bezeichnet haben möchte, ereignen sich jedes Jahr in deutschen AKW. Vor einigen Jahren schlitterte das AKW Brunsbüttel nahe Hamburg bei einer Wasserstoffexplosion nur knapp an einer Katastrophe vorbei.

Auch ohne Unfälle geht von Atomkraftwerken **ständig Strahlung** aus. Selbst wenn die Grenzwerte für Radioaktivitätsfreisetzungen eingehalten werden, bedeutet dies nicht, dass die Gefahr gebannt wäre. Jede Strahlendosis hat das Potenzial für Zellschädigungen und damit verbundene Erkrankungen. Die erhöhten Krebsraten rund um den Atomstandort Krümmel sind ein Beleg für die Folgen der sogenannten "Niedrigstrahlung". Letztes Jahr sorgte die KiKK-Studie des Kinderkrebsregisters für Aufregung, als erstmals der Nachweis erbracht werden konnte, dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Nähe des Wohnorts zu einem Atomkraftwerk und der Häufigkeit von Krebserkrankungen besteht.



Aktuelle Infos: http://ranua.nuclear-heritage.net

Rezensionen

Fahrradkarte für Magdeburg und Umgebung

jes Die Radkarte Magdeburg ist sowohl ziemlich aktuell, sie bietet eine gute Übersicht über wichtige Servicestellen oder Ausflugsziele für Radfahrer. Dabei helfen viele zusätzliche Informationen wie die Stadorte von Windkraftwerken oder ein sehr feingliedriges Wegeverzeichnis bei der optimalen Wegfindung. Das einzige, was der Karte jedoch fehlt, ist ein vernünftiges Straßenverzeichnis. Gerade bei einer Stadtkarte wäre dies gut möglich gewesen und es würde auch verhindern, dass man sich in der Stadt trotz Karte verfahren kann.

Radkarte Magdeburg und Umgebung; Bielefelder Verlagsanstalt; ISBN 978-3-87073-446-6

Radtourenkarte Havelland/Magdeburger Börde

jes Die Radtourenkarte bietet alles was eine solche Karte benötgt. So gibt es unter anderem "die schönsten Radrouten", Schlafplätze extra für Fahrradfahrer und eine Übersicht, wie gut welcher Radweg in Schuss ist. Leider ist die Karte weder vollständig, noch immer aktuell. Gerade wenn man andere Wege fährt als die vorgeschlagenen Radtouren ist man manchmal sehr irritiert, was eine gute Radwegqualität sein soll. Auch fehlen auf der Karte einige interessante Fahrradwege oder Stolperstellen, an denen man sich leider verfahren kann. Daher ist die Karte nur für Touristen geeignet, die auch noch ein Mindestmaß an Orientierung mitbringen müssen, nicht jedoch für Bewohner der Region.

Radtourenkarte Havelland/Magdeburg Börde; Bielefelder Verlagsanstalt; ISBN 3-87073-068-4

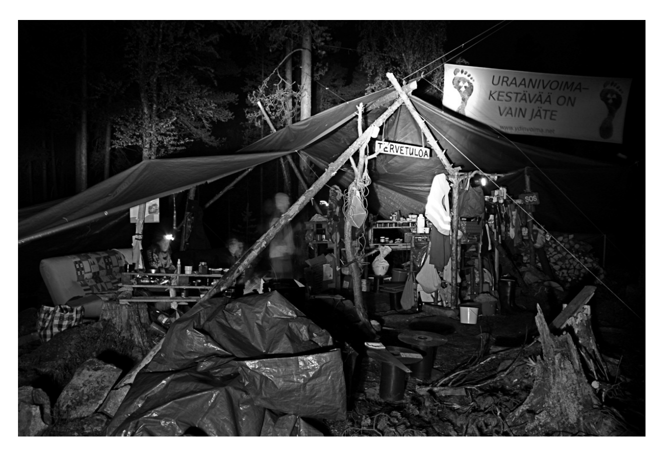
Widerstand gegen Uranabbau in Finnland

fb Die Pläne des Atomkonzerns Areva, im finnischen Lappland Uran abbauen zu wollen, provozieren. Denn wieder einmal, wie schon im Niger, spekuliert der Konzern auf geringen Widerstand, da der Norden Finnlands nicht sehr eng besiedelt ist. Wie in den meisten Uranabbaugebieten der Welt, könnten auch hier bald Indigene betroffen sein: Die Saami sind die letzten Indigenen Europas. Doch der Widerstand gegen den Uranabbau in Lappland ist beeindruckend. Es scheint, dass die wachsende finnische Anti-Atom-Bewegung durch Arevas Uranabbau-Pläne einen enormen Zuwachs erhält. Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde Ranua baten beim internationalen 'Nuclear Climate Camp' im Juli in Lappland um Unterstützung für ihren Widerstand. Ein erster Schritt: Finnische Anti-Atom-AktivistInnen riefen den 13. August 2009 als internationalen "Ranua Rescue Aktionstag" aus. Protestveranstaltungen gab es auch in Deutschland, in Magdeburg und Berlin.

Jeder weitere Tag, an dem Atomkraftwerke in Deutschland betrieben werden, verlangt nach ungeheuren Mengen Uranerz, die abgebaut werden müssen. Im konventionellen Strommix ist in der Regel auch Atomstrom enthalten. Jede und jeder, die weiterhin konventionellen Strom beziehen, trägt daher Mitverantwortung für die Vernichtung einmaliger Ökosysteme und an der Ausbeutung und Unterdrückung indigener Menschen in den Uranabbaugebieten. Der Aktionstag sollte über diesen Zusammenhang aufklären und für verantwortliches Konsumverhalten sensibilisieren.

Das abgebaute Uranerz kann nur zu einem geringen Teil verwertet werden. Von 300.000 Tonnen gefördertem Erz gehen nur 33 Tonnen in die Brennelemente-Fertigung. Der Rest bleibt als Atommüll überwiegend direkt in den Uranabbau-Gebieten in Form von Abraumhalden zurück. Einmal ans Tageslicht gebracht, stellt der Untergrund-Boden eine strahlende Gefahr dar. Trotz der verhältnismäßig geringeren Zahl von Atomkraftwerken geht der Atomindustrie ihr Brennstoff aus. Die alten Träumereien vom ewigen Brennstoffkreislauf in Schnellen Brütern und anderen Anlagen der sogenannten 'Vierten Generation' haben sich längst als Fehlschlag herausgestellt. Nirgendwo auf der Welt funktionierten diese Reaktoren. Wollte die Atomindustrie ihren Reaktorenpark auf eine energetisch relevante Größe erweitern, hätte sie bald keinen Brennstoff mehr. Neue Uranabbaue wie im finnischen Ranua sollen diesen Trend verzögern, aber das Ende ist absehbar: Uran ist eine äußerst begrenzte Ressource und keine Basis für eine dauerhafte Energieversorgung.

Ranua ist eine von mehreren Gemeinden in Nordfinnland, in denen der französische Atomkonzern Areva Uran abbauen möchte. In einem Joint Venture aus Areva und dem deutschen Siemens-Konzern betreibt das Unternehmen in Finnland bereits den Bau des ersten EPR-Reaktors. Bis heute wurden mehr als 1.000 Fehler beim Bau des neuen Reaktors registriert, die Kosten haben sich vervielfacht und die Fertigstellung ist längst überfällig. Aufgrund systematischer Verstöße gegen Vorschriften hatte die finnische Aufsichtsbehörde zwischenzeitlich einen Baustopp verhängt.





Ranua Rescue Action Day in Magdeburg

fb Am 13. August fand der internationale "Ranua Rescue Action Day" zur Verhinderung des Uranabbau-Vorhabens in Ranua/Lappland statt. In mehreren europäischen Städten gab es anlässlich dieses kurzfristig anberaumten Aktionstages Veranstaltungen. In Deutschland gab es Aktionen in Berlin und Magdeburg.

Der Atomkonzern Areva, der zusammen mit dem deutschen Rüstungs- und Atomkonzern Siemens gerade den seit Ende der 1980er Jahre ersten westeuropäischen Reaktorneubau des EPR (European Pressurized Water Reactor) vermasselt (ständige Regelverstöße und Baumängel in Finnland und Frankreich; zeitweiliger behördlich angeordneter Baustopp aufgrund dieser Praxis in Finnland), will in Finnland Uran abbauen. Ranua ist eine von mehreren betroffenen Gemeinden; der Widerstand richtet sich jedoch gegen jegliches Uranabbau-Vorhaben.

Uranabbau in Lappland stoppen!

In Magdeburgs Innenstadt wurde zum Ranua-Rescue-Aktionstag eine Teilfläche mit schwarz-gelbem Flatterband abgesperrt und mit schwarzer Plane ausgelegt, die den Uranabbau symbolisieren sollte. Warnschilder in deutscher und englischer Sprache wiesen auf die Gefahr hin: "Vorsicht Strahlung! Lebensgefahr!" bzw. "Caution Radiation Area". Eine Ausstellung informierte über Uranabbau im allgemeinen und die Auswirkungen, die dieser in einigen Ländern der Welt mit sich brachte. An einem Infotisch wurde über Atomkraft, Uranabbau und Stromwechsel diskutiert. Dort konnten PassantInnen auch kreative Protestpostkarten gestalten, die vorbereitet worden waren, um später an das für den Uranabbau zuständige finnische Ministerium gesendet zu werden. Eine Atom-Protest-Briefbox stand zur Sammlung dieser Postkarten bereit.

Nicht weit von dem abgesperrten "Uranabbau" lief ein Atomlobbyist umher und beschwatzte die Leute mit äußerst zynischen Argumenten für Atomkraft und gegen Ökostrom. Mit dem Satz "Wetten, dass Sie keinen Ökostrom beziehen? - Dann sind Sie auf unserer Seite!" sprach er PassantInnen an - und scheuchte viele damit direkt zu dem Anti-Atom-Infostand, weil der den Leuten offensichtlich vertrauenswürdiger erschien. Diejenigen, die ihm auf den Leim gingen, diskutierten viel mit ihm und ließen sich - meist - am Ende durch seine absurde Argumentation für Atomkraft doch vom Gegenteil überzeugen.

Zertifikat

Danke, dass Sie durch Ihre Wahl gegen Ökostrom den Weiterbetrieb der sicheren deutschen Atomkraftwerke möglich machen, die
☑ pro Jahr nur etwas über 100 Störfälle aufzuweisen haben,
☑ nur alle paar Jahre mal knapp an einer Reaktorkatastrophe vorbeischlittern,
☑ mit dem lange strahlenden Atommüll auch für nachfolgende Generationen ein schönes Erbe hinterlassen.

Jeder weitere Tag Atomkraft in Deutschland erlaubt uns den Abbau von noch mehr Uranerz. Der Jahresbedarf von 33 Tonnen Brennstoff eines modernen Atomkraftwerkes setzt den Abbau von 300.000 Tonnen Uranerz voraus. Da lohnt sich jeder Betriebstag richtig!

Danke, dass Sie nicht gegen Atomkraft aktiv werden.

Danke auch, dass Sie dadurch neue Uranabbaue in bisher unberührten, viel zu natürlichen Naturgebieten, wie in Ranua, in Lappland, ermöglichen!

Machen Sie bitte weiter wie bisher!

Der Lobbyist (womöglich ebenfalls ein Anti-Atom-Aktivist) verteilte Zertifikate an PassantInnen, während er das Verbot von Ökostrom forderte:

"Danke, dass Sie durch Ihre Wahl gegen Ökostrom den Weiterbetrieb der sicheren deutschen Atomkraftwerke möglich machen, die

- pro Jahr nur etwas über 100 Störfälle aufzuweisen haben,
- nur alle paar Jahre mal knapp an einer Reaktorkatastrophe vorbeischlittern,
- mit dem lange strahlenden Atommüll auch für nachfolgende Generationen ein schönes Erbe hinterlassen.

Jeder weitere Tag Atomkraft in Deutschland erlaubt uns den Abbau von noch mehr Uranerz. Der Jahresbedarf von 33 Tonnen Brennstoff eines modernen Atomkraftwerkes setzt den Abbau von 300.000 Tonnen Uranerz voraus. Da lohnt sich jeder Betriebstag richtig!

Danke, dass Sie nicht gegen Atomkraft aktiv werden.

Danke auch, dass Sie dadurch neue Uranabbaue in bisher unberührten, viel zu natürlichen Naturgebieten, wie in Ranua, in Lappland, ermöglichen!

Machen Sie bitte weiter wie bisher!"

Selbst aktiv werden

Die junge (neue) Anti-Atom-Bewegung in Finnland braucht Unterstützung aus aller Welt. In den letzten Jahren waren bereits Menschen aus verschiedenen Ländern in dem skandinavischen Land aktiv an der Organisierung von Aktionen und Camps beteiligt; dieses Jahr konnte der Protest erstmals in Form von direkten Aktionen bis in den Norden Finnlands getragen werden. Trotzdem ist die Szene dort verhältnismäßig klein verglichen z.B. mit der hiesigen. Solidarität und aktive Unterstützung wird gebraucht und sollte gerade von den "erfahreneren" Anti-Atom-Bewegungen in Ländern wie Frankreich oder Deutschland kommen.

Zur internationalen Vernetzung von Anti-Atom-AktivistInnen wurde das "Nuclear Heritage Network" gegründet, an dem bereits Menschen aus mehr als einem



Dutzend Ländern beteiligt sind. Dieses Netzwerk ist keine eigenständige Organisation mit Label und eigenen Positionen, sondern Plattform und Kommunikationsmittel für Anti-Atom-AktivistInnen. Die Infoseite des Netzwerks steht AktivistInnen zur Verfügung, um über ihre lokalen Anliegen, Projekte und Veranstaltungen zu informieren: http://nuclear-heritage.net. In größeren Abständen finden Vernetzungstreffen statt - bisher waren diese in Frankreich, Deutschland und Slowenien; geplant sind die nächsten in Skandinavien und Tschechien. Über eine Mailingliste informieren die AktivistInnen einander über atompolitische Geschehnisse und eigene Projekte.

Die kreativ-Protestpostkartenaktion ist noch nicht beendet. Im Magdeburger Jugendumweltbüro (Karl-Schmidt-Str. 4, 39104 Magdeburg) oder über contact@nuclear-heritage.net können weitere dieser Karten bestellt werden. Die Rückseite ist leer, um sie mit eigenen Protestbotschaften, Bildern, Collagen etc. zu versehen. Die Postkarten können entweder zurück an das Jugend-Umweltbüro oder direkt an das Ministerium gesendet werden, das über den Uranabbau entscheiden wird. Postkarten werden sicherlich den Uranabbau nicht verhindern, aber sie zeigen den Entscheidungsträgern, dass viele Menschen aufpassen, was sie tun.

Auch die Flyer von der Magdeburger Aktion können noch nachbestellt werden. Sie informieren ausführlich über die Situation in Ranua, über die Hintergründe des Uranabbaus und über den Aktionstag. Es sollte noch viele Aktionen, Veröffentlichungen und Proteste gegen den Uranabbau in Ranua (und anderswo) geben. Also stellt wenn möglich selbst etwas auf die Beine.

Die AktivistInnen in Finnland freuen sich auch weiterhin über dirkete internationale Unterstützung, z.B. die Mithilfe bei der Organisierung von Aktionen und Veranstaltungen. Die Netzwerk-Internetseite und die o.g. Mailingliste informieren auch über diese Aktivitäten in Finnland bzw. ermöglichen den Kontakt zu den dortigen AktivistInnen.



Aktionstag in Berlin

Indy Im Rahmen des internationalen Aktionstages am 13. August 2009 gegen den Uranabbau in Ranua tourten Aktivist*n mit Transparenten durch Berlin.

Die Aktivist*n zogen mit zwei Transparenten durch Berlin; auf dem einen stand „atomivoimaako? Ei kiitos!" („Atomkraft? Nein danke!") und einem Transparent, das eine Szene in Lappland darstellt mit der Unterschrift „Uranabbau tötet". Die Transparente wurden an allen bekannten Gebäuden und Plätzen gezeigt und den umstehenden Menschen Flyer verteilt.

In der Gemeinde Ranua, in Lappland (Finnland), versucht der Atomkonzern Areva zusammen mit Siemens eine Uranmine zu errichten. Die beiden Atomkonzerne sind in Finnland nicht unbekannt, denn sie versuchen den sogenannten "Europäischen Druckwasser-Reaktor" (EPR) zu vermarkten und dafür versuchen sie unter Stümpereien und Vorschriftsverstößen den ersten Prototypen zu errichten.

Der Beginn des Uranabbaus in Finnland wird dadurch begründet, dass die weltweiten Vorräte an reaktorfähigem Uran bald zur Neige gehen.

Lopettakaa atomivoimalat maailmanlaajuisesti! - Atomanlagen stilllegen weltweit!



FENNOVOIMA-Büro in Lappland attackiert

Indymedia, 30.07.2009

Erste Direct Actions gegen die Atomfirma FENNOVOIMA in Nordfinnland! Farbanschläge sollen zeigen, was ein Atomreaktor mit Menschen und Umwelt machen wird... FENNOVOIMA ist ein Unternehmen, das sich aus einer Vielzahl von finnischen Energieanbietern und dem deutschen EON-Konzern als Hauptanteilhaber zusammensetzt.

FEENOVOIMA will einen dritten Reaktorstandort in Finnland neben Loviisa und Olkiluoto etablieren. Der Bürgermeister von Simo hat diese Industrie in seinem Dorf willkommen geheißen. Viele Einwohner der Gegend sind gegen die AKW-Pläne.

(Gefunden auf http://indymedia.org)



"Am 24.7. haben wir entschieden etwas Inhalt auf die leeren Wände des Fennovoima-Büros in Simo hinzuzufügen und der Atomfirma bei ihrer Werbearbeit zu helfen. 'Wir kriegen die Profite, ihr bekommt die Strahlung' und 'Wir bieten an: Krebs, Atommüll, Umweltzerstörung... und ein warmes Gefühl für kommende Generationen'. Die Firma mag außerdem etwas Ärger haben, wenn sie ihre Türen am Montag aufmachen will.



Fennovoima plant Finnlands sechsten Atomreaktor nahe dem Fischereihafen Karsikko in Simo zu errichten. Die Industrie und der Chef der Gemeinde wollen Simo in eine Atomgemeinde verwandeln. Ähnliche Geschichten können auch anderswo in Finnland vorgefunden werden. Leuten wird Glauben gemacht, dass Atomkraft nur saubere Energie produziert, daher empfanden wir es als unsere Pflicht diese Produktbeschreibung abzurunden. Es war uns ein Vergnügen zu helfen!"

Camp Set Up in Ranua to Monitor Areva's Mining Activities

RRAMM We can't trust Areva or the authorities. All their information is really contradictional. First both Areva and the environmental authorities said clearly: Areva doesn't and can't start the deep drilling before they get the claim. Areva has announced several times that they stop working because there is nothing they could legally do before the ministry's permission=claim.

BUT: There are at least two holes, and an expert said after seeing a foto that those look like drilling holes. No-one knows how deep those are, as Kaipainen from Areva says they haven't drilled anything. The chief of the environment protection from "Lapplands enviroment center" didn't know anything about the holes (with white, sweating face), but wanted to have the fotos and after all said that AREVA IS ALLOWED TO DO DEEP DRILLING BY THE PERMISSION OF THE LAND OWNER, and there is nothing they can do unless they could proof that it would harm the environment seriouly, just maybe is not enough. The boss of Areva says they are not doing anything because they can't, but at the same time they said at their web page that they can start drilling by the land owners permission.

So we see that there need to be observators. Ready to film whatever happens there, and call more people if they try to start drilling. Hopefully not, if they know it wouldn't stay hidden. But if they would be that stupid, we would be ready to act, and the show would really start.

The idea is that the camp would stay there as long as needed, means over the winter. Some people may visit one night, some longer. There are already tents with "fireplace", and the idea is to build the camp so that it would be possible, even nice, to be there at winter time as well (personally waiting for the northern lights..)

One point is, that Ranua council will after all vote for their opinion about the mining soon. Starting the camp just when they vote can be the best timing ever! Even if their "no" wouldn't save the situation, just makes it a little bit better.

September 30th, 2009:
Today RRAMM noticed that something is happening in area. There are local people working and also some other company men in the area. Their work is to fill the holes that they made earlier. Workers said that it is 3days work. RRAMM is monitoring...

October 1st, 2009:
The workers and the land owner have been reasonable / cooperative when asked questions. They stated that they are simply filling in the holes that they have left open since their prospecting digging last November. They said that they are also checking radiation levels to ensure that no highly radioactive rocks are left on the ground surface. RRAMM people have been monitoring this work and confirm that this seems to be all that Areva is doing.

More updates:
http://ranua.nuclear-heritage.net

Anti-Atom-Aktivitäten international unterstützen

fb In Finnland und Frankreich wird der erste Reaktorneubau in Europa seit Ende der 1980er Jahre betrieben. Mehrere Regierungen haben angekündigt neue Atomkraftwerke bauen zu wollen. In Finnland will der Atomkonzern Areva Uran abbauen. Einige Länder mit Anti-Atom-Politik diskutieren eine Rückkehr zur Dinosaurier-Technologie Atomkraft. Da gleichzeitig mehr AKW aus Altersgründen abgeschaltet werden müssen, ist das noch lange keine "Rennaissance der Atomkraft" - aber jedenfalls Grund genug aktiv zu werden. Wo neue Atompläne aufkommen, entstehen häufig auch junge und aktive neue Anti-Atom-Gruppen und -bewegungen.

Die Atomindustrie ist schon lange grenzübergreifend vernetzt - vielfach sind es die gleichen Konzerne, die in etlichen Ländern Uran abbauen, AKW errichten oder andere Atomgeschäfte machen wollen. Die Anti-Atom-Bewegungen verschiedener Länder haben zwar auch einige Verknüpfungen entstehen lassen, aber um den Global Players beizukommen, muss der Blick über den Tellerrand des eigenen Landes weiter werden.

Sehr leicht könnten Gruppen in aller Welt einander unterstützen, wenn sie gegen die Vorhaben bestimmter Konzerne vorgehen wollen - die Zusammenhänge in ihren Ländern aufzeigen und Aktionen gegen diese initiieren. Statt dass wie bisher Anti-Atom-AktivistInnen in den meisten Fällen isoliert voneinander gegen Areva (zum Beispiel) kämpfen, weil der Konzern in Kanada AKW errichten will, in Finnland und Frankreich bereits EPR-Baustellen hat, in Finnland und Kanada Uran abbauen will, würden kraftvolle Kampagnen entstehen, die den Konzern angreifen, sich aufeinander beziehen und trotzdem die lokalen Brennpunkte fokussieren.

Internationales Vernetzungstreffen im Widerstandshaus im französischen Bure (Standort eines geplanten Atommüll-Endlagers) im August 2008

Im Vergleich mit den Anti-Atom-Bewegungen in anderen Regionen ist die hiesige sehr groß, aktionserfahren und stark. Wir sollten die AktivistInnen auch anderswo unterstützen, den Kampf gegen die Atomkraft und das dahinter stehende Herrschaftssystem globaler betrachten. Dieser Text soll Anregungen geben und direkte Mitmachmöglichkeiten eröffnen.

Ein Netzwerk von AktivistInnen für AktivistInnen

Mit dem Nuclear Heritage Network haben AktivistInnen aus Finnland, Deutschland, Kanada, Frankreich, Australien, USA und einigen anderen Ländern den Versuch begonnen, diese internationale Kooperation zu entwickeln. Der Informationsaustausch zwischen AktivistInnen aus einigen Bereichen der Welt läuft bereits und insbesondere bezüglich der Anti-Atom-Aktivitäten in Finnland funktioniert die internationale Unterstützung und gleichberechtigte Zusammenarbeit schon ganz gut. Die ersten Aktivitäten wurden bereits von AktivistInnen aus mehreren Ländern zusammen organisiert und es zeigt sich, dass damit der Druck gegen die Atomindustrie vor Ort wirksam erhöht werden kann.

Seit 2006 fanden erste internationale Vernetzungstreffen in Frankreich,

Rücksende-Schnippel

Wenn du uns diesen Schnippel ausgefüllt zuschickst, können wir dich in die verschiedenen Mailinglisten und Newsletter eintragen, die du spannend findest. Außerdem freuen wir uns über Rückmeldung, wenn du dich für die aufgezählten Projekte interessierst.

Hier kannst du ankreuzen, welche Mailinglisten / Newsletter du abonnieren möchtest:

O Netzwerk-Mailingliste *(engl.)*
Informationsaustausch, Projekte/ Kampagnen, generelle Kommunikation

O Internationales-Mailingliste *(dt.)*
Infos, Aktivitäten in Deutschland, Kampagnenarbeit

O Baltic Sea Info Tour Mailingliste *(engl.)*
Organisation des Projekts

O Ranua Rescue Mailingliste *(engl.)*
Koordination, Infos, Organisation

O NukeNews Newsletter *(finn.)*

O NukeNews Newsletter *(russ.)*

O NukeNews Newsletter *(engl.)*

Deutsch-Französischer Newsletter: O deutsch O französisch

Deutschland und Slowenien statt. Eine Netzwerk-Internetseite wurde aufgebaut, um lokal über Atomanlagen und -politik sowie den Widerstand dagegen zu informieren. Einige Mailinglisten dienen dem Austausch und der Planung von Kooperationsprojekten. Das NukeNews Newsletter-System soll über Atomkraft in verschiedenen Sprachen informieren. Mehrsprachige Standortflyer geben Informationen über Atomanlagen wie die Endlager in Deutschland und der Schweiz bzw. den Atomkomplex La Hague in Frankreich. Weitere internationale Infomaterialien sind in Vorbereitung.

Das Nuclear Heritage Network, entstanden aus der Kampagne Europas Atomerbe, ist ein Zusammenschluss von Anti-Atom-AktivistInnen aus mehr als einem Dutzend Ländern. Kontinuierlich wächst die Zahl der Beteiligten. Mehr als hundert AktivistInnen nutzen bereits die Koordinationsmailingliste. Auf acht "Country Pages" wird bereits ein Überblick über Atomkraft und die Anti-Atom-Bewegung in den jeweiligen Ländern gegeben.

Das Netzwerk ist kein Label, hat keine einheitlichen Positionen oder Ideologie. Anti-Atom-AktivistInnen stellen sich gegenseitig Ressourcen bereit, tauschen Informationen aus und unterstützen Projekte anderer Gruppen und AktivistInnen. Wer gemeinsame Kampagnen oder Aktionen organisieren will, kann diese Plattform dazu nutzen - aber es gibt keinen kollektiven Entscheidungsdruck.

Internationale Projekte - Auswahl

Im Sommer 2010 ist eine Infotour rund um die Ostsee geplant: die Baltic Sea Info Tour. Eine bunte Gruppe von AktivistInnen aus verschiedenen Ländern will über die radioaktive Belastung der Ostsee informieren - die Ostsee ist das am meisten radioaktiv kontaminierte Binnenmeer der Welt! An den Zwischenstationen wird es Aktionen und Infoveranstaltungen geben. Dabei werden wir uns auch mit den lokalen AktivistInnen vernetzen.
http://baltic-tour.nuclear-heritage.net

Um den Uranabbau im finnischen Ranua zu verhindern, hat sich die Ranua Rescue-Gruppe aus AktivistInnen verschiedener Länder gebildet. Ein Camp zur Beobachtung der Aktivitäten des Atomkonzerns Areva wurde vor Ort errichtet. Am 13. August fand ein kurzfristig angesetzter internationaler Ranua Rescue Action Day mit Aktionen in verschiedenen Städten statt. Die AktivistInnen in Finnland brauchen Unterstützung - sowohl vor Ort als auch international!
http://ranua.nuclear-heritage.net

Wir wollen in Braunschweig ein internationales Vernetzungsbüro einrichten. Dort sollen abwechselnd AktivistInnen aus verschiedenen Ländern arbeiten können und als Anlaufpunkt für Nachfragen zur Verfügung stehen. Wenn ReferentInnen zu bestimmten Themen gesucht werden oder Hintergrundinformationen gefragt sind, kann von hier aus vermittelt werden. Außerdem soll die Infrastruktur geschaffen werden, um mehr Infomaterialien über lokale Atomthemen international bereit zu stellen und Netzwerk-Treffen zu organisieren.

Mach mit!

Du kannst helfen, indem du Aktionen und Veranstaltungen bei dir vor Ort organisierst, um auf die Anti-Atom-Kämpfe in anderen Ländern aufmerksam zu machen und dabei zu helfen Druck aufzubauen. Du kannst Artikel schreiben, Pressearbeit machen oder helfen auf der Netzwerk-Internetseite umfassender über diese Themen zu informieren. Und du kannst auch an die verantwortlichen Firmen und Behörden schreiben, um deutlich zu machen, dass weltweit Menschen ein kritisches Auge auf ihre Aktivitäten haben. Vielfach brauchen die AktivistInnen in anderen Ländern auch aktive Unterstützung vor Ort. Wo du sie findest und welche Hilfe konkret gebraucht wird, kannst du auf der Website des Netzwerkes erfahren.

Wenn du gern am Computer arbeitest, kannst du auch dabei helfen die Netzwerk-Internetseite auszubauen. Da gibt es bereits einige Seiten mit spezifischen Informationen zu Atomthemen in einigen Ländern, die aber noch vertieft werden sollen. Es sollen außerdem Hintergrün-de zu verschiedenen Atomthemen zusammengetragen werden. Auch sind einige Infomaterialien in Arbeit, die in verschiedene Sprachen übersetzt werden sollen - ebenso wie die Internetseite, die in mehreren Sprachen verfügbar sein soll.

Schau einfach rein unter:
http://nuclear-heritage.net

Aktives Engagement ist das wichtigste im Kampf gegen Atomkraft und das dahinter stehende Herrschaftssystem. Deine Spenden sind aber auch willkommen!

Spendenkonto: Inhaber: Greenkids e.V., KNr.: 1101740600, BLZ: 43060967, GLS Bank

---

Sende diesen Schnippel an: *Nuclear Heritage Network, c/o Jugend-Umweltbüro, Karl-Schmidt-Str. 4, D-39040 Magdeburg*

Alle Projekte leben von der Aktivität der Beteiligten. Bitte kreuze an, wo du dich einbringen möchtest und gib ggf. an was du beisteuern könntest:

Netzwerktreffen:

O Helfen beim Organisieren:
z.B.: ____________________________

O Ich möchte zu den Treffen eingeladen werden

Vernetzungs-Büro:

O Ich möchte beim Aufbau helfen:
z.B.: ____________________________

O Ich möchte später im Büro aktiv werden:
z.B.: ____________________________

Damit wir in Kontakt mit dir treten können, gib uns bitte zumindest eine E-Mailadresse. Die weiteren Angaben sind hilfreich, um dich einfacher zu erreichen:

Name:	E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:	Anschrift:



The German Nuclear Phase-Out

Dieses Interview führte ein kanadischer Anti-Atom-Aktivist mit unserem Redakteur Falk Beyer, der dort im Frühjahr Vernetzungsarbeit machte und Hintergrundrecherchen zur kanadischen Ölindustrie, Atomplänen in den Provinzen Alberta und Saskatchewan sowie über ein Kohleabbau-Vorhaben in Alaska vornahm. AktivistInnen der gerade entstehenden Anti-Atom-Bewegung in Kanada wollen dieses und weitere Interviews mit AktivistInnen aus Europa nutzen, um ihre eigenen Strategien zu entwickeln. Daher ist der Artikel in englischer Sprache verfasst. Er ist aber sicherlich auch für viele politisch interessierte Menschen in Deutschland interessant, da ein kritischer Blick auf die deutsche Atompolitik geworfen wird. Feedback und Kritik sind hier herzlich willkommen!

Question: Why did Germany decide to start pulling away from their dependence on nuclear energy?

Falk Beyer: Beforehand one remark: It seems that many people in many countries around the world have the impression that the fact that there is no possibility to construct a new nuclear power plant in Germany and that there is much resistance against any nuclear developments would depend on the government's decision to phase-out the German nuclear power plants. But it is the other way around: after decades of fights between nuclear industry, governments and the anti-nuclear movement the federal government changed its mind in 1998. They started to adopt a position that had already manifested itself as a reality: there was no way of establishing new nuclear power plants.



But: while the new government said they want to phase-out nuclear power the same parties approved the extension of the Uranium Enrichment Facility in Gronau to multiply the production of fuel for nuclear power plants. And the "Nuclear Consent" called peace treaty wasn't negotiated with an important player - the anti-nuclear movement. Eventually the nuclear phase-out was the product of the negotiations of the political parties (mainly the Social Democrats) and the main nuclear companies. Due to this fact the Nuclear Consent wasn't backed by an important force of the society. Some believe that including anti-nuclear NGOs in the treaty could have prevented to revoke the nuclear phase-out by a later government.

The challenge of dependency on only one or two energy sources was already known in Germany - the oil crisis of the 1970s showed that this dependency is dangerous. So at the beginning many supporters of the nuclear industry argued that nuclear power would help to gain more independence from oil etc. In later discussions the dependency on Uranium also became an aspect, and environmentalists argued that being dependent on certain (especially: non-renewable) energy sources is not good to supply the society's electricity demands.

But in the end the main reason for the change in policies was a political decision that was caused by the long-term and strong resistance against nuclear power in Germany.

Was this a political decision or was it brought about by anti-nuclear pressure?

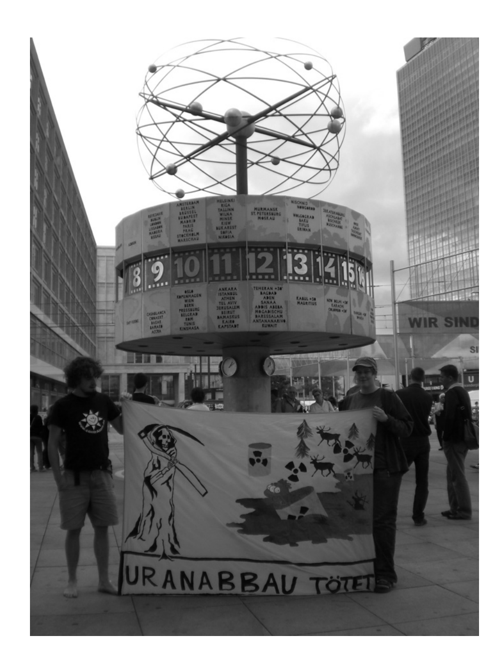
Both. Since the 1970s a huge movement against nuclear power had been established in Germany. Besides all the "normal" small activities like information events, educational work, local actions etc., some big events took place and showed the anti-nuclear resistance of great parts of the population: there were several demonstrations against nuclear plants with some 100,000 people, as well as occupations of planned nuclear facilities with huge numbers of supporters. And, probably very important, there was a great diversity of different kinds of actions, strategies and ideas how to fight against nuclear power. Eventually this mixture of very different people and their ways to resist prevented several nuclear power plants from being constructed, being taken into operation, or being operated for more than a few months.

Some famous names of huge battles against nuclear power are the sites Wackersdorf, Brokdorf and Gorleben. The state was very pro-nuclear and wanted to push through their policy with nearly every means possible. They used riot police with tear gas, projectiles, water cannons and batons against protesters which were mostly peaceful at the beginning. There are even pictures of women with baby carriages being attacked by water cannons and tear gas. In many cases people fought back - the police violence caused the radicalization of many people. Many were injured during the battles, some died of police violence. The catastrophe in Chernobyl triggered off the establishment of new strong anti-nuclear movements in Germany. In many cases the nuclear companies gave up because of the long-term and powerful protests. In other cases politicians decided that it is politically impossible to enforce nuclear power (e.g. the planned Center for waste disposal in Germany that was proposed to include a reprocessing unit, fast breeder power station and other nuclear facilities).





In the 1990s the social movements lost their strength, this also applied to the anti-nuclear movements. But as it was a very strong movement before, it remained an important social issue with many groups, direct action and permanent educational work. Anyway, it didn't reach the old size



and strength again. In the second half of the 1990s the movement grew again because of the first transports of high level radioactive waste to the temporary repository in Gorleben. By 2001 with every CASTOR (cask for the transport and storage of radioactive materials) transport the resistance became bigger. In 2001 some 20,000 people protested against the transport.

In 1998 the new government (after nearly two decades the Social Democrats formed a government again - together with the Green Party) decided Germany's nuclear phase-out. The nuclear topic was a major issue in the election campaigns of both parties, so they had to act upon it. But they didn't fulfill their promises: the so-called "abandonment of nuclear energy" was nothing more than an enactment of the actual political situation at this time. The new law said that no new nuclear power plants would be allowed to be constructed - but this was no new situation as it was clear that the resistance against such endeavours was too strong. It stressed that government policy decides about the use of nuclear energy and not the companies - this should go without saying. And it declared a moratorium for the proposed final disposal site in Germany of up to ten years - and this was no decision against the Gorleben site.

On the other hand, the nuclear phase-out law allowed the nuclear companies to produce a certain amount of electricity with the existing power plants and gave them a formal right to do so. The government committed itself not to try and stop the nuclear power stations earlier, especially not to use fiscal means (e.g. taxes on nuclear power) to restrict nuclear power. And the final disposal site "Schacht Konrad" was sacrificed (= the resistance of the parties against this project was stopped) in order to convince the nuclear industry to agree with the new law. Anyway, at the end of the day the nuclear phase-out law was no progress but full of concessions to the nuclear industry.

Nowadays the so-called German nuclear phase-out serves another issue: it works as a positive signal towards other countries and gives some backing to arguments against nuclear plans in Germany brought forth by certain interest groups including some political parties. Even if the context of this "phase-out" was not so positive at the time it was introduced, it is an important symbol for anti-nuclear resistance today.

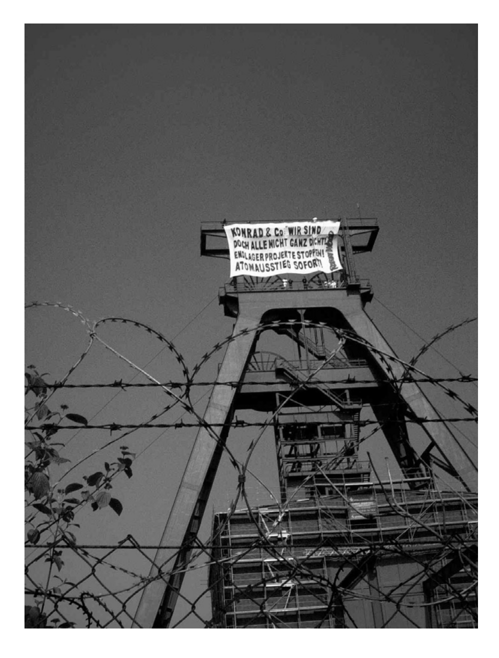
Was the inability to dispose of high-level waste one of the reasons for abandoning nuclear?

The unsolved problem of nuclear waste disposal is an important argument against nuclear power. For this reason it will also have influenced the decision for the nuclear phase-out law. But the discussions were not so much about detail problems but about nuclear power in general. In my memory the issue was discussed as well-known that nuclear power is dangerous and that there are further problems such as the unsolved disposal of the waste (not only high level radioactive), destructive and indigenous people exploiting Uranium mining, proliferation etc.

Did the decision to abandon nuclear and pursue renewable energy occur at the same time?

It was connected with each other, somehow. Of course, renewable energy policies started long time before. Even the conservative government couldn't deny the importance and prospects of renewable sources and started a programme to sponsor those energies. It was called the "Energy Feed-In Law" and it stipulated certain amounts of money the electricity companies had to pay for power from renewable sources of private producers. So a fixed price was guaranteed for renewable energies and people could invest in this technology without high risks. The first renewable boom was triggered off by this law.

In 1998, when the Social Democrats and the Green Party formed the government (and introduced the "Nuclear Phase-Out Law") a new renewable energy law was established: the "Renewable Energy Law". It increased the support for renewable energies once more.



The phase-out policy required something like the renewable energy law, because it was clear that alternatives are necessary if the abandonment of nuclear energy was to be carried through with. So it was a logi-







cal consequence of the nuclear phase-out policy.

Anyway, the establishment of renewable energies was not the precondition for a nuclear phase-out policy. Both were caused by political pressure of the anti-nuclear movement in the decade before. Many anti-nuclear activists had early on demanded for substantial sponsoring of the use of renewable energy sources and many of them had campaigned for renewable energies or created first enterprises in this sector.

Did the majority of German people support getting rid of nuclear power?

A long time the majority of the population was anti-nuclear. But the governments and the industry ignored the public opinion and continued the pro-nuclear policy for a long time. When the government decided to make the nuclear phase-out official at the end of the last century, about 75 % of the population wanted a nuclear phase-out.

The government of Social Democrats and Green Party was in some ways a step backwards for the environmental scene as many people believed that everything will become good now and many environmental (and also anti-nuclear) activities stopped over the first years of the new government. Another consequence was that environmentalists saying that it's not enough what the government does were seen to be extremists - the public believed that the environmentalists already are in the government and that everyone who demands more was crazy or at least not serious.

It was a hard way for the movement to reconstitute and to develop critical positions towards the "green government's policy" and to gain strength again. Up to last year the public opinion towards nuclear power had become less clear anti-nuclear than before the nuclear phase-out policy, only a few more than 50 % wanted the abandonment of nuclear energy.

These days a clear majority of more than 70 % is anti-nuclear again. Caused was this development by the pro-nuclear propaganda of the conservative party that believed to make an election campaign with this topic. But the opposite occured: Many people understood that clear anti-nuclear positions are needed and made their stances like this.





Rezension

Duden – Die deutsche Rechtschreibung

pn Zentrum der 24. Auflage des Buches ist ein Wörterverzeichnis, basierend auf dem letzten Stand gesetzlich festgelegter Rechtschreibregeln. In einem gesonderten Bereich werden Rechtschreib- und Zeichensetzungsregeln dargestellt, veranschaulicht durch Beispiele. Abgerundet wird dieser Abschnitt durch Hinweise zur Textverarbeitung und -korrektur. Am Ende des Werkes finden sich Auszüge aus der amtlichen Regelung der deutschen Rechtschreibung.

Durch den Einsatz von farblichen Hervorhebungen - Rot für alle Neuerungen, Gelb für die Dudenempfehlungen - und Kästen mit Informationen zu schwierigen Stichwörtern wird eine hohe Übersichtlichkeit gewährleistet. Die Nutzbarkeit des Buches profitiert von dieser klaren und ansprechenden Gestaltung.

Fazit: Ein wichtiges Werk für alle, die Texte „richtig" schreiben, korrigieren, überarbeiten wollen - von vereinsamten TexterInnen bis zur Zeitungsredaktion.

Duden - Die deutsche Rechtschreibung; Duden Verlag, Mannheim 2006; 1216 Seiten, 20,60 €; ISBN 978-3-411-04014-8

SMS-Abi - Deutsch

pn Nachdem bundesweit das Zentralabitur durchgesetzt wurde, folgt nun die zentralisierte Lernhilfe. Angelegt ist das Buch als Zusammenfassung der Deutsch-Abiturinhalte, die schnelles Nachschlagen ermöglicht. Dazu gehört ein Überblick über die deutsche Literaturgeschichte, Textgattungen sowie Methoden der Interpretation und -analyse literarischer oder Sachtexte. Zudem gibt es ein Kapitel, das sich mit Prüfungsfragen beschäftigt.
Auch wer nicht mit einer Prüfungssituation konfrontiert ist, mag Gefallen an dem Werk finden, das einen kompakten Schnelldurchlauf durch das Oberstufenwissen im Fach Deutsch liefert. Wichtig dabei ist die Perspektive, dass es sich um einen Kanon handelt, der von Menschen festgelegt wurde, dass bestimmte Texte mit Bedeutung versehen wurden, andere nicht. Und dass andere „Wahrheiten" möglich sind. Obwohl unklar ist, ob diese Erkenntnis zum offiziellen Lehrplan zählt. Fazit: Für den gesetzten Zweck - Prüfungsvorbereitung - ein gelungenes Buch.

SMS-Abi Deutsch; Duden Verlag, Mannheim 2006; 224 Seiten, 9,20 €; ISBN 978-3-411-70324-1

Anti-Atom-AktivistInnen kündigen Aktionswoche an

+++ Repression gegen AtomkraftgegnerInnen +++ Ein Aktivist in U-Haft +++ Strafbefehle über 80 Tagessätze +++ Prozess und angekündigte Aktionswoche drumrum +++

Franzi Im November 2008 stoppte eine Gruppe von etwa zehn AktivistInnen den Castor in Grenznähe. Drei von ihnen hatten sich an einem Betonblock im Gleisbett festgekettet. Der Transport stand zwölf Stunden.

Der Widerstand richtete sich gegen die immense Bedrohung durch die Atomindustrie: angefangen bei der gefährlichen Gewinnung und Aufbereitung von Uran, über das unabschätzbare Risiko, wie es atomare Unfälle in der Vergangenheit zeigten, bis zum ungelösten Endlagerproblem. Vor allem kritisierten die AktivistInnen mit ihrer Aktion die kapitalistische Logik der Energiekonzerne.

Die Blockade sollte die öffentliche Aufmerksamkeit auch auf das Zusammenspiel von Staat und Atomlobby lenken, ohne das die Nutzung von Kernenergie gegen den Willen der Bevölkerung erst gar nicht möglich wäre.



Nun erhielten die drei Festgeketteten Strafbefehle über 80 Tagessätze zu je 10 Euro.

Der Vorwurf der Nötigung ist dabei reichlich absurd. Schließlich stand der Zug nicht einmal auf der selben Seite der Grenze – geschweige denn in Sichtweite. Hinzu kommt, dass die Aktion ein angemessenes Mittel war, um konkrete Gefahren auf Leben und Gesundheit unzähliger Menschen abzuwenden.

Matze - einer der drei Festgeketteten - hat im Gegensatz zu den anderen beiden den Strafbefehl nie erhalten. Da Matze wohnungslos gemeldet war, hing der Strafbefehl einfach am Amtsgericht Kandel aus und galt damit als zugestellt. Somit wurde ihm nie die Gelegenheit gegeben, Einspruch einzulegen und dem Vorwurf gegen ihn in einer öffentlichen Verhandlung zu begegnen.

Kürzlich wurde Matze wegen eines anderen Vorwurfs aus Frankfurt in Untersuchungshaft genommen. Er wurde beschuldigt im Frühjahr 2009 an einer Sabotageaktion gegen den Wachschutz der umstrittenen geplanten Landebahn Nord West im Kelsterbacher Wald beteiligt gewesen zu sein. Hintergründe zum Widerstand in Kelsterbach und zur aktuellen Situation dort sind unter **www.Waldbesetzung.Blogsport.de** zu finden.

Mehrere Wochen saß er deshalb in Untersuchungshaft. Während seines Engagements für die Frei-raumbewegung in Berlin wurde er im August von der Polizei aufgegriffen und zunächst in Moabit in U-Haft genommen - später wurde er in die JVA Weiterstadt (Nähe Darmstadt) überführt.

Inzwischen wurde der Vorwurf aus Kelsterbach eingestellt. Allerdings sind durch die Untersuchungshaft Anwaltskosten in Höhe von 1000 Euro entstanden.

Weitere 800€ müssen aufgebracht

Wie ihr die Aktionswoche unterstützen könnt:

- Achtet auf Ankündigungen, wann der Prozess und die Aktionswoche stattfinden werden!
- Mobilisiert in eurem Freundeskreis für die Aktionswoche!
- Macht Werbung für die Aktionswoche, verteilt Flyer, die es dann auf dem Blog geben wird!
- Überlegt euch eigene Aktionen, die ihr während der Aktionswoche machen wollt (oder auch davor oder danach)!
- Bringt euch in die Organisation der Aktionswoche ein, nehmt dazu Kontakt zu uns auf!
- Auch mit Geldspenden könnt ihr die Aktionswoche unterstützen!



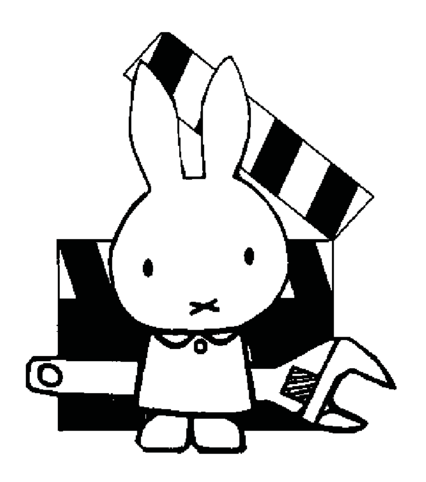


werden um den Strafbefehl aus Kandel zu bezahlen, gegen den - aufgrund der krassen Diskriminierung Wohnungsloser durch die Justiz - nun keine Rechtsmittel mehr möglich sind.

Die AktivistInnen kritisieren nicht nur die Anstrengungen der Justiz gegen politisch Aktive, sondern auch das Rechtssystem und die Justiz im Normalbetrieb. Denn deren Aufgabe ist es, die Besitz- und Profitinteressen der Besitzenden und Profitierenden vor denen zu schützen, die durch diese ausgebeutet oder vom Reichtum ausgeschlossen werden. Und vor denen, die (um beim Thema Kernkraft zu bleiben) zwischen Tailings - den ungesichert zurückbleibenden Schlacken der Uranmienen – leben müssen oder vor denen, die im unmittelbaren Umfeld von Asse, Morsleben und anderen End- und Zwischenlagern leben.

Um für die entstandene Kosten aufzukommen und auch um die anstehenden Prozesse finanzieren zu können, organisieren die AktivistInnen und weitere UnterstützerInnen Solipartys und sammeln Spenden. Immer wieder betonen sie aber auch, dass finanzielle Unterstützung zwar wichtig und nützlich ist, dass aber der Widerstand nur dann erfolgreich fortgesetzt werden kann, wenn sich mehr Menschen selbst den kapitalistischen Großprojekten und Risikotechnologien in den Weg stellen. Und dass sie persönliche Unterstützung und Solidarität mindestens genauso zu schätzen wissen wie finanzielle Hilfe.

Unterstützung können die AtomkraftgegnerInnen auch bei den noch anstehenden Prozessen brauchen. Die Prozesstermine stehen noch nicht fest, werden aber für die nächsten Monate erwartet. In zeitlicher Nähe zu den Verhandlungen soll eine Antirepressionswoche stattfinden. Sie soll das Thema noch einmal verstärkt in die Öffentlichkeit bringen, wie auch Menschen zusammenbringen, die sich mit den Angeklagten solidarisieren. Die AktivistInnen laden alle Interessierten dazu ein sich zu beteiligen, eigene Ideen einzubringen und sich selbst der Atomlobby und Repressionsorganen in den Weg zu stellen. Im Zentrum der Aktionswoche werden sowohl Handlungsoptionen und Hintergründe für Anti-Atom-AktivistInnen als auch Kritik an Staatsmacht und Strafmechanismen stehen. Denn eine Funktion von Rechtssystemen und Justiz ist es unter Androhung von Strafe das Verhalten der Menschen zu normieren. Auch die Atomkraft wäre



einerseits ohne Repressionsstaat gar nicht möglich und legitimiert andererseits durch die von ihr ausgehende Gefahr auch dessen Notwendigkeit.

Mehr Infos unter:

Www.bloXberg.blogsport.de
und bloXberg@riseup.net

Konto: Spenden und Aktionen
Volksbank Mittelhessen
Betreff: Gleisblockade
KontoNr 92881806
BLZ 51390000)



Willkommen in Deutschland

prima Ich sitze in der Straßenbahn und lese, bis mich die üblich gewordene Angst überläuft: Das Buch ist auf Russisch. Russische Bücher in der Straßenbahn bringen ziemlich viel Stress mit sich. "Warum vergesse ich das bloß so oft, warum kann ich mir so einfache Dinge nicht merken", verfluche ich mich innerlich. Glücklicherweise hat das Buch wohl niemand gesehen, und ich muss bald aussteigen.

Im August 2006 stehe ich mitten in einer westsibirischen Metropole, in einem Hinterhof, der sich durch nichts von anderen gewöhnlichen russischen Höfen unterscheidet, außer der einen Kleinigkeit: Dieser eine ist nun mal der Hinterhof des deutschen Konsulats und direkt vor mir (um es genauer zu sagen, direkt vor der Schlange, an deren Ende ich mich befinde) ist der Eingang der Visaabteilung. Ich habe Glück, dass es August ist und nicht Februar, wo das stundenlange Warten draußen, bei zehn bis vierzig Grad unter Null, ganz andere Konsequenzen hätte als einen leichten Husten. Dass ich eine Bekannte in der Stadt habe und bei ihr schlafen durfte – so früh wie man hier erscheinen soll, müsste ich sonst die Nacht am Bahnhof verbringen. Als ich endlich drin bin, sehe ich noch eine Schlange. Wir sollen uns in eine Reihe stellen und dem Nächsten genau in den Nacken sehen. Man darf nichts außer Dokumente, Geldscheine und ein Taschentuch mit sich bringen. Eine Frau wird von der Wächterin angeschrien, weil sie eine leere Joghurtverpackung bei sich hat. Sie hatte keine Mülltonne gefunden, in Russland lassen sich Mülltonnen manchmal eben lange suchen. Ich darf mich nicht ohne die Erlaubnis der Sicherheitsleute setzen . Als ich mich setzen darf, darf ich nicht mehr aufstehen, bis ich dran bin. Die junge Frau hinter dem Glas fragt mich, wieso ich nach Deutschland fahren möchte, und warum ich dort fünf Monate lang bleiben möchte, obwohl die Vorlesungen nur vier Monate laufen, und ob ich überhaupt Deutsch spreche; sie behauptet, die Summe auf dem vorgelegten Kontoauszug reiche für meinen Aufenthalt nicht aus, obwohl meine Mutter, die dafür auch noch einen Kredit nehmen musste, alles genau ausgerechnet hatte. Ich fühle mich wie eine Bettlerin, bis der Vizekonsul höchstpersönlich meine Unterlagen annimmt und sagt, sie seien in Ordnung. Ich soll in einem Monat anrufen und fragen, ob mein Visum fertig ist.

Nach dem 1992 in Maastricht unterzeichneten Vertrag über die Europäische Union sollten sich die Mitgliedstaaten auf eine Liste von Ländern einigen, deren Staatsangehörige für die Einreise in die EU ein Visum benötigen. Diese Liste ist daraufhin in Form einer Verordnung des Rates der Europäischen Union, der aus den Innenministern der beteiligten Staaten besteht, erlassen worden. Auf dieser Liste steht kein einziger reicher Industrie- und Wohlfahrtstaat. Ich erfahre das erst in zwei Jahren.

Im September 2006 rufe ich beim Konsulat an und werde zunächst ausgeschimpft, ich dürfe da gar nicht anrufen. Ich bekomme letztendlich dennoch ein Schengen-Visum für drei Monate, das ich später bei der Ausländerbehörde in Deutschland verlängert bekommen soll. Im November 2006 bekomme ich meine erste Aufenthaltsgenehmigung in Form eines Aufklebers in meinem Reisepass, auf dem neben einem grauenhaft aussehenden biometrischen Foto von mir Informationen stehen. Zum Beispiel, dass ich nicht mehr als 90 Tage im Jahr arbeiten darf, und dass mein Aufenthalt erlischt, sobald ich öffentliche Mittel beantrage.

Wenn jemand meinen Pass sehen will, bin ich meistens immer noch so naiv, ihn auf der letzten Seite geöffnet vorzulegen, - auf der Seite, wo meine Daten stehen. Die Person blättert meistens zurück, in die Mitte. Bis zu der Seite mit der Aufenthaltserlaubnis. Es scheint sie nicht zu interessieren, wer ich eigentlich bin, Hauptsache, ich darf hier sein.

Nach der Entschließung des Rates der Europäischen Union vom 30. November 1994 gehört der Nachweis der ausreichenden Finanzmittel zu den Voraussetzungen

Rezensionen

Lemuria 1 - Die Sternenarche

fb Im ersten Band des Sechsteilers "Lemuria" aus dem Perry Rhodan-Universum treffen drei - autoritäre - Kulturen aufeinander: Die Terraner, die jetzt im 49. Jahrhundert christlicher Zeitrechnung in der "Liga Freier Terraner" organisiert sind und eine der wichtigsten herrschenden Gruppen in der Galaxis darstellen; die Akonen, eine mit den Terraner verwandte, aber seit vielen Jahrzehntausenden von deren Stammlinie isolierte Spezies, die einen ebenso ausgeprägten Machthunger und Selbstherrlichkeit auszeichnet; die Lemurer auf ihrem Generationsraumschiff, das seit mehr als 50.000 Jahren (terranischer Zeit) im Dillatationsflug unterwegs ist und in religiös anmutender Selbstaufgabe einem mangels Wissen über das ursprüngliche Anliegen verzerrten Ziel zuarbeiten: den Erhalt ihres Raumschiffs als Selbstzweck. Das bedeutet einerseits, dass die LemurerInnen ihre persönlichen Interessen denen des Schiffes unterordnen, sich der Hierarchie unterordnen, Anderes nicht einmal denken sollen. Trotz dieser tristen Visionen zeigt dieser Band doch einen wichtigen Gedanken auf: die "VerräterInnen", die letztlich vom Schiff und seinen Untergebenen umgebracht werden, bedeuteten auch die Rettung für ihre Gesellschaft, denn aus der verzwickten Lage der schwindenden Ressourcen und dem immer umfassenderen Versagen von technischen Elementen könnten nur innovative Ideen helfen. Die werden auf dem Generationsschiff aber unterdrückt.

Dass die Lemurer aus dieser Falle, die sie über kurz oder lang durch Ausfall lebensnotwendiger Systeme umgebracht hätte, herauskommen, ist schließlich einem der "Verräter" zu verdanken. Venron fühlt sich dermaßen angezogen von den Sternen, die er auf dem Schiff nicht weiter verfolgen darf, dass er eines der kaum jemandem bekannten Raumschiffe entwendet und das Generationsschiff verlässt. Da er damit mit den Tabus der rückentwickelten Schiffsgesellschaft bricht, wird sein Flugobjekt "abgeschossen". Doch der Lauf der Dinge lässt sich damit nicht mehr stoppen. Ein Prospektorenschiff, auf dem Perry Rhodan in ziviler Mission unterwegs ist, stößt auf die lemurischen Trümmer und findet so auch das Generationsschiff. Gleichzeitig stoßen auch die Akonen darauf, die sich technische und informationsseitige Vorteile versprechen und mit den Terranern kurz vor einer militärischen Eskalation stehen.

Dominiert von technischen Superlativen gibt dieses Buch wenig Raum für gesellschaftliche Visionen. Aber es schafft auch Spannung für die folgenden Bände der Lemuria-Reihe.

Frank Borsch: Perry Rhodan. Lemuria 1. Die Sternenarche; Wilhelm Heyne Verlag, München 2004. ISBN 3-453-53003-9

zungen für die Zulassung eines „Drittausländers" zu einem Studium innerhalb der EU. Der Lebensunterhalt darf nicht im Aufnahmeland verdient werden, Erwerbstätigkeit in der Zeit des Studiums ist ausgeschlossen. So sollte garantiert werden, dass ausländische Studierende nach Abschluss in ihre Heimatländer zurückkehren. Aber auch das erfahre ich erst in zwei Jahren.

Die „ausreichenden Finanzmittel" betragen in Deutschland zur Zeit meiner Einreise 585 Euro monatlich. Den beglaubigten Kontoauszug und die Erklärung meiner Mutter, die bestätigen, dass ich über diese Mittel verfüge, muss ich im November 2006 der Ausländerbehörde vorlegen. Normalerweise muss man dies für ein Jahr im Voraus nachweisen, zum Glück möchte ich aber nur für fünf Monate hier bleiben und bekomme auch ein Stipendium von der Hochschule. Das Stipendium beträgt 250 Euro. Bei der Vorbesprechung im Zentrum für Auslandsbeziehungen der Hochschule erklärt uns die Chefin, er werde nicht gern gesehen, wenn die Austauschstudenten hier arbeiten, sie sollen sich schließlich auf ihr Studium konzentrieren. Gleich daraufhin soll ich einen Vertrag unterschreiben, nach dem ich mich verpflichte, vier Stunden wöchentlich im Zentrum zu arbeiten. Ich darf die Arbeit ja ablehnen, aber wenn ich den Vertrag nicht unterschreibe, bekomme ich das Stipendium nicht und kann hier folglich nicht überleben. Außerdem verpflichte ich mich, zwei Berichte über mein Auslandssemester zu schreiben. Der Zwischenbericht gefällt den Vorgesetzten so gut, dass sie ihn in der Hochschulzeitschrift veröffentlichen, nicht aber ohne die Kritik an der Hochschule unter dem Vorwand der notwendigen Kürzung daraus zu entfernen.

Trotz der vielfältigen Maßnahmen, die auf den bundesdeutschen und europäischen Ebenen ergriffen wurden, um den Nachzug der Familienangehörigen in die EU-Staaten zu erschweren, bleiben die Ehepartner zunächst verschont. Personen, die mit einem Angehörigen eines EU-Staates verheiratet sind, genießen einen weitgehend sichereren Rechtsstatus gegenüber anderen „Drittstaatenangehörigen" und sollen, abgesehen von dem Wahlrecht, gleichberechtigt mit den Inländern sein. Ich erfahre das erst in drei Monaten, nachdem ich das Angebot meines, zugegeben, frisch gebackenen Freundes annehme. Er sagt, er würde mich heiraten, damit ich hier bleiben darf.

Ich sitze in der Straßenbahn und lese einen russischen Roman. Neben mir sitzt ein Junge mit blonden Locken. Später werde ich ihn oft auf dem Universitätsgelände sehen, er wird mich zum Glück nicht erkennen. Nun meldet er sich plötzlich: „Entschuldigung?" Ich blicke auf, nicht gerade glücklich darüber, von dem spannenden Buch abgelenkt zu werden. Er spricht langsam und laut: „Kommst... du... aus... Osteuropa?" Oh nein, der glaubt doch nicht ernsthaft, ich kann kein Deutsch, denke ich mir, und antworte rasch, um die Erwartung zu enttäuschen: „Ja-na-und?" „Ach nichts, ist nur wegen der Schrift", er zeigt auf das Buch; ich kann da nur seufzen und versuchen weiter zu lesen, denn ich kenne inzwischen mindestens zwanzig Menschen, die ein russisches Buch lesen könnten, ohne aus „Osteuropa" zu kommen. Er sagt betont nachdenklich: „Hm, interessante Region... Ein bisschen viel Kriminalität, ein wenig arm, aber sonst..." Ich kann es kaum fassen, dass ich hier plötzlich repräsentativ für ganz Osteuropa sprechen muss, und dass mir jemand dazu noch so besserwisserisch erklärt, wie es dort wohl aussehen soll, versuche mich aber zurückzuhalten: „Ja, kann man wohl auch so sagen", und versuche mich auf das Buch zu konzentrieren. Dies klappt für höchstens zwei Minuten. „Ähm, Entschuldigung, wie ist es da so?" Ich antworte mit schwindender Selbstbeherrschung: „Was meinst du denn damit?" „Ich meine, ist es dort besser oder schlechter als hier?" Da halte ich es nicht mehr aus. „Hör mal, was heißt das – besser oder schlechter? Kannst du dich nicht mal konkreter ausdrücken? Was willst du denn so genau wissen? Alltag? Politik? Gesellschaftsverhältnisse? Darüber könnte ich vielleicht mal was erzählen, aber ein Besser oder Schlechter gibt es nicht." Der Junge wirkt ziemlich verlegen, und es tut mir fast leid, ihn mit meinen Binsenwahrheiten zu verunsichern, aber ich muss sowieso gleich aussteigen.

Im März 2007 glaubt die Standesbeamtin nicht, dass meine Geburtsurkunde echt ist, weil ich sie mit einer falschen Apostille aus Russland mitgebracht hatte. Eine neue Russlandreise kommt für mich finanziell nicht in Frage, zumal ich es auch reichlich lächerlich finde, dass jemand einen Nachweis dafür braucht, dass ich geboren wurde. Ich soll eine eidesstattliche Erklärung abgeben, dass ich keine neue Geburtsurkunde mit Apostille besorgen kann, die dann mit den restlichen Unterlagen zum Gericht geschickt wird. Letztendlich wird mir die Heirat erlaubt.

Ich lehne mich aus dem Fenster und sehe ein Kind auf der Straße. Es singt: „Moskau, Moskau, Russland ist ein schönes Land, stell' die Russen an die Wand..." Meine bei den meisten anderen Themen so respekt- und anspruchsvolle Lieblingszeitung betitelt ihre Artikel regelmäßig mit Sprüchen wie „Die Russen kommen". Was soll man dann schon von einem Kind in einem mitteldeutschen Armenviertel erwarten?

Im Mai 2007 ist es soweit. Ich heirate in einem Herrenanzug, mein Freund in einem Kleid, und bei unserem Anblick kann sich die Standesbeamtin nicht auf den Beinen halten vor Lachen. Wir machen kein Geheimnis aus dem halb erzwungenen Charakter dieser Hochzeit, zumal wir auch rechtlich auf der sicheren Seite sind. Abgesehen von den wenigen Bekannten, ist aber niemand bereit, unseren Standpunkt zu akzeptieren. Das deprimiert mich. Ich versuche innerlich, mich darauf einzustellen, Migrantin genannt zu werden. Das Wort fühlt sich falsch an, wie ein zu enges Kleidungsstück. „Ehefrau" wirkt allerdings auch nicht besser, also lasse ich diese Bezeichnungen lieber. Mein Freund bleibt mein Freund, „Ehemann" heißt er nur für Behörden. Was langfristig für noch mehr Verwirrung sorgt.

Ich sitze in einem Café mit einigen Kommilitoninnen. Als es im Laufe des Gesprächs darauf kommt, dass ich verheiratet bin, folgen ein hysterisches Kichern und ein Ausruf: „Aber du siehst gar nicht so aus!" Ich wundere mich innerlich, wie man bitte schön aussehen soll, um verheiratet zu wirken.

Nach dem monatelangen verzweifelten Sinnieren, was ich nun mit meinem Leben anstellen soll, wage ich einen Neuanfang. Ich suche mir ein neues Studium aus und werde auch genommen, da „Ausländer" bei dem Studiengang ausnahmsweise bevorzugt werden. Im Oktober 2007 geht es los, ich bin eine stolze Erstsemestlerin an der Universität.

In einem halben Jahr wird ein Kommilitone sagen, er würde an meiner Stelle zurück nach Russland gehen. Ich sollte schließlich dem Staat dankbar sein, der mir die Möglichkeit gegeben hat, in die Schule zu gehen, und nun wäre es an der Zeit, dies zurückzuzahlen.

Trotz des interkulturellen Anspruchs des Studienganges ist das ganze Programm auf Menschen mit deutschem Schulabschluss zugeschnitten. Ich laufe von einer „verantwortlichen" Person zu der anderen und zurück, aber niemand kann mir erklären, wie ich diesen Erwartungen gerecht werde. Auf die neuen Kommilitonen wirke ich anscheinend wie eine Vogelscheuche. „Wie, du kommst aus Sibirien? Sibirien assoziiere ich mit Trostlosigkeit! Wie sieht es da aus, ist es schön oder schrecklich?" Den Rest erledigt meine finanzielle Lage, die wohl anders als „kata-

strophal" nicht zu beschreiben wäre. Mein Freund schafft es nicht, uns beide zu versorgen. Ich habe zwar einen Anspruch auf Förderung nach BAföG, aber die Sachbearbeiterinnen lassen sich wohl reichlich Zeit mit meinem Antrag. Mein Lebenslauf passt nicht in ihr Schema und ich muss jede Einzelheit erklären. Meine Mutter kann ihre Formulare nicht ausfüllen, weil sie kein Wort Deutsch versteht, nicht einmal ihre Postleitzahl passt in die dafür vorgegeben Zeile. Ich freue mich schon, dass man wenigstens nicht nach der Sterbeurkunde von meinem Vater verlangt. „Aber es ist doch besser so", sagt dazu eine Kommilitonin. "Wieso sollen die Deutschen für fremde Kinder Steuern zahlen?"

Nach fünf Monaten Bearbeitungszeit erhalte ich einen Bescheid, wo mein neues Studium als Studiengangwechsel eingestuft wird. Ein Teil meiner Studienzeit in Russland und das Auslandssemester in Deutschland werden als „verbrauchte Semester" angerechnet, weswegen ich in der zweiten Hälfte meines Studiums nur ein Bankdarlehen bekommen werde. Ich bin damit nicht einverstanden, weil ich mein altes Studium aus von mir unabhängigen Gründen nicht abschließen konnte und das neue folglich nicht als einen Wechsel sehe. Ich habe ein Recht auf Widerspruch. Nur bin ich nach all der Zeit bereit, alles zu unterschreiben, wenn sie mir endlich Geld geben.

In zwei Jahren werde ich unter Tränen überlegen, wie hoch wohl meine Schulden nach diesem Studium sein werden und ob ich jemals ein Leben ohne Angst haben werde.

Auf der Geburtstagsfeier einer Bekannten erzählen wir, dass wir geheiratet haben, damit ich hier bleiben darf. Die erste Frage, die danach kommt, ist mir nicht neu: „Aber ihr seid schon ein richtiges Paar?" Mir fällt zum ersten Mal auf: und was wäre ein falsches? Wie definiert man ein „richtiges" Paar? Ich frage mich, wer es gewagt hätte, eine deutsche Person zu fragen, mit wem sie schläft.

Nach dem vom Flüchtlingsrat organisierten Vortrag über die europäische Asylpolitik meldet sich ein Mann, der stolz mitteilt, dass er immer „Ausländer" in der Straßenbahn anspricht und fragt, wo sie herkommen und was sie hier machen. Auf die Rückfrage, wie er wissen kann, dass jemand nicht aus Deutschland kommt, sagt er, er spreche ja nur „sichtbare Ausländer" an. Die Frage, was einen „sichtbaren Ausländer" ausmacht, schwebt in der Luft, ohne ausgesprochen zu werden. Bin ich sichtbar? Würde ich mich hier sicher fühlen, wenn jede unbekannte Person sich berechtigt fühlt, mich nach den Gründen meines Aufenthalts hier zu fragen? Die Frage ist rhetorisch. Ich muss hier ohnehin meinen halben Lebenslauf parat halten für die eventuelle unschuldig-dominante Neugierde meiner Mitmenschen. Ich muss schon längst alles rechtfertigen, was bei einem „Deutschen" selbstverständlich erscheint.

Laut „Rahmenordnung über Deutsche Sprachprüfungen für das Studium an deutschen Hochschulen" der Hochschulrektorenkonferenz vom 25.06.2004 wird von Personen, die ihre Studienqualifikation nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben, ein Nachweis über deutsche Sprachkenntnisse verlangt, die zum Studium an einer deutschen Hochschule befähigen. Die Studienordnung meines Studienganges lässt mir dafür ein Jahr Zeit.

Nach dem zweiten Semester fällt mir langsam auf, dass die meisten Dozenten automatisch davon ausgehen, dass nur „Deutsche" im Raum sitzen. Es wird dauernd von „unseren Vorfahren" geredet, bei den Entwicklungen der deutschen Gesellschaft wird vorgeschlagen, wir sollen doch einfach unsere Eltern fragen. Außerhalb der Universität sieht es durchaus ähnlich aus. Bei dem ersten Treffen der örtlichen „Save me"-Initiative lässt keiner der Anwesenden auch nur die Möglichkeit zu, dass jemand im Raum nicht aus Deutschland kommt, was bei einer Flüchtlingsschutzkampagne recht verwunderlich erscheint. Ich gehe enttäuscht nach Hause und komme nicht wieder. Während der Massenmediendiskurs sich aus dem negativ besetzten Bild der „Ausländer" speist, wo sie als unterentwickelte, minderwertige und womöglich kriminelle Menschenmenge dastehen, die es dringend zu „integrieren" gilt, operieren die NGOs und Flüchtlingsinitiativen mit ähnlichen gutgemeint-kolonialistischen Konzepten: „die Ausländer" als gesichtslose, unmündige Masse, die zwar Schutz und Hilfe bedarf, aber selbst nicht zu Wort kommen soll. Gleichberechtigung wird zum Gnadenakt, Individualität bleibt „Deutschen" vorbehalten.

Im Juni 2008 sitze ich vor einer Dozentin in der Abteilung Deutsch als Fremdsprache und versuche, mich für die so genannte „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerberinnen und -bewerber" (DSH) anzumelden. Ich studiere an dieser Universität seit einem Jahr und habe bis jetzt alles bestanden, ich hatte keinerlei sprachliche Probleme, meine Leistungen unterscheiden sich durch nichts von denen deutscher Kommilitonen, aber ohne Nachweis der bestandenen Sprachprüfung glaubt mir dies leider keiner. Die Dozentin scheint auch nicht gerade begeistert zu sein darüber, dass ich die Prüfung machen möchte, ohne vorher den Sprachkurs besucht zu haben. Sie bittet mich, mein Geburtsdatum zu nennen, was ich umgehend tue. Sie schreibt sich das Datum vor meinen Augen auf und verwechselt dabei zwei Zahlen. Ich korrigiere sie, sie wirkt dabei etwas verlegen, mach aber gleich eine gute Miene: „Das ist ja schön, dass Sie so was merken! Ich sehe schon, Sie können lesen! Ob sie auch schreiben können?" Sie schickt mich in eine vorläufige Prüfung, um zu schauen, ob ich „reif" für die DSH sei. Ich bestehe diese Prüfung mit 1,0.

Äußerungen wie „Du kannst aber gut Deutsch!" und Fragen, wo ich denn die Sprache gelernt habe, ziehen immer weiter weg von dem Bereich der Komplimente hin zu dem der Exklusionsmechanismen: Es scheint hier wohl allen ein Wunder zu sein, dass es in anderen Ländern auch Schulen und andere Bildungseinrichtungen gibt, wo man Deutsch lernen kann. Ich lerne diese Sprache seit 15 Jahren. Hat jemand Zweifel daran, dass ein deutscher Teenager Deutsch kann? Sobald ich eine Person kennen lerne, weiß ich, was sie für Fragen im Kopf hat, denn es sind immer die gleichen. Wenn ich sage, dass ich aus Russland komme, fragt man gleich, aus welcher Stadt. Nenne ich die Stadt, kennt sie natürlich niemand, also fragen die Meisten, ob es wohl in der Nähe von Moskau sei. Kann man wohl sagen, antworte ich, so 3500 Kilometer... Soll ich vielleicht eine Weltkarte mit mir herumtragen, damit jedem endlich klar wird, dass Russland das größte Land der Welt ist und dass sich folglich nicht jede russische Stadt „in der Nähe von Moskau" befindet? Daraufhin folgt normalerweise die Frage, wie lange ich denn schon in Deutschland sei – und warum. Und ob es in Russland kalt ist. Und wie ich dazu komme, nach so kurzer Zeit hier so gut Deutsch zu sprechen. Ich versuche ehrlich, das zu erklären – Russland ist nämlich riesig, falls es jemand noch nicht wusste, und es ist da auch nicht überall kalt, Deutsch kann man auch in Russland lernen, und ich habe viele Sprachcamps besucht und habe auch ein fast vollständiges Dolmetscherstudium hinter mir, bis mir auffällt, dass ich mich die ganze Zeit dafür entschuldige, dass ich so bin wie ich bin. Und dass es eigentlich eine Unverschämtheit ist, von einer unbekannten Person auf Anhieb ihren

halben Lebenslauf einzufordern.

Im September 2008 werde ich bei einem Vorbereitungskurs für die DSH eingeschrieben. Es gibt auch die Möglichkeit, die Prüfung ohne den Kurs zu machen, was viel billiger ist. Allerdings wird uns das erst im Kurs mitgeteilt. Die Prüfung sollte ausländische Personen auf ein Studium in Deutschland vorbereiten. Die Grammatikaufgaben sehen dabei wie folgt aus: „Lösen Sie die Nominalkomposita auf!", „Ersetzen Sie das Passiv durch eine Passiversatzform!", „Formen Sie das gekennzeichnete erweiterte Partizipialattribut in einen Relativsatz um!", „Nominalisieren Sie den Nebensatz!". Ich hatte scheinbar richtig Glück mit meinem fast abgeschlossenen Übersetzer-, Dolmetscher-, und Linguistikstudium, für mich ist es also alles kein Problem. Was ich mich dabei die ganze Zeit frage, ist, inwieweit diese „wissenschaftssprachliche Strukturen" den stolzen Besitzern eines DSH-Zeugnisses bei der Wohnungssuche oder bei dem Prüfungsamt helfen werden. Nach dem Prüfungsergebnis, das, nach den Worten der Prüferinnen, nicht jeder „Deutsche" erreichen könnte, bin ich nun frei. In circa sechs Monaten erfahre ich, dass mir die DSH-Ergebnisse nicht angerechnet werden, obwohl meine Abschlussnote zu 15 Prozent von den Sprachprüfungen abhängt. Begründung: Deutsche Sprachprüfung zählt nicht, weil sie als notwendige Studienvoraussetzung gilt. Ich dachte zwischendurch, ich hätte es endlich geschafft, zu beweisen, dass ich nicht schlechter bin als „Deutsche". Nun dämmert es mir langsam, dass es schlicht unmöglich ist.

Meine ganze Person wird auf meine Herkunft reduziert. Ich habe kein Recht auf Privatsphäre. Einige behaupten fröhlich, ich wäre ja schon „halb Deutsch", als wäre das etwas Lobenswertes. Ich scheue mich immer mehr, Menschen kennen zu lernen. Ich bekomme Angst, wenn meine Mutter mich anruft, während ich unterwegs bin, weil ich dann in Öffentlichkeit Russisch sprechen muss. Meistens lüge ich einfach und versuche, nicht aufzufallen. Zum Glück ist mein Akzent so schwach, dass die Meisten ihn am Anfang nicht merken. Ich tue so, als wäre ich „deutsch".

Ich stehe in der Straßenbahn neben zwei Kommilitonen. Einer von ihnen sieht plötzlich eine Bekannte gegenübersitzen und grüßt sie. „Was hast du da?" – sie zeigt auf das Buch in seiner Hand. Er zeigt die Vorderseite mit dem Titel „Popularkultur in den slawischen Kulturen". „So was lernst du? Warum machst du das? Kannst du das überhaupt lesen?" Er erklärt, dass die Texte im Reader alle auf Deutsch sind, aber alle in seinem Kurs eine slawische Sprache lernen, und deswegen sei es sinnvoll, auch etwas über die Kultur der Länder zu erfahren, deren Sprachen man lernt, und manchmal sei es auch recht schön und spannend. Sie rümpft die Nase und antwortet, dass sie das anders sehe und nicht verstehen könne, wie so etwas spannend sein könnte. Slawische Kulturen haben doch nichts. Die Römer waren viel besser, und sie haben sich auch gewaschen. "Ich komme übrigens aus Russland", sage ich ruhig. "Und ich wasche mich sehr wohl." "Ich komme aus Polen", sagt der andere Kommilitone, und wir steigen aus. Manchmal muss man lange nach Menschen suchen, die das Deutschsein nicht mit dem Menschsein verwechseln. Aber es gibt sie.

Ich bin euer schlimmster Feind. Ich bin irgendwo draußen und warte auf eine Gelegenheit, mich hereinzuschlüpfen. Deshalb bauen eure Regierungen so hohe Mauern, um euch vor mir zu schützen. Bin ich einmal drin, verhalte ich mich nicht wie ein dankbarer Gast, sondern tue so, als wäre ich etwas Besonderes oder sogar ein Individuum mit gleichen Rechten. Dabei wisst ihr doch schon so genau, wie es bei mir zu Hause aussieht. Ihr wisst, dass ich wahrscheinlich schlecht gebildet bin und aus einer armen Familie komme, also bin ich sicherlich auch faul und höchstwahrscheinlich kriminell. Ich bin demokratiefeindlich und asozial, ebenso wie meine Eltern und Großeltern. Ich möchte hier bleiben, um euren schönen Sozialstaat auszunutzen, ich lebe von euren Steuergeldern, ich missbrauche eure Barmherzigkeit und euren Respekt vor Familienbindungen. Ich achte nicht genug auf eure gutbürgerlichen Traditionen, ich untergrabe eure Leitkultur, ich lästere hinter eurem Rücken in Sprachen, die ihr nicht versteht. Ich lerne mit euren Kindern zusammen und flöße ihnen Gedanken ein, die sie gegen eure Lebensweise aufbringen. Ich will euer Geld, eure Freiheit, euer Glück. Könnt ihr mich nicht rausschmeißen, müsst ihr mich umerziehen, so schnell wie möglich. Integriert mich, bevor es zu spät ist!

Es geht auch anders. Ich habe Angst vor Spinnen, obwohl es mir peinlich ist. Als Kind las ich gerne Dumas, als Jugendliche Remarque. Ich habe einen kleinen Bruder, mit dem ich mich nicht allzu gut verstehe. Ich bin sehr musikalisch, aber absolut unsportlich. Ich spiele Badminton, obwohl ich es nicht kann. Ich lerne Spanisch, Französisch und Arabisch. Ich mag nicht früh aufstehen. Ich bin eine überzeugte Vegetarierin und eine nicht überzeugte Raucherin. Ich lese eine deutsche Tageszeitung und eine russische Computerzeitschrift, obwohl ich wenig von Computern verstehe. Ich finde mich häufig zu dick, obwohl ich es, objektiv gesehen, gar nicht bin. Ich bin häufig etwas kindisch. Ich liebe Grapefruitsaft, trinke aber auch ganz gerne Bier. Ich kann die Farbe Rosa nicht leiden. Ich schlucke oft Beleidigungen, um Andere nicht zu beleidigen. Ich bin schüchtern in der Öffentlichkeit, führe aber stundenlang leidenschaftliche Diskussionen mit Freunden. Ich habe als Kleinkind schon gerne über alles gemeckert. Ich hätte so gerne Wahlrecht, weiß aber nicht, wen ich dann wählen würde.

Ihr habt die Wahl.

Subversive Ideen brauchen subversive Orte
Vorstellungen zur geplanten Projektwerkstatt Süd

Hannes Wer mehr erreichen will als hier und da eine Demo organisieren oder Protestbriefe verschicken braucht einen Ort, der die Infrastruktur für direkte Aktionen wie auch für die Aktivistis bereitstellt. Ein Ort, der allen interessierten Menschen und Gruppen möglichst viele Möglichkeiten bietet, Aktionen zu planen und durchzuführen, ein Ort, der insbesondere als Lebensraum für Diejenigen offen ist, die keiner Lohnarbeit nachgehen, politisch aktiv sind und die sonst allzu schnell den Sachzwängen von Tausch und Anpassung nachgeben müssten, weil es an Alternativen zur Verbürgerlichung in extremem Maße mangelt. Und letztendlich auch ein Ort, wo als Vorbild für ein selbstorganisiertes und herrschaftsfreies Leben Erfahrungen gesammelt und ganz praktisch umgesetzt werden können – keine soziale Revolution funktioniert ohne die Fähigkeit der Menschen zur Selbstorganisation.

Das Konzept

Es gibt im deutschsprachigen Raum zu wenige Orte, die diesen Vorstellungen entsprechen. Die meisten Projekte, die sich als links begreifen, haben weder genügend Infrastruktur, um Aktionen und Leben vor Ort zu ermöglichen, noch sind sie allen Aktivistis offen. Meist dominieren einige CheckerInnen oder existieren, aus Angst vor Repression, exklusive Zugangsrechte. Menschen, die „neu" in der Szene sind oder keinen Anschluss finden, werden damit ausgeschlossen. Die bestehenden Projektwerkstätten kommen den Anforderungen noch am Nächsten, doch sie sind an einer Hand abzählbar und liegen alle in Mittel- und Norddeutschland. So entstand von zumeist süddeutschen Aktivistis der Wunsch nach den Aufbau einer weiteren Projektwerkstatt vorzugsweise in oder um Freiburg.

In erster Linie soll das Projekt den Raum für Aktivistis schaffen, Projekte mit einem möglichst geringen Energieaufwand (da idealerweise die gesamte Infrastruktur dafür schon vorhanden ist) zu verwirklichen, also „szeneintern" genutzt werden, von Menschen, die die Projektwerkstatt selbstorganisiert am Laufen halten. Das können sowohl dauerhafte Bewohner als auch Reisende sein, es muss also zwischen verschiedenen Interessen vermittelt werden können.

Um die benötigte Infrastruktur bereitzustellen, sind Werkstätten, Büros, Schlafplätze, Koch- und Waschmöglichkeiten geplant. Für Wägen und Material wäre eine größere Freifläche ideal.

Die Werkstätten sollen für Holz, Metall und Reparatur, z.B. Fahrräder geeignet sein, die Büros voll funktional ausgestattet sein (Computer, Drucker und Kopierer, Archiv, Bücherei etc.), daneben sollen sogenannte Ampelräume eingerichtet werden, also Räume mit einer Nutzerampel an der Tür anstatt von Privatzimmern, die dann je nach Bedarf von Einzelpersonen oder Gruppen über kurze oder längere Zeit, je nach Vereinbarung, genutzt werden können. Sämtliche Räume der Projektwerkstatt sind entprivatisiert, entkommerzialisiert und funktional. Das verhindert eine private Wiederaneignung und entsprechende Dominanzen und fördert gleichzeitig gleichberechtigte Absprachen und Vereinbarungen und eine optimale Raumnutzung vor allem bei begrenzten Ressourcen.

Die Projektwerkstatt an sich ist ein offener Raum, das heißt was gemacht wird, wird von denen bestimmt, die sie gerade nutzen. Allerdings ist es für Personen aus der vorbereitenden Gruppe wichtig, den Raum aus Schutz vor Übergriffen von vornherein zumindest als antisexistisch zu definieren.

Die zweite grundsätzliche Funktion der Projektwerkstatt soll es sein, als offenes Projekt Menschen anzuziehen und für emanzipatorische Politik zu sensibilisieren. Gerade in der Nähe einer eher alternativen Stadt wie Freiburg sind die Bedingungen dafür recht gut. Deshalb sollen mit dem selbstorganisierten zusammen Leben und Arbeiten und Projekten wie einem Permakulturgarten Vorbilder und Anstöße für das Leben in einer möglichen postkapitalistischen Gesellschaft gegeben werden. Eine herrschaftsarme Realität soll vorgelebt werden können, die das Projekt zu einem Ort der Begegnung unterschiedlichster Menschen macht. Es geht darum, auch innerhalb unserer existierenden binären Gesellschaft viele andere Möglichkeiten aufzuzeigen und im Ansatz zu verwirklichen. So sollen natürlich auch Nachbarn die Infrastruktur wie z.B. Werkstätten nutzen können.

Dabei wird aber darauf Wert gelegt, dass es ausdrücklich kein Aussteigerprojekt ist, das sich z.B. durch Gemüseanbau vollständig selbst versorgt. Vielmehr soll die Grundlage geschaffen werden, möglichst effektiv politische Arbeit zu betreiben.

Kurzum: Die Projektwerkstatt soll ein Ort sein, wo vernetzt, gewerkelt und gebastelt wird, Ideen gesponnen und subversive Energien umgesetzt werden, wo im Schatten eines Baumes Kraft gesammelt oder aber ein intensives Gespräch geführt wird, wo Menschen, die mal so vorbeikamen bleiben wollen um gegen die Verwertungslogik zu kämpfen und selbst Teil der radikalen Veränderung zu sein, wo Wissen nicht vorenthalten, sondern geteilt und weitergegeben wird, wo Rücksicht aufeinander genommen wird, die eigenen Grenzen von allen selbst festgelegt werden und letztendlich wo Menschen den Wert der Herrschaftsfreiheit, Solidarität und gegenseitiger Kooperation verstehen lernen und weitertragen.

Und Action!

Wir (die Vorbereitungsgruppe) haben beschlossen, den Winter über hauptsächlich in Freiburg zu verbringen, um Kontakte zu knüpfen, geeignete Häuser anzuschauen und politischen Druck aufzubauen. Der Prozess der Vorbereitung ist offen und wir wünschen uns ganz viele interessierte Leute zum Mitplanen, Ideen Spinnen und Mitanpacken!

Wer von interessanten Häusern weiß, Lust hat mit zu planen oder sonstwie etwas zum Projekt beitragen will melde sich bei bumblebee@riseup.net.

Rezensionen

Vereinspraxis

Philipp Grunwald Übersichtlich gestalteter, umfassender Ratgeber zu allen Aspekten der Vereinspraxis, zu den Bereichen Vereinsrecht, Steuern, Buchhaltung, Arbeitsrecht, Zuwendungsrecht und Versicherung, mit vielen Beispielen. Das Buch ist gut zum Nachschlagen geeignet und hat eine einigermaßen verständliche Sprache. Dennoch könnten einige Sachverhalte bei aller Komplexität klarer und einfacher formuliert und erklärt werden. Ein durchgehendes Lesen wird durch viele Wiederholungen etwas anstrengend, dies ist aber der Konzeption als Nachschlagewerk geschuldet. Bei einigen Tabellen und Übersichten fehlen leider einzelne Wörter am Ende.

Inst. für Beratung und Projektentwicklung (Hrsg.)/ Dieter Harant/ Ulrike Köllner: Vereinspraxis. AG SPAK Ratgeber, 2006



Die Theorie des Aktivismus

Paul und Hannes **Zunächst: wir sind mit den aktuellen Zuständen in der linken Szene nicht zufrieden. Nicht dass wir den Anspruch hätten, es besser zu wissen oder gar DAS Rezept parat hätten, dem "Volk" oder wahlweise der "Arbeiterklasse" ihre beschissene Situation klar zu machen und sie in ihre Befreiung zu führen. Spaß beiseite, es gibt etwas zu tun. Anstatt nämlich über die scheinbare Unfähigkeit einer emanzipatorischen Bewegung in Lethargie zu verfallen sollten wir uns lieber überlegen, woran das liegen könnte und die Ursachen beseitigen. Oder anders gesagt: nach Ansätzen suchen, es besser zu machen und wieder Schwung in die Bude bringen...**

Zerfleischungen sind an der Tagesordnung. Nicht etwa zwischen Aktion und Reaktion, das wäre tatsächlich eine angenehme Abwechslung, sondern zwischen denen, die eigentlich selbst für eine emanzipierte Gesellschaft eintreten. Der Konflikt, auf den in diesem Text eingegangen werden soll, ist der Streit zwischen Vertretern von theoretischen und Anhängern von aktivistischen Ansätzen. Oder anders gesagt: Die Frage der Verkürzungen.

Der Aktionismus

Der Aktionismus kann mitreißen, begeistern. Er schafft scheinbar alle Möglichkeiten, die Welt zu verbessern, so klein die Schritte auch sein mögen. Er schafft es, Menschen mit Idealen zusammenzuführen und Andere dafür zu begeistern, mitzukämpfen. Ob Infostände gegen die Urwaldzerstörung, Demos gegen Faschos oder Waldbesetzungen, mensch tut schließlich das Richtige. Gezielt werden offensichtliche Missstände angegriffen, mit verschiedensten öffentlichen Resultaten.

Wenn dabei Forderungen an die Öffentlichkeit kommen, stellen wir manchmal erstaunt fest, wie einfach die Lösungen sind, gerade so als reiche der Atomausstieg oder das Stürzen der 'profitgeilen Manager' um eine lebenswertere Welt zu schaffen. Egal ob in der Jugendumweltbewegung, bei Attac, in Antifakreisen oder bei der MLPD, die Inhalte sind leicht verständlich und einfach gehalten und nicht selten ist jede weitergehende Theorie verpönt und uncool. Das ruft eine ganze Reihe von Verkürzungen hervor, denn die bestehende Gesellschaftsordnung ist extrem komplex und jeder Versuch, sie in voneinander unabhängige Einzelstücke zu zerlegen und sich einige davon herauszugreifen wird an den Strukturen scheitern, die in der Gesellschaft in den unterschiedlichsten Lebensbereichen immer wieder in gleichen oder ähnlichen Formen erscheinen. Anders gesagt: Wir haben die Vermutung, dass nicht wenige 'AktionistInnen' nicht viel Plan haben, was sie eigentlich gerade tun und vielleicht eher aus persönlicher Sympathie als aus strategischen und überlegten Gründen in dieser Szene aktiv sind. Oder dass sie vielleicht für ein angenehmeres Leben streiten, ohne aber die bestehenden Umstände und Gegebenheiten selbst zu hinterfragen und zu bekämpfen in der Lage sind. Der Feind scheinen nicht das Spiel, sondern die SpielerInnen zu sein, und deshalb gibt es auch keine Strategie, die das Spiel zu erkennen und zu transformieren versucht.

Die Theorie

Spätestens jetzt ist es also Zeit für ein wenig Theorie. Und davon gibt es wirklich eine ganze Menge. Marx, Bakunin, Lenin, Kropotkin, Mao, Adorno, Horkheimer, anarchistische und kommunistische, poststrukturelle und wertkritische, antideutsche und antiimperialistische etc...

Womit mensch anfängt ist eigentlich egal. Wichtig ist ein umfassenderes Verständnis der Geschehnisse, eine genaue Analyse unserer Gesellschaft, und das lernt leider niemand einfach so. Das hat auch einen einfachen Grund, denn moderne Herrschaft will sich als solches gar nicht zu erkennen geben und reproduziert sich im Denken jeder Einzelnen. Ein Erkennen von Herrschaft ist also meist an die Fähigkeit gebunden, zu abstrahieren und auf einer höheren, einer 'Metaebene' zu analysieren, im Grunde das eigene Denken zu hinterfragen. Vieles, was an Theorie durch die Welt geistert mag ebenfalls verkürzt sein, herrschaftsförmig oder im besten Fall veraltet, aber lernen lässt sich aus Allem.

Leider neigen aber auch Vertreter der theoretischen Richtung zu seltsamen Stilblüten. Anstatt der naiven Verkürzungen des Aktivististen treffen wir hier zu oft auf das Streben nach der reinen und wahren Lehre und deren dogmatische Verteidigung durch die Theoretikerin, in einer Sprache, die die Wenigsten verstehen. Der Anspruch ist diesmal umfassend, Revolution oder Verderben, aber wir suchen oft vergeblich den Ansatz, der eben diese hohen aber notwendigen Ansprüche verwirklichen soll. Wer mit Worten wie 'struktureller Antisemitismus' um sich wirft, sollte nicht erwarten, verstanden zu werden, von den Menschen, die doch eigentlich verstehen müssten, um das Spiel zu hinterfragen. Nicht grundlos drängt sich uns zuweilen der Verdacht auf, dass der hochgestochene Sprachgebrauch keinen eigenen kritischen Reflexionen, sondern der kritiklosen und damit häufig dogmatischen Übernahme bestimmter Ideologien entspringt. Strategie ist gut und wichtig. Was aber bewirkt die Strategie, und sei sie noch so präzise und gut, wenn sie immer in den selben Kreisen, Köpfen und Politgruppen zirkuliert ohne diesen erlesenen Zirkel je zu verlassen? Oder gar, wenn die Theoretikerinnen jede Praxis verteufeln, weil sie verkürzt sei? Die Antwort ist eigentlich ziemlich einfach: rein gar nichts!

Was tun?

Wir haben es also mit dem Problem zu tun, komplexe Inhalte in einer verständlichen Art und Weise vermitteln zu müssen, sozusagen die 'Theorie des Aktivismus'. Unser Ziel ist eine emanzipierte Gesellschaft, und dafür brauchen wir eine sinnvolle Strategie, die nicht theoretisch bleibt, sondern hier und jetzt ansetzen kann.

Keine Aktionsform kann vollständig auf alle Herrschaftsmechanismen eingehen und

Rezensionen

Wers glaubt wird seelig: Illustrierte Bibel für Kinder

jes Die illustrierte Bibel bietet eine interpretierte Version des alten und neuen Testament. Neben vielen Bildern die durchaus kindgerecht sind gibt es viele Erklärungen zu den Umständen und Begebenheiten der damaligen Zeit. Was auf den ersten Blick wie eine sinnvolle Ergänzung erscheint, wirkt später sehr verwirrend. Nirgends ist getrennt, welche Angaben historisch belastbare Fakten sind und was Erfindungen der Religion(en).

Auf diese Weise wird gerade Kindern vermittelt, dass die Bibel eine Buchreihe voller Fakten wäre. Diese Manipulation verhindert eine kritische Auseinandersetzung mit der Bibel. Dazu sind viele kontroverse Themen wie zum Beispiel die Widersprüche des alten und neuen Testaments einfach weggelassen worden um das Gesamtbild zu schönen.

Eine Soft-Bibel, die vielleicht Kinder vorübergehend "glauben" lässt, aber für die echte Auseinandersetzung mit der Bibel ungeeignet ist.

Illustrierte Bibel für Kinder. Pattloch Verlag Gmbh & Co. KG, München 2007; ISBN 978-3-629-01406-1

100% politisch korrekt sein. Das ist uns bewusst und bleibt vernachlässigbar, wenn in der Umsetzung das Bewusstsein für die Komplexität erhalten bleibt. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir nur in den bestehenden Verhältnissen ansetzen können, wenn wir irgendetwas verändern wollen. Es geht also darum, möglichst viele Freiräume aufzubauen, und diese Freiräume so zu gestalten, dass Menschen es lernen sich selbst zu organisieren und zu vernetzen, sodass ein weitgehender Austausch von Leuten aus verschiedenen Hintergründen stattfindet. Das ist die Voraussetzung für die Verbreitung von emanzipatorischem Gedankengut über die Grenzen der linkspolitischen Szene hinaus. Aus einer strategischen Sicht kann es dann auch durchaus sinnvoll sein, einzelne Themen herauszugreifen und als Kampagne zu erkämpfen oder bewusst zu verkürzen, aber trotzdem am Ende immer die größtmögliche Forderung, nämlich die der befreiten Gesellschaft, zu stellen.

Und Theorie bedeutet noch etwas: Es geht nicht nur darum, abstrakte Strategien aufzubauen, sondern auch darum, direkt Möglichkeiten zu finden, besser zu kommunizieren, dominanzabbauende Entscheidungsfindungen zu entwickeln und zu versuchen, möglichst viel an Schenkökonomie aufzubauen. Doch nur mit dem Wissen um die vielfältigen und komplexen Herrschaftsstrukturen können wir verhindern, dass all diese Formen des Aktivismus nur zur Modernisierung von Herrschaft beitragen.

Für uns ist klar: Selbstorganisation, ein wichtiger Bestandteil von Emanzipation, übt sich nur in weitestmöglich selbst definierten Räumen, im aktiven Eingriff in bestehende Verhältnisse. Eine Bewegung, die in der Lage wäre, die Gesellschaft zu transformieren oder zu revolutionieren kann nur entstehen, wenn utopische Ideen und Analysen viel mehr Menschen zugänglich gemacht werden und wenn diese Bewegung mögliche Alternativen auch jetzt schon ansatzweise aufzeigen kann. Und: Freiräume verändern nicht die Welt. Sie sind temporär und können nie schon das Resultat einer emanzipatorischen Bewegung sein, vielmehr bieten sie aber den Raum für das Entstehen einer revolutionären Bewegung. Und die kann durchaus die Welt verändern...

Bauplatzbesetzung in Freiburg:

GREENBUSINESS CENTER DEAL GEPLATZT

Paul Seit dem 29.07.09 besetzen eine bunte Gruppe von politischen Aktivisten_innen und Wagenbewohner_innen das Baugelände M1 am Eingang des Stadtteils Vauban in Freiburg. Auftreten tun sie unter dem Namen „Kommando Rhino". Gründe und Ziele haben die Besetzer_innen verschiedene, die jedoch ihren Zusammenhang finden im Kampf gegen das komplexe Gesellschaftssystem des Kapitalismus und sämtlichen Unterdrückungsmechanismen. Auf dem besetzten Gelände sollte eigentlich das neue „Green Buisness Center" entstehen, welches in Zeiten des Klimawandels als eines der propagandistischen Lösungskonzepte verkauft werden sollte, unter anderem auf der Expo 2010 in Shanghai. Bei näherem betrachten jedoch ist schnell klar, dass das ganze Projekt ein Widerspruch in sich ist.

Denn der Klimawandel ist eine Folge von Herrschaft im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Verwertungssystem, in dem es gilt, profitmaximierend zu handeln, woraus Ausbeutung und Unterdrückung entstehen, die extreme Ausmaße annehmen. Würden jedoch die Menschen, welche direkt von den Auswirkungen betroffen sind, gefragt werden, würden sicher keine immer gigantischeren Industrie- und Betonflächen entstehen, so wie sie unter kapitalistischen Verhältnissen entstehen. Vielmehr wäre der Eingriff in die menschliche Umwelt an den direkten Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet, die ein nachhaltiges Handeln mit einschließen. Somit ist Umweltschutz auch immer verbunden mit dem Kampf gegen Herrschaftsverhältnisse im Allgemeinen.

Daraus folgt das es kein „Green Business" geben kann und wahrscheinlich ganz andere Absichten hinter diesem grünen Anstrich stehen. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für die Aktivisten_innen das Baugelände zu besetzen und immer noch besetzt zu halten, nachdem der Bau abgesagt wurde, denn die Stadt will einen neuen Architektenwettbewerb veranstalten und das Gelände auf jeden Fall verkaufen, so wie es die Regeln des Geldes vorschreiben.

Der Realität der Herrschaft wird durch eine Besetzung ein lebendiger Widerstand entgegengesetzt, der diese in Frage stellt. Flächen, Gebäude, Wälder... werden besetzt und auf einmal kommen Fragen auf: „Dürfen die das überhaupt? Wer hat das zu entscheiden? Wer entscheidet überhaupt was mit unserer Welt passiert?? Oder dürfen wir nur die folgen hinnehmen??" Die Besetzer_innen starten den Versuch, soweit dies überhaupt möglich ist innerhalb des kapitalistischen Systems, einen herrschaftsfreien Raum zu schaffen, der offen seien soll, in dem Alle selbst entscheiden und der als Plattform für Diskussionen um Herrschaftsverhältnisse dienen soll, denn diese gilt es zu überwinden.

So wurde z.B. ein Café errichtet, welches nicht wie üblich nur dem Profit dient und bei dem es auch keine Bedienung gibt. Vielmehr sollen Eigenverantwortung und Selbstorganisation gefördert werden, welche nötig sind um Herrschaftsverhältnisse zu überwinden und die üblicherweise mit Negativem verbunden sind, da sie in der jetzigen Realität unter Zwang stehen. Dass auf dem Gelände nun eine Wagenburg entsteht, ermöglicht dem Projekt auf eine weitere Ebene zu gehen. Neben dem Aspekt, dass das Leben im Wagen eine gute Infrastruktur bietet kommt noch hinzu, dass ein Leben im Wagen eines ist, welches weitaus selbstbestimmter und freier, als jenes welches die Norm vorschreibt, und mit vielen sozialen Kontakten verbunden ist.

Eine Auffangstelle für Menschen die als „sozial schwächer" gelten, und die auch im Stadtteil Vauban zum Alltag gehören, ist das Projekt nämlich in der Tat. Daraus folgt ein sich ständiges Befassen mit den Problemen dieser Gesellschaft, von der sich viele dieser Menschen ausgeschlossen fühlen und die nun einen Ort haben, an dem sie nicht ignoriert werden. Da eine solche Lebensart jedoch in die herrschenden Verhältnisse nicht rein passt, müssen viele Wagenbewohner_innen ständig um ihren Lebensraum kämpfen und es lässt sich nun auch die Forderung nach einem neuen Wagenplatz mit einbringen. Denn auf einer Verkehrsinsel wollen sie dann doch nicht so gerne bleiben.

Was den Besetzer_innen allerdings klar ist, dass früher oder später die staatliche Repression einsetzen wird, und es zu einer Räumung kommt. Dann allerdings ist mit breitem Widerstand zu rechnen. Mehr Infos zum Projekt und das Aktuelle Programm findet ihr unter:

Http://rhino.blogsport.de

Eigenverantwortung als Notwendigkeit zur Überwindung von Herrschaftsverhältnissen

Paul **Auf dem nun seit einem Monat besetzten Wagenplatz „Kommando Rhino" in Freiburg fand neulich abends beim Zusammensitzen am Feuer eine spannende Diskussion statt. Es ging dabei um ein Problem, das viele kennen mögen, die schonmal „offene Räume" oder besetzte Flächen mitgestaltet haben. Jene werden es aus Erfahrung kennen, dass es einerseits häufig einen kleinen Personenkreis der hoch Motivierten, die sich um fast alles kümmern gibt, andererseits einen größeren Kreis derer, denen diese Motivation fehlt und die im Endeffekt dem Projekt mehr Arbeit hinzufügen als dieses voranzubringen. Bei Konflikten ist dann oft von den „Kiffern", der „Partyfraktion" oder eben der „Elite", die Rede. Eine Situation aus der es keinen Ausweg zu geben scheint mit dem alle zufrieden sind.**

Ich möchte nun gerne die Ansätze und aufgekommen Fragen der Diskussion vorstellen und dazu motivieren sich mit dem Thema gezielter auseinander zu setzen, da es hierbei um mehr geht als effektiv politisch arbeiten zu können.

Was klar war, ist, dass um Herrschaftsverhältnisse überwinden zu können wichtig ist, dass jede_r versucht so selbstständig wie möglich zu sein und Verantwortung zu übernehmen.

Um Herrschaftsverhältnisse überwinden zu können, das sollte doch eigentlich klar sein, ist es unumgänglich sich so selbstständig und verantwortungsbewusst wie möglich zu verhalten. Bei uns passierte es aber häufiger, dass benutze Werkzeuge so nachlässig behandelt wurden, dass sie kaputt gingen oder an Orten hinterlassen wurden wo sie eben nicht mehr für alle gleich zugänglich waren.

Dies führte dazu, dass Werkzeug als Schutzreaktion privatisiert wurde oder immer die selben (davon genervten) Leute wieder aufräumten, somit den besseren Überblick hatten und eine Wissenshierarchie entstand. Zu autoritären Strukturen kommt es also dann, wenn die Menschen nicht klar genug haben wie wichtig Selbstorganisation ist.

Interessant war es zu schauen, warum das so oft der Fall ist. Da hilft ein Blick auf unser Gesellschaftssystem. Von klein auf der Zwang in die Schule zu gehen, von klein auf der unterbewusste Zwang sich an bestehende Herrschaftsverhältnisse anzupassen. Jedes Handeln geschieht unter einem gewissen Druck. Etwas woran wir uns gewöhnen, z.B. dass wir unter Druck besser lernen als ohne. Fällt der Druck nämlich weg (wie es in emanzipatorischen Strukturen sein sollte) fällt somit oft auch die Bereitschaft weg, sich zu einzubringen. Dazu kommt, dass gegen diesen Druck oftmals eine Antihaltung entwickelt wird. Dort wo dann Druck entsteht (was bei politischem Engagement unvermeidlich ist) wird oft abgeblockt, Menschen ziehen sich eher zurück oder verlieren schnell die Lust.

Diese Erkenntnis brachte Ratlosigkeit hervor. Menschen die viele Erfahrungen mit dieser Antihaltung gemacht haben, werden oft zu „HetzerInnen", was in dem Fall entweder entgegengesetzt wirkt oder eben genau die Mentalität aufrecht erhält, dass Menschen nur unter Druck etwas machen.

Wie also diese Zwickmühle überwinden? Klar ist das Ziel das des freien Menschen, der ohne fremden Druck und aus eigenem Interesse selbstorganisiert handelt. Wie dieses Ziel am effektivsten zu erreichen ist, muss wohl noch ausprobiert werden. Wer sich dieses Ziel allerdings vor Augen gesetzt hat, macht wohl gute Erfahrungen mit Selbstdisziplin und Druck der von einem selbst kommt.

Rezensionen

Indien durch die Brille gesehen

Susanne Bürger Inhalt dieses Buches ist die Beschreibung des Autors eines seiner Indienbesuche. Er ist Journalist und mit 17 das erste Mal in Indien gewesen. Es ist eine Art Gebrauchsanweisung für das Land Indien für Europäer von einem der von sich behauptet „In" zu sein, eine Darstellung seiner Reise mit Ansätzen von Selbstreflexion und Reisebeschreibung.

Der Autor reist entlang des Ganges von der Quelle bis zur Mündung. Er möchte den „heiligen Fluss" kennenlernen und seine Bewohner. Oft sei er schon in Indien gewesen und jedesmal sei es wieder neu. Er bewegt sich zu Fuß, per Bahn, per Auto, per Riksha und per Flugzeug - oft so wie und wohin der „Lonly Planet" (ein Reiseführer) empfiehlt..

Und er möchte ein Buch darüber schreiben über diese Reise. Schon bevor er überhaupt den Ganges das erste Mal gesehen hat, steht der Entwurf für seinen Schutzumschlag - er selber als Shiva....

Herr Timmerberg beschreibt seine Reise sehr detailgetreu und anschaulich. Wir lernen seine Hotels und Unterkünfte kennen, erfahren so manches über die Probleme, die ein Europäer haben kann bei so einer Reise. Auf Fragen wie: In welchem Hotel bekomme ich bei meiner Ankunft in Dehli noch Bier(weil es mitten in der Nacht ist), auch wenn es warm ist? Was ist eine Motorriksha? Wie kann ich vermeiden, dass ich nicht den gleichen Durchfall wie der Autor bekommt (auch bei der 17. Reise noch?), bekommen wir Antworten.

Beim Lesen versteht mensch, dass man sich in Indien in verschiedenen Kreisen bewegt. Der „Normale Tourist" lernt nur kommerzielle Hotels kennen, Reiseunternehmen und vielleicht einen Inder als Reiseführer oder Souvenirhändler. Der Autor jedoch schreibt, dass er den Zugang zur Basis gefunden habe. So bewegt er sich den größten Teil seiner Zeit in Gesellschaft von indienbegeisterten EuropärerInnen, die aus persönlichen oder beruflichen Gründen dort zur Zeit wohnen oder Geschäfte, wie Hotels betreiben. Die zwei Inder mit denen er näheren Kontakt hat, sind das Hausmädchen einer europäischen Bekannten bei der er einkehrt sowie ein Yogalehrer, der davon lebt, Europäern Yogakurse zu geben. Ihn trifft er in einer schicken Bar in Begleitung von dessen Frau, einer Engländerin.

Der Ganges ist Ziel vieler religiöser Pilger. So beobachtet der Autor auf seiner Reise viele Pilger und stellt seine eigene Unreligiosität dar. Diese Reise wird für ihn selber eine Art Pilgerweg zu sich selber, da er versucht auf der Reise keinen Hasch zu rauchen. Natürlich beschreibt Helge Timmerberg auch die Orte, den Fluss, die Landschaft und die Menschen so wie er ihnen begegnet. Jedoch steht sein Befinden im Vordergrund, so dass das Land nur durch seine Brille, relativ unreflektiert, sichtbar wird.

Wer Lust hat Helge Timmerberg kennenzulernen, sollte das Buch lesen, wer etwas über Indien erfahren will nicht.

Timmerberg, Helge: Shiva Moon - Eine Reise durch Indien. rowohlt Berlin, 2006.

MAGDEBURG: ZIVILPROZESS GEGEN FELDBESETZER

B. Setza Am 22. September 2009 mussten sich 2 FeldbesetzerInnen vor dem Landgericht Magdeburg verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, im Frühjahr an der Besetzung eines Schaugartens für genetisch veränderte Pflanzen teilgenommen zu haben. Das Gericht bestätigte ein Betretungsverbot für das Feld, bei Nichtbeachtung drohen hohe Geldstrafen oder Knast.

Die Vorgeschichte

Grüne Gentechnik ist in Deutschland auf dem Vormarsch. Forschungsinstitute, staatliche Kontrollbehörden, Lobbygruppen sind von einer Seilschaft besetzt worden, die die Etablierung dieser Technik immer weiter vorantreibt. [1]

Einer der Orte, wo dies besonders deutlich wird, ist die BioTechFarm in Üplingen (Magdeburger Börde). Hier wird in einem Schaugarten mit konventionellen und genetisch manipulierten Pflanzen aktiv Werbung für letztere gemacht. [2]

Im Frühjahr wurde die Fläche des Schaugartens besetzt. Die Betreiber mieden die von den BesetzerInnen geforderte Debatte, stattdessen veranlassten sie noch am selben Tag die Räumung. Gegen Abend gelang es der Polizei, die letzten BesetzerInnen vom Feld zu entfernen. [3] Die Betreiber des Schaugartens erwirkten Verfügungen gegen die Besetzer, die diesen untersagten, dass Feld erneut zu betreten. Bei Nichtbeachtung drohen hohe Geldstrafe oder Knast, die Kosten für die Verfügung sollen die Beklagten auch zahlen. 2 Personen legten daraufhin Widerspruch ein. Nach einer mündlichen Anhörung kippte das Amtsgericht Oschersleben die Verfügung. [4] Daraufhin ging die Gegenseite in Berufung.

Vor dem Gericht

Einige Zeit vor Prozessbeginn tauchte eine handvoll AktivistInnen vor dem Landgericht auf. Sie hängten ein Transparent auf, brachten Kreidemalereien zum Thema Gentechnik auf und verteilten Flugblätter an PassantInnen. Gerichtsdiener konnten nicht einschreiten, da das alles etwa 10cm von ihrem Hoheitsbereich entfernt stattfand. Die Polizei traf direkt vor Beginn des Prozesses ein und konnte daher nur noch eine Versammlung in Auflösung feststellen. Sie zogen ab ohne Personalien einzusammeln.

Der Prozess

Für die Gegenseite erschienen waren Rechtsanwalt Hartwig Stiebler und Geschäftsführerin der BioTechFarm Kerstin Schmidt. Beide sind kein unbeschriebenes Blatt in Sachen Gentechnik.

Hartwig Stiebler ist der Hausanwalt von Monsanto Deutschland und vertritt so ziemlich jeden, der in Deutschland Gentechnik betreibt. Er hat seine Kanzelei in Düsseldorf, in der Goldsteinstraße 31. Wer mit ihm über sein Engagement reden will, erreicht ihn unter 0211354325 oder hartwig.stiebler@rechtsanwalt-stiebler.de.



Kerstin Schmidt ist nicht nur bei Üplingen, sondern auch bei Groß Lüsewitz (in der Nähe von Rostock) an der Freisetzung von genetisch veränderten Organismen beteiligt. Sie ist Geschäftsführerin zahlreicher Vereine und Kleinstfirmen die sich mit Gentechnik befassen, und im großen Stil Fördergelder abgreifen.

Der Prozess war kurz. Zu Anfang machten die Richter klar, dass sie der Berufung recht geben werden. Die AktivistInnen und ihr Anwalt erhielten kaum Zeit für ihre Ausführungen. Schwerpunkt lag auf rein juristischen Fragen. Stiebler erhielt wieder Zeit, über den Widerstand gegen Gentechnik zu jammern und die nicht vorhandene "rechtsstaatliche Gesinnung" (Zitat) der AktivistInnen zu geißeln. Das Urteil erhalten die beiden Beklagten in der nächsten Zeit zugestellt, sein Inhalt ist aber jetzt schon klar: Der Staat schützt Eigentums- und Kapitalsinteressen.

Ursprungsartikel: http://de.indymedia.org/2009/09/261688.shtml

Fußnoten:

1. - Siehe dazu: http://www.projektwerkstatt.de/gen/filz_brosch.htm
2. - kritische Infos: http://www.projektwerkstatt.de/gen/biotech.htm, Seite der Betreiber: http://www.biotechfarm.de/
3. - http://de.indymedia.org/2009/03/244018.shtml
4. - Bericht vom Prozess: http://de.indymedia.org/2009/06/254764.shtml



DER STAAT BEZIEHT STELLUNG: GENTECH-KRITIKERINNEN IN DEN KNAST

ProWe Im Wahlkampf geben sie sich kritisch, doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Landes- und Bundesregierungen tun viel für die ungeliebte Gentechnik in der Landwirtschaft: Die Gebäude für Firmen und Versuchsfelder, die Millionengelder für Personal und Labore und, wo nötig, große Mengen an Polizei zur Sicherung der Felder werden aus den Steuern derjenigen bezahlt, die zu vier Fünfteln diese Technik gar nicht wollen. Dennoch verstummt die Kritik an der vor allem an Profit- und Machtinteressen ausgerichteten Agrogentechnik nicht. Dafür will nun die Justiz sorgen: Mit Abschreckung durch Inhaftierungen und immer mehr Verurteilungen.

Der erste Feldbefreier, Bio-Imker Micha Grolm, musste bereits am 27. August ins Gefängnis Goldlauter (Suhl). Sein Vergehen: Zertreten von MON810-Mais, der zu dem Zeitpunkt schon verboten war. Am Dienstag, den 22. September, musste der zweite Feldbefreier seine zweiwöchige Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Kassel 1 antreten. Christian Pratz, Biolandwirt und Student in Witzenhausen, hat ebenfalls gentechnisch veränderte Maispflanzen ausgerissen. Am 5. Oktober trat mit Karl Braig der dritte Feldbefreier eine ebenfalls zweiwöchige Freiheitsstrafe an.

Im September sollte dann der Prozess gegen zwei Feldbefreier aus Giessen zu Ende geführt werden, musste aber noch zweimal verlängert werden, bevor der Richter sein eindrucksvolles Urteil sprechen konnte. Schon in der ersten Instanz war erkennbar, dass der Staat mit diesem Prozess ein Exempel gegen zivilen Ungehorsam statuieren wollte. Ein halbes Jahr Haft ohne Bewährung verhängte der Richter damals gegen zwei Aktivisten, die gentechnisch veränderte Gerste beschädigt hatten. Dass das Feld per Sofortvollzug durchgesetzt war, beim Förder- und beim Genehmigungsantrag mit falschen Angaben Gelder und Bescheide ergaunert wurden, die Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten und ein fachlich völlig unqualifizierte, zudem dem Versuchsleiter unterstellter Sicherheitskontrolleur beauftragt war, interessierte den Richter nicht. Ganz im Gegenteil: Fragen zur Gentechnik und zum beschädigten Feld verbot er und entschied dann sogar, lieber ohne den nachfragenden Angeklagten zu verhandeln. Der musste draußen vor der Tür bleiben. Eine Rechtsgrundlage dafür fehlte völlig.

Nun näherte sich das Ende der zweiten Instanz. Der neue Richter musste bei ähnlich skandalösen Rechtsbrüchen eine Revision fürchten. Daher verlief der Prozess intensiver und entspannter als das erste Verfahren. Doch das hatte sich im September gewandelt. Gericht und Staatsanwaltschaft befanden, dass eine Frist zur Antragsstellung zu beschließen sei und lehnten dann die ersten 78 Beweisanträge pauschal als "bedeutungslos" ab - erkennbar, ohne sie überhaupt alle gelesen zu haben. Die gleichzeitige massive Polizeibewachung zeigte, dass wieder ein hartes Urteil geplant war.

In allen bisherigen Prozessen haben bislang die RichterInnen die Prüfung der Voraussetzungen des rechtfertigenden Notstandes (§ 34 Strafgesetzbuch) verweigert. Sie tun das mit gutem Grund: Angesichts der Verflechtungen zwischen Industrie, Forschung und Behörden in der Gentechnik gibt es keine unabhängigen Genehmigungs- und Überwachungsverfahren. Eine andere Möglichkeit, die Gefahren der Gentechnik abzuwenden, bleibt daher nicht. Bereits in drei Fällen haben Richter Angeklagte, die diesen Paragraphen zum Gegenstand des Verfahrens machen wollten, aus dem Gerichtssaal entfernen lassen. Unangenehme Fragen wurden verboten, entsprechende Beweisanträge zu Hunderten als "ohne Bedeutung" zurückgewiesen. Die Justiz schützt die Anwendung der Gentechnik und der hinter ihnen stehenden Konzerne. Eingereichte Strafanzeigen z.B. wegen gefälschter Förder- und Genehmigungsanträge bei Genversuchen werden aus gleichem Grund nicht verfolgt.



Stattdessen hat das Landgericht Saarbrücken jetzt auf Antrag zweier führender Köpfe im Geflecht von Gentechnikfirmen, -kontrolle und Lobbyarbeit einem Kritiker ohne vorherige Prüfung der Sachlage einen Maulkorb verhängt. Er darf die präzise nachgewiesenen Seilschaften zwischen Überwachung, finanzieller Förderung und Anwendung der Gentechnik nicht mehr öffentlich benennen. Die Information sind noch erreichbar über die Internetseiten http://www.biotech-seilschaften.de.vu und die Broschüre "Organisierte Unverantwortlichkeit".

Rezensionen

Deutschland doch nicht bunt?

jes Das Buch "DEUTSCHLAND SCHWARZ WEISS" von Noah Sow stellt die Behauptung auf, dass Rassismus in Deutschland weit über die rechte Szene hinaus zu finden ist. Selbst in der aufgeklärten bürgerlichen Gesellschaft findet sie mehr Rassismus als sich die Gutmenschen je zu fürchten wagten. Dabei gelingt es ihr, auch den noch so aufgeklärtesten Menschen klar zu machen, das Rassismus so stark in der Sozialisation der Menschen integriert ist, dass (fast) niemand davon frei ist.

Als Schwarze Deutsche zeichnet sie dabei ein schwarz/weiß Bild, das den Leser immer wieder aufregt und zu Wiederworten herausfordert, die in beim Lesen nicht los zu werden sind. Nur um dann erschrocken festzustellen, dass dies nur ein kleiner Spiegel der Situation ist, der schwarzen Menschen in Deutschland ständig ausgesetzt sind.

Ein Buch, das jeder weiße Deutsche unbedingt lesen sollte.

Noah Sow: Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus. C. Bertelsmann. 319 Seiten, 14,95 €. ISBN 978-3-570-01008-2

VERFAHREN GEGEN FELDBEFREIER: STAATSANWÄLTIN ZIEHT BERUFUNG ZURÜCK

Simone Ott 30.09.2009, 22 Uhr: Im Gießener Landgericht brennen nur noch wenige Lichter. Im Sitzungssaal ... wird schon seit acht Stunden der Strafprozess gegen zwei Feldbefreier verhandelt. Es ist der siebte Verhandlungstag dieses Berufungsverfahrens und eigentlich gingen alle davon aus, es würde der letzte sein.

Deshalb waren Patrick Neuhaus und Jörg Bergstedt an diesem Tag auch nicht alleine vor Gericht erschienen. Über 70 UnterstützerInnen aus der ganzen Republik begleiteten sie in einem bunten Demonstrationszug vom Kirchenplatz vorbei am Universitäts-Hauptgebäude zum Gericht. Unter ihnen mehrere AktivistInnen von Gendreck-weg, z.B. der Imker und Mitbegründer Michael Grolm. In seinem Redebeitrag vor dem Landgericht wies er auf die Notwendigkeit von direktem Widerstand gegen Agro-Gentechnik hin. Auch Udo Wierlemann von der BI Marburg-Biedenkopf wandte sich mit einem engagierten und entschlossenen Grußwort an die DemonstrantInnen. Ein Vertreter von attac Wuppertal lobte das widerständige Handeln der Angeklagten. Und Gießener AktivistInnen mahnten die Uni Gießen in einem Ständchen, tatsächlich unabhängige Forschung zu betreiben. Aufgelockert wurde die Kundgebung mit einer Performance, die die Verflechtungen der Gentechnik-Branche untereinander versinnbildlichte, und aus denen sich LandwirtInnen, Imker und Verbraucherin nach einiger Zeit erfolgreich befreien konnten.

Weniger abwechslungsreich ging es danach im Gerichtssaal zu. Die Angeklagten mussten einmal mehr um ihr Recht auf Beweisaufnahme kämpfen. Bis die Staatsanwältin mit einer Bombe herausplatzte: sie zog ihre eigene Berufung zurück. Obwohl Frau Sehlbach-Schellenberg schon in der ersten Instanz ihr "Wunschurteil" von sechs Monaten Haft ohne Bewährung für beide Angeklagte bekommen hatte, legte sie damals Berufung ein. Damit verhinderte sie die Überprüfung der rechtswidrigen Handlungen des Richters aus der ersten Instanz, der u.a. einen der Angeklagten aus der Verhandlung werfen ließ. "Mit der Rücknahme der Berufung hat die Staatsanwältin den Verdacht nun erhärtet, dass dies das wahre Motiv für ihre Berufung war", argumentiert Jörg Bergstedt, einer der Angeklagten. "Auf einmal findet sie die bisherige Haftstrafe doch in Ordnung. Denn nun hat sie ihr Ziel erreicht: den Richter aus der 1. Instanz aus der Schusslinie zu bringen." Als weitere Schlussfolgerung aus ihrer Handlung gehen die Angeklagten davon aus, dass die Strafe nicht höher ausfallen wird als in der ersten Instanz.

Folgerichtig forderte die Staatsanwältin in ihrem Plädoyer ein halbes Jahr Haft ohne Bewährung für Jörg Bergstedt und das gleiche mit Bewährung für Patrick Neuhaus. Die Anwälte der Angeklagten sehen das Gericht in der Pflicht, der Argumentation des rechtfertigenden Notstandes zu folgen und die Angeklagten freizusprechen. Während der Plädoyers der Angeklagten wurde die Sitzung endlich unterbrochen, um am Freitag, dem 9.10. fortzufahren.

Juristisches Geplänkel in einem aufsehenerregenden Präzedenzfall darum, ob Gentechnik-KritikerInnen quasi als "Notwehr" ein Versuchsfeld mit gentechnisch veränderten Pflanzen unschädlich machen dürfen. Nach dem Notstandsparagraphen 34 des Strafgesetzbuches werden Straftaten nicht geahndet, die dazu dienen, größere Gefahren von sich selbst oder anderen abzuwenden. Wer sich mit der Agro-Gentechnik auskennt, wird wissen, dass es genug Gefahren für Mensch und Umwelt gibt, die es abzuwenden gilt, vor allem die sozialen. Doch die Verbindungen von Kontroll- und Genehmigungsbehörden zu Wissenschaft und Wirtschaft sind so gut, dass legale Mittel bisher kaum Wirkung zeigten, um den Vormarsch der Agro-Gentechnik zu bremsen.



Deshalb waren Patrick Neuhaus und Jörg Bergstedt 2006 an einer Feldbefreiung in Gießen beteiligt. Die Aktion richtete sich gegen ein Versuchsfeld der Universität Gießen mit gentechnisch veränderter Gerste. Nach der Verhandlung lobte der Imker Michael Grolm: "Die Angeklagten bringen die Kritikpunkte an der Gentechnik genau auf den Punkt. Kein Richter kann sie ohne schlechtes Gewissen verurteilen."

Rezensionen

Das Zimmermannsbuch

jhc Bei dem 365 Seiten und 131 Tafel dicken Buch von Theodor Krauth und Franz Sales Meyer handelt es sich um einen Re-Print aus dem Jahre 1893. Es ist damit dem Verlag zu verdanken, dass gutes, altes handwerkliches Wissen in dieser Weise erhalten bleibt. Denn das ist es schließlich, mit dem das Buch hervorsticht. Auch wenn es heute seinen Platz als Standard-Lehrbuch durch die Rationalisierung und Technisierung leider nicht mehr hat, so kann es als solches angesehen werden. Beginnend mit einer ausführlichen Einführung in das Material des Zimmermanns / der Zimmerfrau, nämlich das Holz, zeigt das Buch erstmals seine fachliche Solidität. In der nachfolgenden kurzen Übersicht über das Werkzeug des Zimmermanns / der Zimmerfrau, und die anschließende Beschreibung zur Holzbehandlung und -bearbeitung wird in heute schon fast vergessene Handwerkzeuge und deren Anwendung, das Breitbeil zum Balken hauen, die Schrotsäge für Dielen und Balken, eingeführt. Solche Höhepunkte ziehen sich durch das ganze Buch hindurch. Seien es die metallfreien Holzverbindungen die handwerkliche Expertise benötigen, die heute, bis auf einige wenige idealistische ZimmermeisterInnen verloren gegangen ist, oder die ästhetische Gestaltung von hölzernen Gebäuden die an Zeiten erinnert, in denen Handwerker noch Künstler waren und mit ihren "Kunstwerken", in diesem Fall Häuser, eins wurden. All das, in fachlich, statisch und architektonisch einwandfreier Darstellung. Dazu dienen unzählige Tabellen, Darstellungen, Bilder und nicht zuletzt die am Ende aufgereihten Tafeln.

Alles in allem also ein für den HANDwerklich interessierten Laien spannendes Buch, das hoffentlich auch immer mehr und mehr Beachtung in den Kreisen handwerklicher Praktiker erfahren wird.

Theodor Krauth & Franz Sales Meyer: Das Zimmermannsbuch. Verlag Th. Schäfer, 2004. 512 Seiten, 131 Tafeln, 361 Abbildungen. ISBN 978-3-87870-680-9

KLÄRUNG VOR OBERLANDESGERICHT: RECHTFERTIGENDER NOTSTAND FÜR POLITISCHE AKTIONEN?

jb Jetzt ist auch die Berufung gegen zwei Genfeldbefreier in Gießen abgeschlossen. Beendet ist damit das Ganze aber nicht, denn die erneut zu Haftstrafen von vier bzw. sechs Monaten verurteilten gehen in Revision. Hauptgrund: Der Streit um den § 34 StGB, auf dessen rechtfertigenden Notstand sich die Aktivisten beriefen. Das Urteil bot neben der bekannten Neigung von Richtern, keine Lücken ihrer gesetzlichen Allmacht zuzulassen und folglich die Existenz oder Wirksamkeit des § 34 weitgehend zu leugnen, eine faustdicke Überraschung. Richter Nink urteilte, dass Widerstand gegen die grüne Gentechnik nicht zulässig sei, weil sie nicht erfolgversprechend ist, da die hochgefährliche Gentechnik unbeherrschbar sei und unwiderruflich sich überall ausbreiten werde: "Der Geist ist aus der Flasche" sagte er wörtlich, bescheinigte dem am 2.6.2006 angegriffenen Gengerstefeld der Uni, skandalös schlampig organisiert worden zu sein und warf das auch dem Versuchsleiter Kogel vor. Dann aber verurteilte er die Überbringer der schlechten Nachrichten und Aktivisten, die sich - um Gegensatz zum Richter und den SchöffInnen - gewehrt hatten. Mit diesem Urteil dürfte der Richter der Gentechnik-Industrie einen großen Gefallen getan haben, da deren Strategie, die unerwünschte Technik einfach faktisch durchzusetzen, nun aufgeht. Eher ins Gruselkabinett gehörte die Begründung für die höhere Bestrafung des einen Angeklagten: Der sei grundsätzliche gegen Herrschaft eingestellt, würde damit die bürgerliche Rechtsordnung in Frage stelle - und das müsse bestraft werden. Anarchie als Straftatbestand! Der Verlauf des bisherigen und des weiteren Verfahrens kann auf http://projektwerkstatt.de/gen/ prozess.htm verfolgt werden.

URTEIL IM GIESSENER FELDBEFREIUNGS-PROZESS: DER GEIST IST AUS DER FLASCHE! GERICHT IN GIESSEN BESCHEINIGT "UNKONTROLLIERBARKEIT DER GENTECHNIK"

Prowe Das war ein doppelter Paukenschlag: Der über acht Verhandlungstage andauernde Prozess gegen zwei Feldbefreier vor dem Landgericht Gießen endete mit einem spektakulären Urteil. Das Gericht stellte fest, dass die Gentechnik "hochbedenklich" und gefährlich sei. Auch dem konkreten Gerstenversuch der Universität Gießen, der von der Feldbefreiung betroffen war, bescheinigte das Gericht eine Reihe von Sicherheitslücken und Schlampereien. Gesteigert wurden diese Feststellungen im Urteil noch durch die grundlegende Aussage, dass die "Unkontrollierbarkeit der Gentechnik eine Tatsache" sei. "Der Geist ist aus der Flasche", fasste der Vorsitzende Richter Dr. Nink das Ergebnis der Beweisaufnahme zusammen und meinte damit, dass es keine Möglichkeit mehr gäbe, die Verbreitung der genmanipulierten Pflanzen noch zu stoppen. Doch ausgerechnet dieses totale Fiasko der grünen Gentechnik machte er dann nicht den Verursachern zum Verhängnis, sondern denen, die sich gegen die Gentechnik gewehrt hatten. Für sie komme der rechtfertigende Notstand nicht in Frage, weil die unkontrollierte Auskreuzung Gentechnik auch mit einer Feldbefreiung nicht zu verhindern sei. Die Quittung: Ein Angeklagter kassierte eine Bewährungsstrafe von vier Monaten, der andere muss sogar für sechs Monate ins Gefängnis. Eine Bewährung gab es für die sechs Monate nicht, weil das Gericht dem Angeklagten vorwarf, gegen die bürgerliche Ordnung eingestellt zu sein. Mehrere der während der Urteilsverkündung betroffen und ratlos zuhörenden ZuschauerInnen quittierten diese Formulierung im Urteil mit dem Wort "Gesinnungsjustiz".

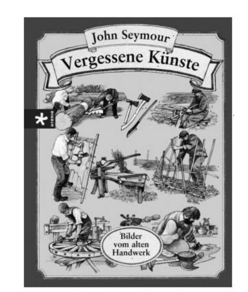
Die Angeklagten aber wollen nicht aufgeben und kündigten an, in die Revision zu gehen zu: "Es ist ein Hohn, die Gefahr und Unkontrollierbarkeit der Gentechnik selbst festzustellen und dann die, die das Desaster verhindern wollten, zu verurteilen, weil ihre Kritik an der Unkontrollierbarkeit der Gentechnik zutreffend war und ist", griff der zu sechs Monaten verurteilte Gentechnikgegner Jörg Bergstedt das Gericht an. Er hatte in einem leidenschaftlichen Plädoyer das Gericht aufgefordert, nicht williger Vollstrecker von Konzerninteressen zu sein. Genau das sei jetzt geschehen, denn die Feststellung, dass die Gentechnik nicht mehr aufzuhalten sei, diene denen, die den SuperGAU ihrer Technik kaltblütig als Weg zu mehr Profit längst einkalkuliert hätten.

Mehr Informationen:

- Die Broschüre zu Gentechnik-Seilschaften: http://www.projektwerkstatt.de/gen/filz/brosch.pdf
- Infoseite zum Gießener Feldbefreiungsprozess: http://www.projektwerkstatt.de/gen/prozess.htm
- Informationen zu weiteren Inhaftierungen: http://www.gendreck-weg.de

Rezensionen

Vergessene Künste



jhc John Seymour hat in seinem Buch "Vergessene Künste" also "Bilder vom alten Handwerk" einen wichtigen Beitrag geleistet, traditionelles, ökologisches und menschengerechtes Handwerk zu bewahren. Wie bei Seymour üblich nicht mit einem per se emanzipatorischen Ziel im Kopf, aber dennoch hilfreich für Menschen, die sich Fähigkeiten aneignen wollen, die ein autonomes Leben ermöglichen. Gegliedert ist das Buch in Holzhandwerk, Bauhandwerk, Feldhandwerk, Werkstattshandwerk und häusliches Handwerk. Die vielen Bilder und Illustrationen, die Seymour bei seinen vielen Reisen sammelte, zeigen die immer weiter aussterbenden Handwerker, die noch ein erfüllendes und würdiges Leben führten in autonomer Selbstverwaltung und auf der Basis von lokal verfügbaren Rohstoffen. Die detaillierten Beschreibungen zeugen von den vielen Begegnungen, die Seymour mit den Handwerkern gehabt haben muss, die ihr Wissen mit ihm teilten.

Es scheint mir als würden diese beinahe ausgestorbenen Handwerke in einer post-industriellen und emanzipatorischen Gesellschaftsordnung eine zentrale Stelle einnehmen. Allein deshalb ist Wahrung der selbigen in Buchform, wie sie Seymour abliefert, extrem wertvoll. Es regt zum Träumen an. Träumen von einer Gesellschaft der materiellen Einfacheit, aber sozialen und künstlerischen Komplexität, die die Langeweile des Industrialismus durchbricht.

John Seymour: Vergessene Künste. Stuttgart: Urania Verlag, 2005. ISBN 978-3332018332. 194 Seiten



CAMPACT: ZWISCHEN STRATEGISCHEM PROTEST UND GEKONNTER SELBSTINSZENIERUNG

Hanna Poddig Bei Aktionen mitzudenken, dass am Ende auch gute Bilder für die Presse rauskommen, ist für mich vollkommen logisch. Ab und an Aktionen zu machen bei denen es primär um das Bild für die Presse geht, halte ich auch noch für vertretbar. Eine Großorganisation hochzuziehen, die allerdings nichts weiter macht, als Spenden einzuwerben, um damit Festangestellte zu bezahlen, die nichts weiter tun, als Aktionen zu planen und komplett durch zu choreographieren, finde ich gefährlich. Aktionen, die dann auch wieder dazu da sind, weitere Spenden und Bekanntheit einzuwerben, um weitere Aktionen machen zu können und weitere Spenden einzuwerben etc. Das Ganze geschieht dann im Resultat nur noch als Selbstzweck.

Ein Vertreter von campact, nach Selbstdarstellung ein Online-Protest-Netzwerk, sagte in einem Interview:

"Es ist zentral für eine lebendige Demokratie, dass Leute in Gruppen aktiv werden und auf Demonstrationen gehen. Gleichzeitig gibt es aber viele Menschen, die nicht die Zeit oder die Motivation haben, Politik im realen Raum zu betreiben in Form von Demos oder Gruppentreffen, die aber durchaus bereit sind, mal eine E-Mail zu schreiben oder eine Petition zu unterzeichnen."

Es geht also campact überhaupt nicht darum, Menschen zusammenzubringen und sie zu befähigen, selber Aktionen zu machen. Die Leute klicken einmal etwas an und haben deswegen dann kein ganz so schlechtes Gewissen mehr, sonst nichts zu machen. Politisch aktiv sein, ist aber weniger eine Frage der Möglichkeiten, als des Wollens.

Ich erkenne an, dass Menschen, häufig gerade aufgrund des herrschenden Systems, kaum Möglichkeiten haben, sich zu engagieren. Dies gilt es aber zu thematisieren und zu ändern. Stattdessen nimmt campact diesen Zustand als gegeben an und bietet den Menschen konsumierbaren „Widerstand" an.

Der damit suggerierte Widerstand stabilisiert das demokratische Herrschaftssystem aber wohl mehr, als dass solcher Protest an den Ursachen grundlegend etwas ändern kann. In sofern ist dem Campact-Vertreter leider Recht zu geben: Ein lebendiges demokratisches Herrschaftssystem braucht nützlich IdiotInnen, die Protest durch ihre Sinnlosspendensammelaktionen kanalisieren.

Von campact wird behauptet, es gäbe nun einmal Menschen, in deren Leben politische Aktivität nicht hineinpassen würde. Passivität lässt sich nicht mit Bequemlichkeit entschuldigen und auch nicht wegklicken.

Bestätigend geht es im gleichen Interview weiter:

"Viele ... lesen Zeitungen und regen sich über Entscheidungen in der Politik auf, haben aber nicht die Möglichkeit, sich einzumischen. Diesen Leuten geben wir die Möglichkeit, etwas zu tun."

Der Online-Protest lässt campact stark wirken und beschert der Organsiation viele Spenden. Damit werden dann Festangestellte bezahlt und Aktionen durchgeführt, die mit dem Ursprungsgedanken der direkten Aktion, also dem Eingreifen von Menschen in Abläufe, weil ihnen etwas nicht passt, wenig zu tun haben: Fertig gedruckte Transparente und eine genau durchgeplante Choreografie werden Leuten vorgesetzt, die dann in der Durchführung nichts weiter sind als StatistInnen, die ein Transparent halten dürfen oder mal einen fertig bedruckten Luftballon steigen lassen dürfen. Die immer gleichen SprecherInnen erzählen dann den Fernsehkameras, was für eine starke Aktion sie da gemacht hätten. Die einzelnen Aktiven vor Ort dienen dabei als Füllmaterial für die Fernsehbilder. Das ganze nennen die Macherinnen und Macher dann auch noch „kreativ". Damit meinen sie wohl, dass die Protest-Inszenierungen ausreichend unterschiedlich sind, dass den eigenen Spender_innen nicht auffällt, was da gespielt wird.

Wenn dann auch noch suggeriert wird, hier würde es sich um eine Organisation handeln, die ehrenamtlich Aktive zusammenbringen und zu Aktionen motivieren würde, dann läuft es mir kalt den Rücken runter. Das passiert z.B. auf campact.de, wo es heißt:

"Verknüpft über den Campact-Newsletter ist in den letzten drei Jahren ein Netzwerk von derzeit 110.948 Menschen entstanden."

Ist campact wirklich ein Netzwerk? Laut eigenem Titel nicht nur eines, sondern gar „das online-Netzwerk politisch aktiver Menschen". Gibt es hier eine echte Interaktion zwischen den verschiedenen Beteiligten? Ist die Struktur nicht vielmehr hierarchisch und vorgegeben und wird der Begriff des Netzwerkes nicht nur verwendet, weil sich das irgendwie besser anhört und die Leute dann mehr spenden und der Begriff Gleichberechtigung und Beteiligung suggeriert? Und wurden die Menschen, die irgendwann einmal eine Protestmail unterschrieben haben gefragt, ob campact in ihrem Namen sprechen darf?

Nicht nur gegenüber den „campact-Aktiven" (als solches zählt, wer irgendwann in den letzten Jahren einmal etwas angeklickt hat) verhalten sich die Sprecher_innen von campact vereinnahmend. Auch der Rest der Bewegung wird zur eigenen Profilierung herangezogen. So geschieht dies zum Beispiel in einem Video, dass die „Geschichte eines Erfolgs", nämlich die einer Kampagne zum Verbot von Gentechnik-Mais darstellt. Darin werden Aufnahmen aus einem halben Jahr Kampagne gezeigt und nicht mit einem einzigen Wort wird z.B. erwähnt, dass ebenfalls innerhalb dieses Zeitraumes, mehrere Feldbesetzungen stattgefunden haben und zahlreiche weitere Initiativen gegen Gentechnik gearbeitet haben. Es wird zwar nicht explizit behauptet, jedoch suggeriert, dass das Genmaisverbot einzig durch die Kampagne von campact durchgesetzt wurde. Andere Aktionsformen und Initiativen allerdings zu erwähnen, zu porträtieren und somit tatsächlich gemeinsam zu agieren, würde Spenden kosten und passiert deswegen nicht.

Abgesehen von der Frage, ob ein Genmaisverbot nun ein großer Erfolg oder nicht doch (wenn überhaupt) nur eine kurzfristige Teilverbesserung darstellt, ist das Video auch noch aus anderen Gründen kritisch. Ich möchte nur auf einen noch eingehen: Das Bild von campact als Netzwerk junger, attraktiver Menschen.

Solche Bilder erzeugen Illusionen, denn es wird so getan, als bestünde campact ausschließlich aus Menschen, die jung, selbstsicher und dem allgemeinen Schönheitsideal entsprechend sind. Was ist mit Alten, Dicken, Kindern und Menschen im Rollstuhl? Widerstand wird chic und cool, gehört zum Lifestyle. Wer widerständig ist, kann damit im Umfeld punkten, weil es „schon irgendwie gut ist, sich auch für was einzusetzen".

Widerstand ist keine Mode, sondern notwendig!

Quellen:

http://campact.de
http://www.justmag.net/artikel_interview_christoph_bautz.html

Aktionen, Veranstaltungen & andere Termine

Wenn du Veranstaltungen vermisst oder bekannter machen willst, trage sie für die nächste Ausgabe im grünen blatt online ein: http://gruenes-blatt.de

Naziaufmarsch am 16. Januar in Magdeburg verhindern!

AutonomeLinkeMD Am 16. Januar 2010 jährt sich zum 65. mal die Bombardierung Magdeburgs durch die Alliierten im zweiten Weltkrieg. Wie in den letzten Jahren rufen Neonazis zu einem „Trauermarsch" auf, um ihren Geschichtsrevisionismus zu verbreiten.

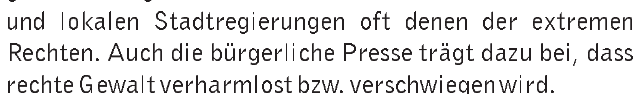
Dem gilt es entgegenzutreten und den Aufmarsch zu verhindern. Der jährliche Aufmarsch im Januar stellt den Höhepunkt der lokalen Naziszene dar.





Aber nicht nur die Faschisten betreiben Geschichtsrevisionismus, auch die offizielle deutsche Geschichtsaufarbeitung sieht zum Teil nicht anders aus als die der Neonazis.

So gleichen die „Trauerreden" bei den Veranstaltungen der bürgerlichen Mitte und lokalen Stadtregierungen oft denen der extremen Rechten. Auch die bürgerliche Presse trägt dazu bei, dass rechte Gewalt verharmlost bzw. verschwiegen wird.



Traurige Höhepunkte neonazistischer Gewalt in Magdeburg sind Ereignisse wie der Überfall auf die Elbterrassen 1992, wobei Torsten Lamprecht ermordet wurde. Durch verschiedene andere Übergriffe kamen Menschen wie Farid Boukhit (1994), Frank Böttcher (1997) und Rick Langenstein (16. August 2008) ums Leben. Desweiteren sind die Himmelfahrtskrawalle (12. Mai 1994) zu erwähnen, bei denen unter anderem eine Gruppe Schwarzafrikaner stundenlang durch die Innenstadt gejagt wurde.

Bei den diesjährigen Kommunalwahlen schaffte es die NPD auch in den Magdeburger Stadtrat, somit sitzt mit Matthias Gärtner einer der führenden neonazistischen Aktivisten im Magdeburger Stadtparlament.

Wir werden am 16. Januar in Magdeburg eine kraftvolle und kämpferische Demo, sowie dezentrale Aktionen durchführen, um den Nazi-Aufmarsch zu verhindern.

Infos: http://16januarmagdeburg.blogsport.de



22.10.-21.12. Stilllegungspläne für die Atommüllkippe Morsleben können eingesehen & Einwendungen verfasst werden
http://morsleben-kampagne.de

01.11. Sonntagsspaziergang Urananreicherungsanlage Gronau
http://aku-gronau.de

01.11.-30.11. bundesweite Veranstaltungsreihe "Die 'Verteidigung' Deutschlands am Hindukusch. Wege aus dem Krieg in Afghanistan"
http://www.dfg-vk.de/lv-bawue

03.11. "Rausholen oder Drinlassen? - zum zukünftigen Umgang mit Asse II" im Jugendtreff Bad Harzburg
http://www.asse2.de

06.11. Internationaler Aktionstag gegen Uranwaffen
http://www.bandepleteduranium.org/

6./7.11. 19. Ratschlag Gegen Diskriminierung, Antisemitismus und Nazismus in Erfurt (D)

07.11. Bundesweiter dezentraler Aktionstag gegen Atomkraft
http://contratom.de/novemberaktionstag

08.11. Atom-Müll-Spaziergang Asse 14.00 Uhr in Wittmar (D)
http://www.asse2.de/

13.11. Protestaktivitäten anlässlich der NATO Parliamentary Assembly in Edinburgh (UK)
http://natowc.noflag.org.uk

21./22.11. Strategiewochenende in London gegen AKW-Neubaupläne (UK)
http://nuclear-heritage.net

29.11. Atom-Müll-Spaziergang in Morsleben um 14.00 Uhr (D)
http://morsleben-stillegung.de

07.-19.12. Protestaktionen im Kontext des UN-Klimagipfels in Kopenhagen (DK)
http://climateaction09.org, http://klima.blogsport.de/

27.-30.12. Chaos Communication Congress in Berlin (D)
http://www.ccc.de

25.12.-03.01. Jugend-Umwelt-Kongress (JUKSS) in Elmshorn bei Hamburg (D)
http://jukss.de

16.01. "Naziaufmarsch verhindern" Demonstration + dezentrale Aktionen in Magdeburg um 10.00 Uhr ab Olvenstedter Platz (D)
http://16januarmagdeburg.blogsport.de/

15.02. Blockade der Atomwaffenfabrik Aldermaston (UK)
http://www.tridentploughshares.org/

Tar Sands:

Die dreckigste Form der Ölgewinnung

fb Eine neue Kampagne wird ab Ende 2009 die umweltzerstörende, menschenverachtende Ölgewinnung aus den "Tar Sands", einem stark ölhaltigen Boden, der vor allem in der kanadischen Provinz Alberta abgebaut wird, angreifen und versuchen öffentliche Aufmerksamkeit auf die Machenschaften der Ölindustrie zu richten. Eine Fläche so groß wie die Schweiz wird derzeit von nahezu allen Ölkonzernen der Welt auf der Suche nach dem begehrten Rohstoff "umgegraben".

Es handelt sich dabei nicht nur um sensible ökologisch wertvolle boreale Wälder und Feuchtgebiete, sondern überwiegend auch um das Land indigener Menschen. Von Anfang an, schon vor über zwanzig Jahren, als die ersten Versuche der Ölförderung aus den Tar Sands begannen, wurden die indigenen Communitys ohne Kompensation enteignet und ihre "traditional lands", die viele kulturelle und historische Stätten beherbergen, verwüstet.

Bis heute nehmen sich die Ölunternehmen einfach was sie wollen und haben noch keine der betroffenen "First Nations" (Selbstbezeichnung der indigenen Gemeinschaften in Kanada) entschädigt. Die Unternehmen pachten das Land vom Staat, der ebenfalls keine Notwendigkeit sieht die betroffenen First Nations um ihre Meinung zu fragen oder gar einzubeziehen.

Wenn ein Ölunternehmen in ein Gebiet einzieht, wird zuerst der Wald abgeholzt, dann wird die ganze Gegend drainiert, die Feuchtgebiete werden zerstört. Wenn die Wälder abgeholzt und die Moore trockengelegt sind, tragen die Ölunternehmen den Oberboden ab und lagern diesen irgendwo über Jahrzehnte, um ihn irgendwann zur "Renaturierung" wieder zu verwenden. Danach wird stufenartig ein gewaltiger Tagebau in die Erde gefressen. Der ölhaltige Boden wird entnommen, zerkleinert, mit heißem Wasser versetzt und in die nächsten Aufbereitungsanlagen gepumpt.

Was da nach einem energieaufwändigem Prozess extrahiert worden ist, ist Bitumen, ein teerartiges Material, das noch nicht für die Ölindustrie brauchbar ist. Doch es geht jetzt weiter in die "Upgrader". Nachdem auch hier große Mengen fossiler Brennstoffe verbraucht und Rauchschwaden diverser Schadstoffe freigesetzt worden sind, steht das vorläufige Endprodukt bereit: ein Rohöl von der Qualität des Öls, das in der konventionellen Ölgewinnung (z.B. Nahost) direkt aus dem Boden gepumpt wird. Nun kann es in Raffinerien für die Weiterverwendung in der Öl- und Chemieindustrie aufbereitet werden.

Bei all diesen Verarbeitungsprozessen wird sehr viel Wasser verbraucht. Und bei jedem Verarbeitungsschritt fallen auch enorme Mengen giftiger Abwässer an. Diese toxischen Abfälle werden in natürlichen Seen und künstlichen Becken gesammelt - quasi Sondermülldeponien für die Ewigkeit. Die giftigen Wässer sickern einfach durch den Untergrund ins Grundwasser bzw. an den Seiten in benachbarte Fließgewässersysteme.

Inzwischen treten auffällige Häufungen von Krebs und anderen Erkrankungen in den indigenen Gemeinschaften flussabwärts des Athabasca Rivers auf. Besonders bekannt geworden sind die Krankheitsfälle in Fort Chipewyan, die durch einen engagierten Arzt bekannt gemacht wurden, dem dafür wegen "Panikmache" seine Lizenz entzogen wurde. Aber auch eine Untersuchung des Athabasca River und der in ihm und seinen Nebengewässern lebenden Tiere hat starke toxische Ablagerungen und auffällige Mutationen zu Tage gebracht. Die Regie-rung von Alberta und die Ölunternehmen bestreiten den Zusammenhang zwischen Industrie und diesen Krank-heiten.

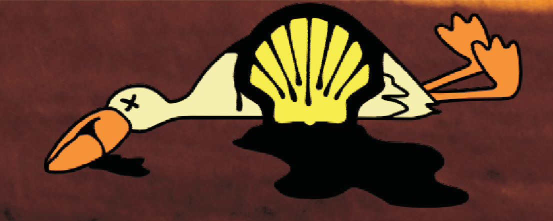
Mit unserer Kampagne wollen wir die Ölindustrie mit ihren schmutzigen Geschäften in das öffentliche Bewusstsein rücken, Widerstand hier, auf ihren Absatzmärkten, erzeugen und damit die Menschen vor Ort und ihren Widerstand unterstützen. Dazu soll es viele Infoveranstaltungen, Aktionen bei Ölkonzernen und gut recherchiertes Infomaterial geben.

Jetzt suchen wir Menschen, die Lust haben mitzumachen! Wir suchen auch nach VeranstalterInnen, die gern eine Infoveranstaltungen organisieren und uns dazu einladen wollen. Wir bieten in diesem Zusammenhang Vorträge an, unterlegt mit Bildmaterial aus Kanada und jede Menge Einblicken, die bei einer Recherchetour im Frühjahr gesammelt wurden.

Melde dich bei uns!

Kampagne gegen die Tar Sands
c/o Jugend-Umweltbüro
Telefon: 0391/5570753
E-Mail: tar-sands@jugend-umweltbuero.info

Spenden willkommen:
Konto: 110 1740 600, *Inhaber:* Greenkids e.V.
BLZ: 430 60 97 72, *Kreditinstitut:* GLS Bank
Verwendungszweck: "Tar Sands Kampagne"



ISSN 1612-2186